

SPW - 37



Auf der Suche nach der verlorenen Jugend



Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Anzeigen (o.Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin 45, Tel. (030) 7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend September 1987.

Die spw erscheint 1987 in 5 Hefen mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt ein Prospekt des spw-Verlages, Berlin/West, bei.

SPD und SED

Andreas Wehr

»Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, ...«

Anmerkungen zum gemeinsamen Papier von SPD und SED

293

Diskussionsschwerpunkt: Jugend

Michael Guggemos

Kräftesammeln für bessere Zeiten

Jugendpolitische Aufgaben von Jusos und SPD

296

Susi Möbbeck und Karsten Rudolph

Die »neue« Generation als Schnittstelle des Umbruchs

Jugend und Klassenformierung

303

Anke Fuchs

Denn am Tun, nicht am Reden werden wir gemessen

SPD und Jugend

309

Malte Ristau

Zur Zukunft der Jusos als Jugendverband

313

Uwe Kremer und Susi Möbbeck

Anspruchsvoll und offensiv — die jugendpolitische Orientierung

319

Hillevi Burmester

Feministische Mädchenarbeit

322

Mathias Brüggemann, Hillevi Burmester, Alexander van Dülmen,
Sabine Gillessen, Stefan Lennardt und Felix Welti**Abi-Deform —****Schüler aktiv für Ansprüche an Leben und Zukunft**

326

Volkszählung

Christoph Butterwegge

Bilanz und Perspektiven der Boykottbewegung

332

Österreich

Peter Pelinka

Abschied von der Vollbeschäftigung?

336

Marxistische Theorie

Frank Heidenreich

Zu Leben und Werk Antonio Gramscis

340

Sowjetuniondebatte

Uli Schöler

Die Linke und der reale Sozialismus: Mehr Skepsis als Hoffnung

Tagung der Zeitschrift *Sozialismus* zum Thema »Erneuerung der sozialistischen Länder?« am 25./26.7.1987 in Frankfurt/Main

351

Frauen

Waltraud Keller

»... erbitterte Herzen weicher machen«

Weltfrauenkonferenz in Moskau

355

Jungsozialisten

Michael Mohri und Carmen Rudolph

Hattingen ist nur der Anfang!

Konferenz der Jusos Westliches Westfalen zur Stahlkrise, 30.5.1987

358

Kultur

Ursula Vogel

»Erzählen ist Sinngedenken«. Zu Christa Wolfs »Störfall«

363

Reaktionen

Betrifft: Uwe Kremer: »Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung« (*spw* 36) (Günther Schmidt-Falck; Uli Schöler)

366

Betrifft: Bruno Neurath: Max Adler (*spw* 36) (Robert Steigerwald)

373

Betrifft: Hillevi Burmester und Sabine Brünig: Kongreßbericht in *spw* 36 (Katharina Gröning)

373

Besprechungen

Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.): Vom Lagerfeuer zur Musikbox (Arno Klönne)

376

Peukert, Detlev, J.K.: Jugend zwischen Krieg und Krise (Arno Klönne)

376

v. Hellfeld, Matthias: Bündische Jugend und Hitlerjugend (Arno Klönne)

376

Dertinger, Antje: Weiße Möwe, gelber Stern (Arno Klönne)

376

Hoffmann, Heinz, und Jochen Zimmer (Hrsg.): Wir sind die grüne Garde (Arno Klönne)

376

Gröschel, Roland: Zwischen Tradition und Neubeginn (Arno Klönne)

376

Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.): Die Nation als Ausstellungsstück (Karsten Rudolph)

379

Steininger, Rolf: Eine vertane Chance? (Jürgen Blume)

381

Über die Autorinn und Autoren

384

Editorial

Wo die deutsche Sozialdemokratie vor 15 Jahren ihre größten Erfolge feierte, tun sich heute ihre größten Probleme auf: Während die SPD allein im Jahr 1972 über 100000 Neueintritte im »Juso-Alter«, d.h. unter 35 Jahren, verzeichnen konnte, werden heute junge Gesichter in der Partei als Rarität behandelt. In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten hat diese Entwicklung inzwischen zu einer breiten — teilweise kontroversen — Diskussion geführt, deren Zwischenstand wir in dem vorliegenden Heft dokumentieren und kommentieren wollen.

»Jugendpolitische Orientierung« heißt einer der umstrittenen Schlüsselbegriffe der Debatte. Möchte man zunächst meinen, für einen Jugendverband sei dies eine Tautologie, zeigt sich bei näherer Betrachtung, wie brisant eine jugendpolitische »Umdeutung« der Verbandspolitik für eine Organisation werden kann, die sich in ihrem Selbstverständnis über fast zwei Jahrzehnte als linker Stachel im Fleisch einer mehrheitlich rechtssozialdemokratisch definierten Gesamtpartei begriffen hatte.

Michael Guggemos, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, begründet in seinem Artikel im Anschluß an eine Analyse der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie mit der jungen Generation die Notwendigkeit für seine Organisation, neue Wege in der Ansprache von Jugendlichen zu gehen. Er plädiert dafür, die vielfältigen Mobilisierungsmöglichkeiten zu nutzen, indem die Jungsozialisten sich ernsthaft mit dem gewandelten Jugendmilieu und den daraus entstandenen neuen »Anspruchshaltungen« auseinandersetzen.

Die politische Definition wird sekundiert von einer theoretischen Grundlegung, die Susi Möbbeck und Karsten Rudolph mit einer Erklärung des Begriffs einer »eigenständigen Jugendphase« unternehmen. Im Unterschied zu einer in der bürgerlichen Wissenschaft verbreiteten Theorie von einer »Nivellierung der Klassenstrukturen« wird hier von »Umbruchprozessen der Klassenformierung« gesprochen, die mit einem »gewandelten Vergesellschaftungsprozeß der Individuen« einhergehen. Hier wird deutlich, daß mit dem Begriff der »eigenständigen Jugendphase« das neue Selbstverständnis der Jungsozialisten nicht zufällige Laune, sondern Produkt grundsätzlicher Überlegungen ist, deren Fundierung in der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen angesiedelt ist.

Kritik an der aus diesen Überlegungen resultierenden politischen Positionen, wie sie sich auch im »Zunkunfts-Aktions-Programm« der Jungsozialisten niederschlagen, übt Malte Ristau, der vor einer einseitigen Festlegung des Verbandes auf ein »jugendpolitisches« Paradigma warnt.

Einen besonderen Akzent setzt Anke Fuchs, die sich aus der Sicht der »Mutterpartei« mit dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Jugend auseinandersetzt. Dieser Aufsatz verdient besondere Beachtung, weil sich die Bundesgeschäftsführerin der SPD hier explizit auch zum zukünftigen Verhältnis der Partei zu ihrer Jugendorganisation erklärt.

Uwe Kremer und Susi Möbbeck schließlich fassen die aus der politischen Debatte um die »jugendpolitische Orientierung« zu ziehenden strategischen Schlüsse in Thesen zusammen.

Um die praktischen Auswirkungen der »jugendpolitischen Orientierung« in den Hauptaktionsfeldern exemplarisch darzustellen, runden Beiträge zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Schülerbereich und zur Mädchenarbeit den Schwerpunkt des Heftes ab. Dabei macht gerade dieser letzte Aufsatz deutlich, welche dramatischen Diskrepanzen zwischen herkömmlicher politischer Arbeit und der von Hillevi Burmester vorgestellten »feministischen Mädchenarbeit« noch bestehen.

In einem Beitrag untersucht Frank Heidenreich die Bedeutung des Werkes von Antonio Gramsci, dessen Todestag sich in diesem Jahr zum fünfzigsten Male jährt. Dieser Versuch, politische Theorie und »Biographie« als Reflexe historisch-gesellschaftlicher Entwicklungen zu begreifen sollte auch als Beitrag zur Wiederbelebung einer theoretischen Kultur der Linken verstanden werden.

Schließlich sei noch auf die Interventionen und Leserbriefe verwiesen, die zeigen, daß mancher Beitrag auf (kritische) Resonanz unserer Leserschaft stößt. In diesem Heft geht es zum einen um Uwe Kremers Beitrag »Moderner Sozialismus-Eckpunkte der Strategiebildung« in *spw* 36, wie auch um die kommentierende Berichterstattung vom Juso-Frauen-Kongreß durch Hillevi Burmester und Sabine Brüning. Die lebhafteste Reaktion gerade auf diese Artikel zeigt uns, daß es genügend Debattenbedarf gerade da gibt, wo provozierend und strategisch formuliert wird.

Die schon seit langem angekündigte Übersetzung von E.P. Thompsons Buch »Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse« ist nun im Mai 1987 in der Edition Suhrkamp (Bd. 170, 38,- DM) erschienen. Eine Rezension dieses Bandes von Thomas Lindenberger erschien in *spw* 22 (März 1984), S.118ff.

Verlagsmitteilungen

Die in unserem Verlag erschienene Broschüre »Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmwurf der SPD« hat in der Partei und darüber hinaus einige Beachtung gefunden. Im *Vorwärts* (30/1987) ließ sich Michael Scholing zu einer wohlwollenden Kritik herab und in der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte befand Rainer Diehl gar: »Es handelt sich um eine durchaus seriöse, in konstruktiver Absicht gedachte und in solidarischer Form geführte Auseinandersetzung mit dem Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD — und nicht um einen Verriß desselben in Bausch und Bogen.« (NG/FH, 6/1987).

Der »Deutschen Volkszeitung/Die Tat« war die Programmkritik immerhin eine ganze Dokumentationsseite wert. Lediglich in »Sozialismus« gab es herbe Kritik: Von »Bremer Märchenstunde« und »himmelstürmenden Projekten« ist dort die Rede (Sozialismus 7-8/1987). Eine Antwort darauf ist angekündigt.

Die Programmkritik liegt übrigens jetzt bereits in zweiter Auflage vor. Nutzt sie in der beginnenden Debatte über ein neues Grundsatzprogramm!

SPD und SED

Andreas Wehr

»Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, ...«

Anmerkungen zum gemeinsamen Papier von SPD und SED¹

Ein Gespenst geht angeblich zur Zeit in Deutschland um: Das Gespenst der Verbrüderung von Sozialdemokraten und Kommunisten. Dieses Schreckensbild kann denn auch von den Bürgerlichen nicht grell genug gezeichnet werden: Von der ersten gemeinsamen Erklärung seit der Gründung der KPD vor nunmehr bald sieben Jahren ist die Rede. Als gäbe es in dem gewiß leidvollen Nebeneinander der beiden so ungleichen Kinder der deutschen Arbeiterbewegung nicht — wenn auch kurze — Perioden des Gleichschritts. Man braucht dabei nicht einmal an das längst vergangene Zusammenwirken bei der Abwehr des Kapp-Putsches und bei der versuchten Fürstenenteignung zu erinnern; das Buchenwalder Manifest und die an vielen Orten gemeinsam unternommenen Anstrengungen zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung direkt nach Ende des Hitlerfaschismus sind Zeugnisse gleichgerichteten Willens, die auch für die gegenwärtige Epoche noch große Bedeutung besitzen. Selbst eine Zusammenarbeit von SPD und SED hatte es 1946 mit der gemeinsamen Einbringung eines Sozialisierungsgesetzes in die Berliner Stadtverordnetenversammlung schon gegeben.

Es wäre redlich gewesen, auch an diese Zeiten zu erinnern, anstatt allein den »bitteren Streit« von vier Jahrzehnten zu beschreiben. Es ist kein Geheimnis, daß die Berufung auf die gemeinsamen Wurzeln erst auf Intervention des SPD-Präsidiums wieder aus dem Text gestrichen wurde. Nun heißt es: »Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas.« (4) Eine vergleichsweise belanglose Formulierung.

Sozialdemokraten und Kommunisten schicken sich nun erneut an, etwas im eigenen, im deutschen Interesse zu regeln. Es geht nicht mehr um den großen Zukunftsentwurf einer neuen Gesellschaft, immerhin aber um die langfristige Absicherung eines friedlichen Zusammenlebens. Mit wiedererrungenem Selbstbewußtsein wird ein neues politisches Denken und Handeln gleich für die Gesamtheit der beiden Systeme gefordert:

»Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, stimmen darin überein, daß Friede in unserer Zeit nicht mehr gegeneinander errüftet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann.« (4)

Es scheint, als würde langsam begriffen werden, daß die Gefährlichkeit der Systemkonkurrenz beträchtlich eingedämmt werden kann, wenn sich nur die beiden deutschen Staaten an ihr eigenes Überlebensinteresse erinnern.

Die DDR ist in den vergangenen Jahren — anfangs auch ohne Abstimmung mit der Sowjetunion — konsequent einen Weg gegangen, der den Abbau der Spannungen zum Ziel hat. Zu erinnern ist hier an die deutlichen Vorbehalte gegenüber der sogenannten »Nachrüstung« mit sowjetischen Raketen in der DDR und in der CSSR, aber auch an das Wort von der notwendigen »Schadensbegrenzung«.²

Auf der anderen Seite war es die SPD, die mit ihrem Konzept der Sicherheitspartnerschaft bzw. der gemeinsamen Sicherheit eine gänzlich neue Logik entwickelte, die erst ansatzweise von den übrigen europäischen sozialdemokratischen Parteien aufgegriffen wurde, und an der auf lange Sicht auch nicht die Konservativen vorübergehen können.

Den beiderseits der Grenze entwickelten neuen Konzepten sind mit den Vertragsentwürfen von SPD und SED für chemie- bzw. atomwaffenfreie Zonen bereits Taten gefolgt. In dem jetzt vorgelegten Papier sind die gemeinsamen Grundlagen dieses neuen Denkens und Handelns fixiert worden. In der Ausformulierung dieser gemeinsamen Prinzipien liegt der historische Wert dieser Erklärung. Vielleicht wird man einmal die fast parallele Entwicklung derartig ähnlicher Auswege aus der sich zu Beginn der achtziger Jahre so dramatisch zuspitzenden internationalen Situation als entscheidende Bedingung für die friedliche Entwicklung in Europa bewerten. Es ist sicherlich kein Zufall, daß diese Konzepte auf deutschem Boden und damit in der gefährdetsten Region entstanden.

Das gemeinsame Papier beschränkt die Bedrohung des Lebens aber nicht allein auf die militärischen Gefahren; auch »die Erhaltung der Biosphäre und die Überwindung der ökologischen Krise« sowie »die Bekämpfung des Hungers, der Abbau der Verschuldung und die wirtschaftliche Not in den Entwicklungsländern« werden als gleichgewichtige Menschheitsaufgaben betrachtet. Ein Denken in globalen Dimensionen wird hier gefordert. — Von großer Bedeutung ist aber auch, daß die Konsequenzen des Ausschlusses von Gewalt bzw. ihrer Androhung in den internationalen Beziehungen offensichtlich bedacht worden sind. So heißt es:

»Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt.« (5)

Die gegenseitig unterstellte Reformfähigkeit kann natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die jeweils andere Seite bleiben:

»Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Systems möglich sein ... Nur so ist es möglich, daß öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so daß Mißlungenes verworfen, Gelungenes festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann.« (7)

Für die Sozialdemokratie kann dies nichts anderes heißen, als daß nach vierzig Jahren nun endlich die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR anzuerkennen sind. Für die SED bedeutet es andererseits das Eingeständnis, daß schon auf Grund der gemeinsamen Vergangenheit und der weiter fortwirkenden Nähe der beiden deutschen Staaten eine weitere Abschottung sinnlos ist. Offensichtlich hält man zudem

die eigenen »sozialistischen Errungenschaften« für inzwischen so gefestigt, sie einer gewissen Konkurrenz auszusetzen.

Die in dem Papier beschriebenen weiter existierenden gegensätzlichen Positionen von Sozialdemokraten und Kommunisten wirken im Unterschied zu den übrigen Teilen verkrampft und künstlich. Auch ohne dieses Kapitel wäre wohl kaum jemand auf die Idee gekommen, daß es keine Unterschiede mehr zwischen den beiden Parteien gäbe. Im Umgang miteinander ist man offensichtlich noch nicht so souverän, daß das Gemeinsame beschrieben werden kann, ohne zugleich das Trennende immer wieder deutlich herausstellen zu müssen.

Interessant an der Positionsbestimmung der SED ist hier, daß von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei keine Rede ist. Lediglich »die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen« sei »das Fundament umfassender demokratischer Rechte« (6). Sorgfältig vermeidet man auch den Begriff des Imperialismus. Es handelt sich neuerdings nur noch um »Arbeiten Lenins über das Wesen des Monopols« (6).

Die Positionsbestimmung der SPD ist den beteiligten Mitgliedern der Grundwertekommission gründlich mißlungen. Wolkige Formulierungen über Gewaltenteilung, Demokratie und Pluralismus werden als sozialdemokratische Positionen ausgegeben: »Für Sozialdemokraten ist ein lebendiger, spannungsreicher Pluralismus in Kultur, Wissenschaft, Kunst und politischer Meinungsbildung unverzichtbarer Ausdruck von Freiheit, aber auch Voraussetzung und gleichzeitig Ergebnis einer Demokratie im Dienste der Entfaltung des Menschen.« (5)

Erstaunt liest man, daß hingegen »für Marxisten-Leninisten Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und damit verbundenen politischen Macht geprägt ist« (5). Eine ureigene sozialdemokratische Position von Marxisten, aber auch von Nichtmarxisten in der SPD wird hier einfach den Kommunisten zugeschlagen. Doch nicht in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft liegt der eigentliche Dissens zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern in der Frage der politischen Macht. Schon ein Blick in das Godesberger Programm oder in den Orientierungsrahmen '85 hätte hier für mehr Klarheit sorgen können.

Das gemeinsame Papier von SPD und SED beschwört mit Sicherheit nicht das von den Bürgerlichen so gefürchtete Gespenst einer Verbrüderung herauf. Für einen kurzen Augenblick ist aber die potentielle Macht sichtbar geworden, die entstehen kann, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten auf deutschem Boden am gleichen Strang ziehen.

Anmerkungen

- 1 Grundwertekommission der SPD und Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Politik, Informationsdienst der SPD, 3, August 1987. Seitenverweise in Klammern beziehen sich auf diesen Text.
- 2 Vgl. auch Christiane Rix: Neue Ansätze in der Sicherheitspolitik der DDR. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 8, August 1987, 750ff.

Diskussionsschwerpunkt: Jugend

Michael Guggemos

Kräfte sammeln für bessere Zeiten

Jugendpolitische Aufgaben von Jusos und SPD

»Die Jungen brauchen eine verlässliche politische Kraft, die aus großen Traditionen schöpft, sich an der Wirklichkeit von heute nicht vorbeidrückt, weder beschwichtigt noch nach dem Munde redet, wohl aber ihre Sorgen aufnimmt und ihre Hoffnungen zu verwirklichen sucht.«

(Aus dem Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm)

Die Wahrheit ist: Es gibt heute keine politische Kraft, auf die sich die Mehrheit der Jugendlichen mit ihren Sorgen, Hoffnungen und Ansprüchen *verlassen* könnte. Nicht auf die SPD, auch nicht auf die Grünen (auf die Rechtsparteien schon gar nicht). Die Sozialdemokratische Partei muß um ihren Irseer Anspruch »Mit den jungen Menschen nach vorn!« erst noch kämpfen und sich dabei selbst verändern. Die Jusos wissen, daß wir hierbei als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation der Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle spielen, daß die Erneuerung der Partei und die eigene Stärkung als jugendpolitische Kraft zusammenhängende Aufgaben sind, daß wir uns als Teil der SPD selbst erneuern müssen. Nach Jahren der politischen Irritation, des Hin-und-Her-Geworfenseins durch den Niedergang des sozialdemokratischen Reformprojekts, dem Aufstieg der Grünen und dem Vormarsch der Rechten, durch den Gegensatz von Bewegungen und Partei, aber auch durch innere Fraktions- und Flügelkämpfe ist der Impuls, der von den Jusos Anfang der siebziger Jahre herrührte, endgültig erschöpft. Es gilt, neue Kraft und neues Selbstbewußtsein zu erlangen, aktions- und zukunftsfähig zu werden. Mit unserem Bundesarbeitsprogramm 86-88 »Wir wollen Leben, Arbeit, Zukunft«, mit unserem Wahlkampfbeitrag, mit dem Entwurf für ein »Zukunfts- und Aktionsprogramm für die Jugend« (ZAP), mit den Jugendaktivitäten im Herbst, mit der Weiterentwicklung der Mädcheninitiative und mit einer deutlichen Ausweitung der jugendpolitischen Ansätze vor Ort hat der Verband mit der eigenen Erneuerung begonnen.

Dies steht in krassem Gegensatz zur jugendpolitischen Wirklichkeit der Partei. Die *Sehnsucht nach der verlorengegangenen Jugend* gehört nun schon seit geraumer Zeit zum Standardrepertoire ihrer Klagelieder.

Diese jugendpolitische Misere der Partei läßt sich an unterschiedlichen Facetten festmachen, in denen sich tieferliegende Probleme im Verhältnis von Jugend und SPD widerspiegeln:

Die *Verankerung der Partei unter den jungen Wählerinnen und Wählern* ist außerordentlich labil, ihre Bindungen an die SPD sind sehr gelockert. Daß von einem Rechtsruck in der Jugend — ausweislich der letzten Wahlergebnisse der Unionsparteien — keine Rede sein kann, ist sicherlich ein starker Trost. Doch hat auch die SPD mit ca. 39 % bei den 18- bis 25-jährigen einen Anteil erzielt, der wie schon 1983 nur geringfügig über dem Anteil an der Gesamtwählerschaft liegt. Dies hängt einerseits mit dem Anstieg des grünen Wähleranteils auf ca. 19 % und andererseits mit der nachlassenden Wahlbereitschaft, durchaus für die SPD ansprechbarer Jugendlicher, zusammen. Die frühere sozialdemokratische Stärke im Jungwählerbereich ist wohl auf längere Zeit dahin. *Je länger aber diese labile Situation anhält, desto mehr wird sich dies auch in der gesamten Wählerschaft der neunziger Jahre niederschlagen*, wenn die gegenwärtigen politischen Verhaltensmuster in die folgenden Altersklassen auf »natürliche« Weise hineintransportiert werden.

Diese Labilität spiegelt sich im *Organisationsverhalten von Jugendlichen* wider. Ist die Anzahl der SPD-Mitglieder im Juso-Alter (bis 35 Jahre) schon von 1980 bis 1982 — während des kläglichen Endes der Schmidt-Ära — von 250000 auf 224000 gesunken, so folgte von 1982 bis 1986 ein weiterer Rückgang auf 186000. Während von 1980 bis 1982 die Jusos gleichzeitig »älter« wurden (der Anteil der über 30jährigen stieg von 40 auf 45 %), ist von 1982 bis 1986 eine relative Verjüngung zu registrieren. Die Anzahl der Aktiven dürfte sich in der Schwankungsbreite von 20000 bis 30000 Genossinnen und Genossen stabilisiert haben — bei einer sehr deutlicheren Verjüngung der Arbeitsgemeinschaften. Grundsätzlich *steht der allgemeinen Organisationschwäche im Juso-Alter eine offenkundige Aktivitätsbereitschaft der jüngeren Mitglieder gegenüber* — ein Widerspruch, der sich auch produktiv wenden läßt!

Innerhalb der Partei spielen jüngere Genossinnen und Genossen (unter 30 Jahren) im Bereich der Funktionärinnen und Funktionäre eine immer geringere Rolle. Verlängert man den gegenwärtigen Trend in die Zukunft, so ist die Überalterung der Partei schon vorgezeichnet, da hinter der sogenannten Enkelgeneration sich schon jetzt eine klaffende Lücke auftut. Dies ist allerdings nur ein Symptom für die wachsende Gleichgültigkeit der Partei gegenüber »ihrer« Jugend. *Insoweit besteht die große Gefahr, daß es zu einer gegenläufigen Entwicklung der Jusos (Verjüngung) und der Partei (Überalterung) kommt*. Aber auch hier sind Chancen angelegt, den Widerspruch produktiv zu wenden.

Die Probleme der SPD ...

Dies alles sind Symptome für tieferliegende Probleme. Sie hängen sowohl mit der Veränderung der ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Landschaft, mit veränderten Erwartungen und Ansprüchen an Arbeiten und Leben und mit der Entwicklung jugendlicher Lebenslagen, Stile und Kulturen zusammen. »*Jugendpolitik*«

verstehe ich in dreierlei Hinsicht: erstens für Jugendliche Zugänge zu allen gesellschaftlichen Politikfeldern zu schaffen, zweitens die Interessenvertretung, Reformpolitik und soziale Kämpfe für die Rechte der Jugend und drittens die Mobilisierung und Organisation von Jugendlichen bzw. »Jugendarbeit«.

1. Gerade im sensiblen und politisch wenig gebundenen Jugendbereich werden Wahl- und Organisationsverhalten von der *politischen Gesamtdarstellung der Partei* geprägt. Sie beeinflusst auch das jeweilige Ansehen, das die Jusos unter Jugendlichen genießen.

Diese Gesamtdarstellung hängt einerseits von der Handlungs- und Aktionsbereitschaft der Partei ab und andererseits von einem zusammenhängenden Reformkonzept, das auch die soziale und politische Phantasie der Menschen anregen muß. Hier liegt auch die große Chance der Grundsatzprogrammdebatte. Die verwaschene Struktur und die halbherzigen Aussagen in vielen Reformbereichen des Entwurfs haben aber geradezu eine *Langeweile* provoziert, die schon fast als »Kennzeichen« der Sozialdemokratie gelten kann — prägte sie doch auch einen inhaltsleeren und profllosen Bundestagswahlkampf der Partei. Am verhängnisvollsten ist aber der weit verbreitete Eindruck, daß die SPD gar nicht bereit ist, für ihre Ziele und Vorstellungen offensiv einzutreten und zu kämpfen, also wirklich »kampagnenfähig« zu werden.

2. Die SPD bleibt in vielen Fragen *halbherzig*: In Fragen der Berufsbildungsfinanzierung, der Jugendbeschäftigungsprogramme, der Förderung junger Frauen (Quotierung) und anderer *jugendpolitischer Reformbereiche*. Durchgängig neigt die Partei dazu, zweit- und drittklassige Lösungen zu favorisieren, die den *Unternehmern* nicht weh tun und grundlegendere reformpolitische Eingriffe ersetzen sollen. Zwar kann sich die SPD selbst mit derartigen Schritten als sozial gerechtere Kraft profilieren, politische Ausstrahlung und Mobilisierungsfähigkeit gehen davon aber keineswegs aus. Auch dies findet sich im Entwurf für ein Grundsatzprogramm wieder. Daß Jugend dort im Rahmen des sogenannten Generationskonflikts abgehandelt, nach Schutz- und Freiräumen gegenüber der gefahrenträchtigen Erwachsenenwelt gerufen und gleichzeitig die Familie als Hort der jugendlichen Entwicklungsmöglichkeiten gepriesen wird, offenbart ein jugendpolitisches Verständnis, das — gemessen an der Lage und den Ansprüchen von Jugendlichen — schlichtweg als *konservativ* bezeichnet werden muß.

3. Die Mobilisierung, vor allem aber die *Organisierung* von Jugendlichen hängt gerade in der gegenwärtigen Situation davon ab, ob Jugendliche ihre *Ansprüche* einbringen und entwickeln können. Entscheidend sind die Beteiligung am Verbandsleben und der politischen Arbeit und natürlich die Ergebnisse. Dauerhafte Einbeziehung und dauerhaftes Engagement von *Genossinnen und Genossen* setzt aber auch eine gewisse *Effizienz, Professionalität und Infrastruktur* voraus — oder den faktischen Polit-Masochismus, der einen Großteil unseres Juso-Funktionärskörpers plagt und aufrißt. Dem stehen aber nicht nur die herkömmlichen Arbeitsstrukturen der SPD- und Juso-Gliederungen gegenüber — jene ominöse Mischung aus Sitzungssozialismus, bürokratischer Verwalterei und amateurhaftem Dilettantismus. Dies wird noch verschärft durch die Tatsache, daß Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, berufliche Probleme usw. auch in unseren Reihen bis hoch zum Bundesvorstand durchschlagen. Dadurch steigen die persönlichen Opfer und sinken die politischen Erfolgchancen. *Das Verhältnis zur eigenen*

Jugendorganisation ist und bleibt der Gradmesser für das Verständnis, das die Partei und ihre Führung der Lage und den Ansprüchen von Jugendlichen entgegenbringt. Die gegenwärtigen Beziehungen sprechen nicht für den politischen Weitblick der Partei, sondern für eine häufig anzutreffende Kurzsichtigkeit, die sich in administrativer Gängelung der Jugendarbeit und gleichzeitigem Wehklagen über ihren Zustand erschöpft: Self-fulfilling prophecy nennt dies der Engländer.

... und die Ziele der Jusos

Vor diesem Hintergrund haben sich die Jusos im vergangenen Jahr auf dem Hagener Bundeskongreß entschieden, *die eigenen Kräfte zu sammeln* — in einer »jugendpolitischen Orientierung«, die trotz der geschilderten Beziehungen zur Partei auch Zeichen für die Sozialdemokratie insgesamt setzen soll: für ihre Handlungsbereitschaft, für ihre gesellschaftspolitische Konzeption, für ihre politische Kultur und für ihre Einstellung zur Jugendpolitik. Hierbei ist aber klar: Unsere jugendpolitische Orientierung beruht auf unseren sozialistischen Grundpositionen und unserem Selbstverständnis, sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation in einem zu sein. Genauso wie wir in der Praxis noch am Anfang stehen, ist die Orientierung auch noch theoretisch umstritten. Was wir unter *Kräftesammeln* verstehen, was aber zum Teil im Verband auch kritisiert wird — kann in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Grundsätzlich gehen wir davon aus, daß die genannten Trends im Verhältnis von Jugendlichen und Sozialdemokratie nur mittelfristig, d.h. im Übergang zu den neunziger Jahren umkehrbar sind. Insoweit besteht hier ein ähnliches Problem wie im Bereich der modernen lohnabhängigen Schichten. Kurzatmige Hauruck-Strategien, wie sie 1985 und 1986 in der Wahlkampfführung der Partei vorherrschten, greifen zu kurz. So setzen wir auch im Jugendbereich auf den *schrittweisen Umbau der Juso-Organisation* und den *kontinuierlichen Aufbau unserer Aktionsfähigkeit*. Zielperspektive ist das *Profil eines modernen sozialistischen Jugendverbandes in den neunziger Jahren*, der in seinen Aktionen, seiner Programmatik, seinem Verbandsleben und seiner Symbolik *den entwickelten Ansprüchen* von Jugendlichen an eine phantasievolle Lebensgestaltung, eine demokratische Beteiligung, eine solidarische Zusammenarbeit und eine offensive Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Politik genügt — mehr noch: diese Ansprüche prononciert zum Ausdruck bringt.

2. Im Mittelpunkt unserer Erneuerung steht daher eine Vorstellung, die mittlerweile unter dem Stichwort eines *sozialistischen Anspruchskonzeptes* diskutiert wird. Wir meinen, daß der notwendige Kampf gegen die soziale Abdrängung, Verarmung und Aufspaltung von Jugendlichen nur dann organisiert und erfolgreich geführt werden kann, wenn wir gleichzeitig an jugendlichen Ansprüchen an die eigenen Arbeits- und Lebensperspektiven ansetzen. Der Konflikt: einerseits verteidigen Jugendliche ihre Ansprüche (ihren Lebensstil und/oder ihr politisches Engagement), andererseits werden sie auch vielfach reduziert durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausbildungsnot usw. Der Irrtum vieler »orthodoxer« Jusos besteht darin, diese Ansprüche in der Jugend zu ignorieren und »abzuschreiben«, anstatt darum zu kämpfen, daß sie auf-

rechterhalten bleiben oder wieder geweckt werden. Am Ende steht dann meist ein Mischmasch aus Sozialarbeit und Abwehrkampf, aber kein aktions- und reformpolitisches Profil. Daß Ansprüche Jugendlicher widersprüchlich sind, kann kein Argument gegen unser Projekt sein: Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, Ansprüche deutlicher zu formulieren, zu radikalieren, auf den Punkt zu bringen.

3. Ein wichtiger Zugang ist die Frage der *Aktions- und Zukunftsorientierung*, der Versuch, die konkreten Kämpfe mit unseren Zukunftsvorstellungen, Wünschen und Reformprojekten zu verbinden. In der Auseinandersetzung um die Berufsbildungsfinanzierung (»Wer nicht ausbildet, soll zahlen«) haben wir die Erfahrung gemacht, daß noch zu wenig Fleisch am reformpolitischen Knochen war, daß der Kampf für eine Finanzierungsregel und ein entsprechendes Gesetz zu wenig an Aktionsbereitschaft und Phantasie mobilisiert, daß wir zugleich über unsere Zukunft (der Arbeit, der Technik, der Umwelt, des Alltags usw.) reden müssen. Der *Entwurf für ein Zukunfts- und Aktionsprogramm der Jusos (ZAP)* war eine Konsequenz aus diesen Überlegungen, ein wichtiger Schritt nach vorn, der natürlich auch viel berechtigte Kritik, aber auch viel rückständiges Denken und fraktionsbornierte Gehässigkeit im Verband mobilisiert hat. Wir würden am ZAP weiterarbeiten, die Kritik berücksichtigen: *Der Verband wird zum erstenmal in seiner Geschichte ein breitenwirksames und selbstbewusstes Jugendprogramm erhalten* (schon der Entwurf konnte in einer Auflage von 50000 Exemplaren verbreitet werden).

4. Die aus den unterschiedlichsten Ecken des Verbandes hörbare Kritik, es käme zu einem inhaltsleeren Populismus bei den Jusos und zu einer jugendpolitischen Monokultur, muß allerdings entschieden zurückgewiesen werden. Erstens besteht nicht das Problem der inhaltlichen Entleerung oder des Populismus, sondern das Problem, daß wir von unseren sogenannten Inhalten, von unseren Bundeskongreßaktenordnern und bedruckten Papierbergen nur einen Bruchteil »überbringen« und daß wir eben nicht populär sind. Dies ist die Erfahrung der vergangenen zehn und mehr Jahre! Demgegenüber vertreten wir in der Tat auch eine *populäre Orientierung*. Zweitens ist die These von der jugendpolitischen Monokultur reine Spekulation, weil sich die jugendpolitische Neuorientierung der Jusos auf eine breite Definition von »Jugendpolitik« bezieht und überhaupt nicht erkennbar ist, warum andere Arbeitsfelder darunter leiden sollten. Richtig ist: Die Ausrichtung an Interessen und Ansprüchen von Jugendlichen soll unsere *Gesamtarbeit effektiveren und strukturieren* und das beziehungslose Nebeneinanderhergewurschtel verschiedenster Ressorts beenden. Beide Punkte verweisen auf unsere feste *Absicht, auch das Denken in unserem Verband zu verändern*.

5. Hiermit ist die Absicht verbunden, das Herangehen unserer Genossinnen und Genossen an Aktionen, an das Verbandsleben, an die Außendarstellung der Jusos grundlegend zu hinterfragen und zu verändern. Es geht also auch um die *Kultur unserer Politik*. Gegenwärtig gilt in weiten Bereichen, daß die *Aktionserfahrung*, das Selbstbewußtsein und die Identifizierung mit dem Gesamtverband gering sind. Groß ist aber die Zersplitterung unseres Verbandes. Und groß ist auch die Bereitschaft, viel zu reden und um so weniger zu handeln. Die »alltägliche Sozialdemokratie« scheint uns also einzuholen. Die *Jugendkampagne* in diesem Herbst — »Zukunft ... Wer, wenn nicht wir«

— soll vor allem dazu beitragen, diesen Trend zu durchbrechen, Erfahrungen für eine »Offensivpolitik« zu sammeln. Schon in der Vorbereitung und ersten Pilotprojekten haben wir vielfältige positive Erfahrungen gesammelt, aber auch Probleme bestätigt gesehen. Nach Abschluß der Kampagne wird eine breite Auswertungsdiskussion einsetzen, die uns auf das kommende Bundesarbeitsprogramm des Verbandes hinführen soll.

6. Bei der Durchführung und Auswertung der Kampagne, bei der Weiterentwicklung der jugendpolitischen Orientierung werden wir darauf achten, daß wir unsere *Verbindung zu den Protesten der Jugendlichen* verstärken. Die Bewegung an den Schulen, aber auch unter den Auszubildenden in vielen Metallbetrieben, in der Stahlindustrie und bei der Post haben gezeigt, daß sich die Aktionsbereitschaft für die eigenen sozialen Belange in Teilen der Jugend wieder erhöht hat. In diesen Bewegungen spiegelt sich auch viel an Ansprüchen, an Phantasie und Kreativität wider. Dies bestätigt unsere grundlegenden Einschätzungen. Aber natürlich reichen eine Kampagne, ein ZAP und ähnliche Schritte nicht aus — ohne eine stärkere *Unterstützung der Interessenvertretungen* und der Genossinnen und Genossen, die darin arbeiten, können wir unseren jugendpolitischen *Aufbau* nicht fortsetzen. Dabei bleibt hervorzuheben, daß die Mehrzahl der überregionalen Schülervertreter/innen und auch der gewerkschaftlichen Jugendfunktionär/innen mit den Jusos sympathisieren oder sogar bei uns organisiert sind. Wir brauchen eine Arbeitsstruktur, die die Verbindung zu diesen Genossinnen und Genossen sichert, ohne sie doppelt und dreifach zu belasten.

7. Grundsätzlich wird an unserem Konzept kritisiert, daß ein undifferenzierter Begriff von »Jugend« vorläge und daß der Stellenwert von »Jugend« strategisch überhöht werde. Zum *strategischen Konzept*: Es gibt natürlich wachsende Differenzierungen in der Jugend, Dreh- und Angelpunkt bleiben aber gemeinsame Interessen und Ansprüche, die von der Mehrzahl der Jugendlichen getragen oder geteilt werden. Grundlage ist die *Entwicklung einer eigenständigen Lebensphase*, in der Jugendliche sich aus dem Elternhaus herauslösen und vor der Einbindung in einen festen Berufs- und Familienalltag eigene Lebens- und Arbeitsvorstellungen, Stile und Ausdrucksformen entwickeln können. Diese Tendenz — ein Erfolg der Reformkräfte — wird vielfach gebrochen und grundlegend durch die Krisen und reaktionären Angriffe konterkariert. Sie zu verteidigen und auszubauen, bleibt jugendpolitische Hauptaufgabe in den Klassenauseinandersetzungen.

8. Gesellschaftliche Veränderungen setzen sich immer auch über den *Generationenwechsel* durch — seien es Veränderungen in der Sozialstruktur, der Lebensweise, der Anschauungen und Wertorientierungen. Dies ist wahrhaftig nicht neu. Aber in einer Zeit der Krisen und Umbrüche, in der um zukünftige Konzepte gerungen wird, in der solche Konzepte erst noch entwickelt werden müssen, hat der Generationenwechsel dennoch einen höheren Stellenwert als in Zeiten ruhiger und kontinuierlicher Entwicklungen und Übergänge. Dies gilt um so mehr, als die Jugendphase selbst zu einem zentralen Auseinandersetzungspunkt in der Gesellschaft geworden ist. »Jugendpolitik« heißt also auch *Eingreifen in die gesellschaftlichen Verhältnisse der neunziger Jahre* und Vorbereitung auf neue (sozialdemokratische) Reformprojekte. Da die Hegemonie-

schwäche der Sozialdemokratie gerade in der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* wurzelt, zielt unsere jugendpolitische Orientierung vor allem darauf, das Profil der Jusos in diesem Bereich — gegenüber den Konservativen, aber auch gegenüber grün-alternativen Vorstellungen — zu schärfen.

9. Insgesamt besteht demnach eine *enge Verbindung zwischen der Erneuerung der Jusos und der Veränderung der Sozialdemokratie* insgesamt. So bedeutet das »Anspruchskonzept« auch: eine umfassende Programmatik für die neunziger Jahre mit entwickelten Vorstellungen für ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm, für die Fabriken und Büros des Jahres 2000, für die moderne Ausgestaltung des Dienstleistungssektors und des Sozialstaats usw.; eine innerparteiliche Reform der Organisationskultur, die den Kriterien der breiten Partizipation, der Effizienz und Professionalität, aber auch der Kampagnenfähigkeit und Phantasieentwicklung Rechnung trägt; und die Bereitschaft, für diese Ansprüche und mit diesen Ansprüchen gesellschaftlich zu kämpfen. Die gegenwärtige Stabilisierung der Jusos und ihre gleichzeitige Verjüngung (insbesondere auch die wachsende Rolle junger Genossinnen) sind eine große Chance für die Jusos, aber auch für die Gesamtpartei. Sie zu nutzen: dies erfordert ein *mehnjähriges Konzept*, das erst um 1990 herum Früchte tragen wird — nämlich dann, wenn der Generationenwechsel im gesamten Verband und in seinem Führungskörper durchschlägt.

Hierfür gilt es heute die Kräfte zu sammeln — von der Jugendkampagne der Jusos bis hin zur Programmdebatte der Partei.

Das Buch zum Blüm

Hans-Dieter Bamberg

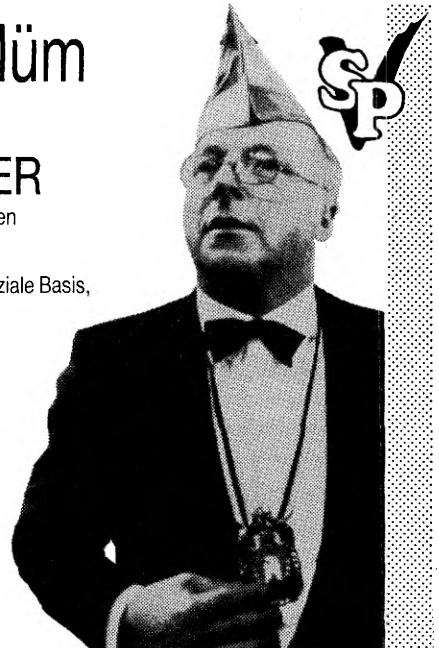
DER MUNTERMACHER

Aufstieg und Aussichten, Aktivitäten und Ansichten
des Norbert Blüm

Das Buch zum Blüm. Das Buch über Karriere, soziale Basis, Weltbild, Ministertätigkeit und Aussichten des Norbert Blüm. Biographisch, ideologiekritisch, materialreich. Ein Beitrag zum vermeintlichen »Charme« des Christlich-Sozialen in der CDU.

ISBN 3-924800-34-0
340 Seiten · DM 19,80

SP-Verlag, N. Schüren, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg
Auslieferung: BücherPresse, Postf. 500266, 2000 Hamburg 50



Susi Möbbeck/Karsten Rudolph

Die »neue« Generation als Schnittstelle des Umbruchs

Jugend und Klassenformierung

»Die Geschichte ist nichts als die Aufeinanderfolge der einzelnen Generationen, von denen jede die ihr von allen vorhergegangenen übermächtigsten Materialien, Kapitalien, Produktionskräfte exploitiert, daher also einerseits unter ganz veränderten Umständen modifiziert ...«
(Marx/Engels: Die deutsche Ideologie)

»Ihr seid die erste Generation, die keine Fehler mehr machen darf.«
(Olaf Palme)

Generationsbildung und Jugendphase

Die Hoffnung auf die »Wendejugend« ist geplatzt. Mit einem Verlust von 5,2 % bei den 18- bis 25jährigen für die CDU/CSU bei den letzten Bundestagswahlen deutet sich bereits ein Negativtrend an, offensichtlich wird er dann bei den 25- bis 35jährigen mit einem Verlust von 8,4 % für die Union. Doch nicht nur die Bundestagswahlergebnisse, sondern vor allem die unerwartete Breite der Schülerinnen- und Schüler-, der Studentinnen- und Studentenbewegungen 87 zeugen davon, daß die nachwachsende Generation — in all ihrer Widersprüchlichkeit und Vielfalt — weder desorientiert noch unpolitisch ist. Allerdings weisen gelockerte Parteienbindungen, die sich am gestiegenen Anteil jugendlicher Nichtwähler/innen zeigen, auf deutliche Umbrüche in der Generationsgestalt hin.

Wenn wir hier von »Generation« sprechen, so haben wir nicht nur die Entwicklung der sozialen Klassen im Blick. Generationen entwickeln ihre eigenen Ausdrucks- und Gestaltungsformen aus dem Ensemble von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Formen ihrer Zeit. Den Untergrund für die Generationsbildung machen eine gemeinsame Generationslage und sich darauf entwickelnde Generationszusammenhänge aus.¹ Olof Palme sprach von der »neuen« Generation als einer, die im Zeitalter der Atomkriegsgefahr keine Fehler mehr machen dürfe. In der Tat drückt sich hier die gemeinsame Generationslage in kollektiv erfahrbaren Bedingungen aus, die die Konstituierung einer gemeinsamen Generationsgestalt ermöglichen.

Gebrochen werden die gemeinsamen Generationszusammenhänge durch Klassenstruktur, regionale und ethnische Besonderheiten, religiöse Praxen und Geschlechterverhältnisse. — Neues prägendes Moment für die Konstituierung der nachwachsenden Generation ist die *Wandlung der Jugendphase zu einer eigenständigen und sie tendenziell verlängernden Lebensphase.*²

Eine neue Phase in der Entwicklung kapitalistischer Produktionsprozesse sowie der Schub in der Produktivkraftentwicklung ging in den vergangenen Jahrzehnten mit einer erfolgreichen sozialdemokratischen Reform- und gewerkschaftlichen Tarifpolitik und eigenständiger Interessenvertretung von Jugendlichen einher. Auf einem neuen Reproduktionsniveau des Kapitalismus erfolgte die *Herausnahme von Jugendlichen aus dem Produktionsprozeß*. Die höhere Verweildauer von Jugendlichen im Bildungssystem ist hierfür ein deutliches Indiz. Auf Grund der veränderten Lebenslage Jugendlicher, die selbst Arbeiterjugendlichen und Frauen eine begrenzt eigenständige Lebensführung vor der Erwerbsarbeit ermöglichte, verloren so traditionelle Sozialisationsagenturen wie die Familie an Bedeutung zugunsten der Bildungssituationen, veränderter Sozialbeziehungen, Medien und anderer ideologischer Apparate, die zudem die Herausbildung einer gleichsam jugendspezifischen Infrastruktur ermöglichten. Insofern haben wir es nicht nur mit einer anderen Generation zu tun, sondern mit einem *gewandelten Vergesellschaftungsprozeß der Individuen*, mit einer veränderten Aneignung individueller Handlungsfähigkeit im Rahmen einer eigenständigen Jugendphase.

Neue Werte und Ansprüche

Offensichtlicher Ausdruck dieses Prozesses sind veränderte Wertorientierungen und Anspruchskonzepte, die ihrerseits einen weiteren Innovationsschub zur Folge haben. Die bürgerliche Soziologie hat daraus nach der »skeptischen« und »revoltierenden« eine »verunsicherte« Generation mit postmaterialistischer Wertestruktur gezimmert.³ In der nunmehr abgeschlossenen empirischen Untersuchung des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI), die auf dem Hintergrund Struktureller Wandlungen der Jugendphase und krisenhafter ökonomischer und sozialer Entwicklungen das Verhältnis von Jugendlichen zu Arbeit und Beruf in ihren Lebenskonzepten analysiert, wird jedoch mit diesen gängigen Mustern gebrochen.⁴ Danach ist die Mehrheit der Jugend weder desorientiert, unreflektiert konsumorientiert noch ohne eigene Ansprüche an die Erwerbsarbeit. Im Gegenteil: Besonders junge Frauen suchen eine Gestaltungsperspektive in der Arbeit und formulieren Ansprüche an eine sinnvolle berufliche Tätigkeit.⁵ Insofern kann man von einer »Tendenz zu einem historisch neuen Arbeitsverständnis« sprechen. Die gewandelten Wertorientierungen⁶ lassen sich darüber hinaus in einer neuen Einstellung zur Sexualität, Ehe, Familie usw. festmachen. Insgesamt zeigt sich eine in zunehmendem Maße individuelle Lebensgestaltung und -planung. Mit der Herausbildung und Verlängerung der Jugendphase geht die *Ausprägung von Individualität* einher. Diese ist das Resultat aus einem spezifischen (»individualisierten«) Vergesellschaftungsmodus⁷ und einem Umbruch in der Lebensweise der Menschen an der Schwelle zum Jahr 2000. Seine politischen Ausdrucksformen finden sich in einem relativ starken Engagement in außerparlamentarischen Aktivitäten und der Entfaltung einer linksalternativen Kultur und Infrastruktur. Sicher gilt dies nicht für die gesamte Generation. Die offensichtliche Polarisierung zwischen verschiedenen Generationseinheiten bringt scharf konturierte führende Gruppen und »Repräsentanten« hervor. Der neue anspruchsorientierte, relativ selbstbewußte und eigenständige subjektive Faktor

wird nun mit einer sich verschärfenden Krisenrealität konfrontiert. Arbeitslosigkeit, schlechte Jobs, Ausbildungsnot und soziale Armut führen zur Anspruchsreduktion und genügsamen Einfindung in die bestehenden Verhältnisse. Die »Zwei-Drittel-Gesellschaft« formt sich insofern schon in der Jugendphase. Eine generelle Rücknahme von Ansprüchen an eine eigenständige Lebensführung und Zukunftsplanung läßt sich allerdings nicht nachweisen. Gemeinsame Vergesellschaftungsbedingungen, gleichgerichtete Wertorientierungen und Anspruchskonzepte auf der Basis eines spezifischen Reproduktionsniveaus einerseits und kollektive Erfahrungen mit der dazu im Widerspruch befindlichen Krisenrealität andererseits, führen zur Überprüfung traditioneller persönlicher und politischer Orientierungen, können in einen innovatorischen Schub für gesellschaftliche Gestaltung und Veränderung münden.

Klassenformierung im Umbruch

Die angedeuteten Entwicklungen des Subjekts treffen nun zusammen mit einem *Umbruch in der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise* insgesamt. Die Dynamik bekommt dieser Trend aus der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR), in deren Folge Wissenschaft und Technik eine immer größere Bedeutung für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß bekommen. Der progressive Kern der WTR liegt in der Durchsetzung der Mikroelektronik und der mit ihr verbundenen neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Übertragung geistig-intellektueller, informationsverarbeitender oder logischer Arbeitsfunktionen vom Menschen auf technische Mittel nimmt allmählich Gestalt an. Damit einher geht der Übergang von fordistischer Massenproduktion mit tayloristischer Arbeitsteilung zur modernen und flexiblen Qualitätsproduktion. Aus der Kombination von WTR und anhaltender struktureller Überakkumulation ergibt sich eine umfassende Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems.⁸

Diese Tendenzen bilden die Folie für einen widersprüchlichen, aber dynamischen Umstrukturierungsprozeß der Klassen- und Sozialstruktur sowie der gesellschaftlichen Arbeitsweise. Das relative Gewicht der unmittelbaren materiellen Produktion sinkt, während der komplexe Bereich des Dienstleistungssektors auf Grund gestiegener Anforderungen an wissenschaftlich-technische und sozio-kulturelle Dienstleistungen zulegt.

Der Umfang der Arbeiterklasse hat unter Einbeziehung der Arbeitslosen und der im öffentlichen Dienst beschäftigten Gruppen zugenommen. Die innere Struktur der Arbeiterklasse ist allerdings tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt; während der Umfang des großindustriellen Kerns abgenommen hat, vergrößert sich der Anteil der Angestellten und Beamten mehr und mehr. Nach wie vor im Wachstum befinden sich lohnabhängige Mittelschichten und lohnabhängige Intelligenz, deren innere Zusammensetzung insbesondere durch eine Zunahme der wissenschaftlich-technischen und der sozial-kulturellen Intelligenz geprägt ist. Damit verbunden ist eine Verbreiterung der Übergangszone zur Arbeiterklasse, in der insbesondere Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit der Arbeiterklasse verschmelzen.

Die bisherigen Entwicklungen lassen die These zu, daß sich neben dem kleiner werdenden Kern der Industriearbeiter moderne und qualifizierte Kernbereiche der Arbeiterklasse im Bereich der produktiven Dienstleistungen und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz herausbilden.⁹ Die Anforderungen der WTR machen eine *Intellektualisierung* der Lohnarbeit notwendig, die sich in einer durchschnittlichen Höherqualifizierung des Gesamtarbeitskörpers niederschlägt. Gleichzeitig setzt sich auf der Grundlage von Veränderungen in der Struktur weiblicher Erwerbstätigkeit, in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und durch das Aufbrechen überkommener patriarchaler Geschlechterbeziehungen eine *Feminisierung* der Lohnarbeit durch.

Intellektualisierung und Feminisierung sind die progressiven Tendenzen der WTR. Unter den Bedingungen von kapitalistischer Herrschaft und Krise setzen sie sich aber nur gebrochen durch und es verstärkt sich andererseits die Gefahr der *Segmentierung* und Spaltung der Arbeiterklasse, die von den Neokonservativen bewußt vorangetrieben wird.

Die Klassenstruktur befindet sich also im Umbruch. Wie die Klassenlandschaft im Jahr 2000 aussehen wird, ist offen und noch umkämpft. Entschieden wird über die zukünftige Entwicklung der sozialen Träger von Veränderung — und damit über die subjektive Aneignung der Potentiale der WTR im Prozeß der Klassenformierung. Die zentrale Schnittstelle liegt dabei im Verhältnis von Klassenentwicklung und Frauenemanzipation, also der Frage, in wieweit es gelingt, die Tendenzen der Intellektualisierung und Feminisierung breit zusammenzuführen. Der Kampf um die Klassenlandschaft wird hierbei insbesondere über den Generationswechsel, also in der Jugend entschieden.

Sozialstaat — Lebensweise — Individualitätsentwicklung

Der Umbruch der gesellschaftlichen Arbeitsweise und die damit verbundenen Veränderungen im Prozeß der Klassenformierung gehen einher mit einer ebenso tiefgreifenden Veränderung der Lebensweise.

Die vergangene Phase kapitalistischer Entwicklung ist gekennzeichnet durch die Beteiligung der Arbeiterklasse am Produktivitätsfortschritt und die Herausbildung und Festigung des *Sozialstaats* unter dem Druck der Arbeiterbewegung.

Diese Entwicklung hat nachhaltige Veränderungen im Alltagsleben insbesondere der Lohnabhängigen bewirkt. Die Herausbildung einer eigenständigen Jugendphase ist nur ein Ausdruck von Veränderungen in Einkommens-, Wohn- und Familienverhältnissen, Konsum- und Reisegewohnheiten und Freizeitgestaltung, in denen Lebensweisen und Lebensstile sich mehr und mehr ausdifferenziert haben. Mit der *Auflösung traditioneller proletarischer* aber auch ländlich-konfessioneller *Milieus* sind neue sozio-kulturelle Milieus entstanden, die sich weniger an Klassen- und Sozialschranken orientieren und größere Spielräume und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zulassen.

Besonders wichtig ist, daß sich in diesem Zusammenhang auch tradierte Geschlechterbeziehungen auflockern und auf Rollenzuweisung basierende Lebenskonzepte von jungen Frauen in Frage gestellt werden.

Insgesamt kann von einer *historischen Tendenz der Individualisierung* gesprochen werden.

Während früher das Hineinwachsen in die Arbeiterbewegung — zumeist in Kernbereichen — für den einzelnen Arbeiterjugendlichen ein vorwiegend »naturwüchsiger Prozeß« war, ist Klassenformierung heute durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, daß sich jede und jeder immer wieder bewußt in den Klassenzusammenhang einfügen muß.¹⁰

Reproduktionsbereich und Klassenformierung

Die Herausnahme der Jugendlichen aus dem Produktionsprozeß und der Umbruch der Arbeits- und Lebensweise führen zu einer zunehmenden Bedeutung des Reproduktionsbereiches für den Klassenformierungsprozeß. Politische Sozialisation findet damit weit weniger eng geknüpft an die eigentlichen Sozialisationsinstanzen der Arbeiterbewegung (insbesondere die betrieblich-gewerkschaftlichen Strukturen) statt.

Vielmehr gewinnen für die Politisierung Interessenvertretungen in Schule und Hochschule, die Mitarbeit in den demokratischen Bewegungen, Freizeitzentrumsinitiativen im Stadtteil oder Dorf und die, vor allem im großstädtischen Raum, ausgeprägte »Szene« zunehmend an Bedeutung.

Gerade hier aber entwickeln sich auch *andere Ansprüche an politisches Engagement*: Demokratisierung und Transparenz von politischen Entscheidungen, Spielraum für spontane, punktbezogene Aktionen, Eigenverantwortlichkeit im Handeln und anspruchsvolle Ausdrucksformen politischer Forderungen sind nur schlagwortartig benannte Kriterien. Mit der Ausbildung der Persönlichkeit hat sich auch die Anforderung an die Übereinstimmung von »Reden« und »Handeln« erhöht. Die moralische Integrität, persönliche Überzeugungskraft und Durchschaubarkeit politisch agierender Repräsentant/inn/en sind gefordert — bürokratisch-undurchsichtige Organisationen, tradierte Gruppenbildungen, patriarchalisches Gehabe und politisches Gekungel sind die dagegenstehenden überkommenen Politikformen.

Die Probleme der Gewerkschaften und der politischen Jugendverbände bei der Gewinnung von Jugendlichen sind also kein Zeichen der Auflösung oder Nivellierung von Klassenstrukturen sondern spiegeln Umbruchsprozesse der Klassenformierung.

Maase¹¹ spricht von einer »zweiten Linie der Klassenbildung«, die neben die klassischen Instanzen der Bewußtseinsbildung tritt. Betrachten wir aber die Sozialisation im Reproduktionsprozeß als »zweite Linie«, so stellen wir sie bewußt in bezug zur »ersten Linie«. Und hier liegt das zentrale Problem: Obwohl die Verknüpfung von originären Klassenfragen und neuen globalen Problemen (Frieden, Umwelt ...) objektiv bestehen, drückt sich dies in der politischen Praxis der Organisationen der Arbeiterbewegung bisher nur unbefriedigend aus.

Doch eine rein additive Zusammenführung von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen hilft hier kaum weiter; mit der Herausarbeitung des Klassenbezugs globaler und reproduktiver Fragen müssen gewerkschaftliche Kämpfe und die Anliegen der demokratischen Bewegungen synthetisch verknüpft werden.

Dies gilt neben den globalen Problemstellungen ganz besonders für die Frauenfrage. Es kommt darauf an, die reale gegenseitige Durchdringung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung ansetzend an den entwickelten Ansprüchen insbesondere junger Frauen voranzutreiben.

So können im Nichtarbeitsbereich entstandene gewerkschaftsähnliche Bewußtseinsformen — z.B. durch Interessenvertretungsarbeit oder Mitarbeit in den neuen sozialen Bewegungen — zu einem wesentlichen Faktor in der Konstituierung von Klassenidentität werden.

Kampf um die Klassenlandschaft im Jahr 2000

Als zentrale Herausforderung ist die Arbeiterbewegung allerdings konfrontiert mit der neokonservativen Offensive zur Durchsetzung ihres Zukunftskonzeptes. Auf Grundlage der Strukturveränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsweise treiben die Neokonservativen die soziale Segmentierung und politische Spaltung der Arbeiterklasse voran. Die auf der Grundlage der Sozialstaatsentwicklung ausgeprägte Individualität soll umgeformt werden in individualistisches Bewußtsein zur Aufrechterhaltung neokonservativer Hegemonie.

Sicher hat der *Kampf gegen soziale Abdrängung* und Spaltung der Arbeiterklasse in der nachwachsenden Generation für die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaften Priorität. Er kann aber nur erfolgreich geführt werden, wenn auch die modernen Kernbereiche der industriellen Arbeiterklasse, der Dienstleistungsbeschäftigten und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und innerhalb dieser Bereiche besonders die Frauen gewonnen werden können.

Im Kern geht es also darum, den scheinbaren Widerspruch zwischen kollektiver Interessenvertretung und individuellen entwickelten Ansprüchen an die eigene Arbeits- und Lebensgestaltung aufzulösen. Nur wenn es der Arbeiterbewegung und den politischen Jugendverbänden gelinge, in einem *Reformprojekt für die neunziger Jahre* eine materielle Absicherung für alle mit Bedingungen für eine größtmögliche Befriedigung individueller Bedürfnisse zu verknüpfen, kann der Kampf um die Klassenlandschaft im Jahr 2000 erfolgreich geführt werden.

Anmerkungen

- 1 Zur Begriffsbildung s. Klaus Dörre: Jugend: Widerstand und Aufbruch, in: Marxistische Blätter 7/8, 87.
- 2 Vgl. etwa Margit Frackmann: Mittendrin und voll daneben, Jugend heute, Hamburg 1985.
- 3 Vgl. Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1963 (Erstausg. 1957); Jugendliche und Erwachsene 85. Generationen im Vergleich, hg. v. Jugendwerk der deutschen Shell, 5 Bde., Opladen 1985; Ronald Inglehart: The silent Revolution, Hamburg 1985.
- 4 Vgl. die Zusammenfassung der zentralen Projektergebnisse, in: SOFI (Pressemitteilung): Jugend und Krise, Ms. 1987.
- 5 Vgl. etwa Heike Fleßner/Heidi Kaake-Werner: Frauen in Bewegung. Neue Wertorientierungen und Politikzugänge, in: Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hg.): Emanzipation in der Krise?: Materialien zur Lebenslage der Frauen, Frankfurt/M. 1986.

- 6 Sozialistische Studiengruppen (SOST): Lebenswerk und Wertorientierungen. Thesen zum Wertewandel, in: Sozialismus 1/1985.
- 7 Vgl. Klaus Dörre: Die neuen Unberechenbaren, in: Demokratische Erziehung 1/1987.
- 8 Vgl. Uwe Kremer: Ökonomische Krise und das Problem der Innovation, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF II, Frankfurt/M. 1986; ders.: Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung, in SPW 36.
- 9 Vgl. Albert Engelhardt: Bundesrepublik 2000: Umbruch — Alternativen — Zukunft, Köln 1986.
- 10 Vgl. Kaspar Maase: Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald, Köln 1987.
- 11 Kaspar Maase: Betriebe ohne Hinterland? Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984.

Anke Fuchs

Denn am Tun, nicht am Reden werden wir gemessen

SPD und Jugend

I.

Nordrhein-Westfalen und das Saarland, wo wir bei den vergangenen Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl 1987 jeweils als deutlich stärkste Partei im Jungwählerbereich abschnitten, zeigen uns, daß es möglich ist, die Zustimmung Jugendlicher zu erreichen.

Wir müssen also daran arbeiten, Vertrauen und Sympathie der jungen Menschen zu gewinnen. Einfach ist diese Arbeit nicht, denn seit Jahren registrieren wir einen deutlichen Schwund junger Mitglieder. Von 1976 bis 1986 ist der Anteil der Sozialdemokraten unter 35 Jahren um ein Drittel gesunken. Die Zahl der Neueintritte Jugendlicher bis 25 Jahre ist insgesamt zurückgegangen. Gegenwärtig beherbergen wir 1,8 Prozent junger Mitglieder bis 21 und 3,3 Prozent Jugendlicher zwischen 22 und 25 Jahren.

Die Folge ist nicht nur eine — gemessen an der Bevölkerungsstruktur — tendenzielle Überalterung der SPD, auch im inneren Verhältnis der Jungsozialisten wird diese Altersverschiebung spürbar. Es dominieren die »jungen Erwachsenen« zwischen 31 und 35 Jahren, die im Vergleich zur Bevölkerungsstruktur in der SPD »überrepräsentiert« sind. Und im Gegensatz zu den siebziger Jahren fehlt die gleichberechtigte Verankerung der unter Dreißigjährigen. So werden Generationensprünge deutlich; das kontinuierliche Hineinwachsen jüngerer und ganz junger Mitglieder, der wichtige Erfahrungsaustausch zwischen den Altersgruppen sowie ein stetiger innerparteilicher Regenerations- und Wandlungsprozeß werden brüchig.

Darüber hinaus hat die SPD hinsichtlich ihres traditionell hohen Jungwähleranteils Einbußen hinnehmen müssen. So verloren wir bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 unsere in den siebziger Jahren erworbene Dominanz im Jungwählerbereich. 1983 wurden CDU/CSU gar zur stärksten Partei unter den Jugendlichen. Wähler zwischen 18 und 25 Jahren unterstützten damals zu 41,2 Prozent die Christdemokraten, während 39 Prozent für die SPD votierten. 1987 erzielten wir mit 38,1 Prozent bei den Jungwählern exakt unser Durchschnittsergebnis.

II.

Junge Menschen wachsen ins Leben vor dem Hintergrund einer widersprüchlichen Neustrukturierung der Jugendphase. Sie nehmen zwar früher und intensiver am gesellschaftlichen Leben teil, jedoch ist die Jugendphase zunehmend nicht mehr die Vorbereitung auf eine im ganzen als sicher vorgestellte Zukunft. Stichworte sind: wachsender Konkurrenz- und Auslesedruck im Bildungssystem ohne Aussicht auf soziale und berufliche Sicherheit, Ausgrenzung zehntausender Jugendlicher ohne Ausbildung und über eine halbe Million Menschen ohne Arbeit.

Jugendliche erkennen deshalb überlieferte Lebensentwürfe als zunehmend fragwürdig für ihr eigenes Handeln. Sie stehen vor der Herausforderung, neue Orientierungspunkte zu finden, um ihr Leben zu gestalten. Darüber hinaus müssen sie ihre Zukunftsperspektive in einer Zeit entwickeln, die neben wirtschaftlichen Problemen durch globale Gefährdungen (Tschernobyl, atomares Wettrüsten) gekennzeichnet ist.

In ihren vielfältigen Verhaltensweisen »beantworten« Jugendliche diese Situation auf ihre Weise. Formen des vitalen Protestes sind ebenso anzutreffen wie jugendlicher Konservatismus. Rückzugstendenzen ins Private oder die schmerzliche Flucht in Drogen und Alkoholkonsum. Zugleich wollen die Nachwachsenden höhere, eigene Ansprüche realisieren. Sie wollen nicht lediglich einen Arbeitsplatz, sie wollen sinnvoll arbeiten und gleichzeitig ihre individuellen Lebensinteressen auch außerhalb der Erwerbsarbeit verwirklichen. Und an oberster Stelle jugendlicher Politikvorstellungen steht neben den Forderungen nach sinnvoller Ausbildung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das Verlangen, in einer gesunden Umwelt, in einer friedlichen und gerechten Welt zu leben.

Dabei wird eine Skepsis gegenüber den Lösungsfähigkeiten und Versprechungen von Parteien deutlich. Betroffen ist nicht allein die SPD, sie schlägt sich insgesamt in einem Rückgang jugendlicher Wahlbeteiligung nieder, auch verflüchtigt sich der konservative Jungwählerboom von 1983. Selbst die Grünen haben als »Jugendpartei« den Zustrom junger Menschen nicht gepachtet, wie die deutlichen Jungwählerverluste der Hamburger GAL beweisen.

III.

Zu Recht heißt es in dem Papier der jugendpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand: »Viele junge Menschen stehen heute abseits der Politik, skeptisch und enttäuscht. Sie fanden Aufmerksamkeit, als sie protestierten und machten die Erfahrung, daß Politiker, die damals das 'vernünftige' Gespräch nach ihren Regeln forderten, zu

ihrer Tagesordnung zurückkehrten, als die Proteste sich beruhigten. « Wir dürfen aber Jugendliche mit ihren Problemen und unsicheren Zukunftsperspektiven nicht allein lassen. Wenn Jugendliche sich von der Politik distanzieren, hat es Auswirkungen auf die Demokratie, und nicht ausgeschlossen sind demokratische Brüche.

Unser Ziel muß es deshalb sein, mit und für Jugendliche Lebensbedingungen zu erkämpfen, die sinnvolle Arbeit und Ausbildung, ein Leben in Freiheit und den Abbau globaler Gefährdungen ermöglichen. Gefordert ist eine Politik, die jugendliche Chancengleichheit und Selbstbestimmung fördert und junge Menschen darin bestärkt, sich in der Gesellschaft, am Leben in der Demokratie zu beteiligen.

Diese Forderung gilt sowohl für den politischen Bereich schlechthin als auch für unsere eigene Jugendpolitik. Hierbei mutet das Verhältnis von SPD und Jugend scheinbar paradox an. Denn einerseits haben wir zentrale Zukunftswünsche junger Menschen in unsere Zielvorstellungen, wie wir sie in Nürnberg beschlossen haben, aufgenommen, andererseits aber spüren wir, daß wir mit unserem Programm allein die Distanzierung und Entfremdung nicht auffangen können. Die SPD kann zwar mit der Besinnung auf ihre eigentlichen Ziele Vertrauen bei Jugendlichen zurückgewinnen, aber mit der »Papierlage« allein werden wir die Kluft zu vielen Jugendlichen, die Kritik an uns, nicht überwinden. Dazu sitzen jugendliche Vorbehalte gegenüber Politikern und ihrem Gehabe viel zu tief. Notwendig ist es daher, eine gemeinsame Arbeit und Diskussion mit der jungen Generation zu organisieren. Jugendliche und SPD sind gleichermaßen herausgefordert, auf Probleme und Gefährdungen mit einer Neuorientierung ihrer Zukunftsentwürfe und Handlungskonzepte zu reagieren. Dabei können SPD und junge Menschen wechselseitige Impulsgeber und Korrektive sein.

Mit den Beschlüssen von Nürnberg und der Programmdiskussion sind wir zwar weiter als die anderen Parteien, aber in der Gesamtschau fehlen ausgefeilte und fertige Konzepte. Daran weiterzuarbeiten, kann der Beginn einer neuen Gemeinsamkeit mit den Jugendlichen sein. Wenn die jungen Menschen spüren, daß wir mit ihnen offen, ernsthaft und ohne Denkverbote über die gegenwärtigen Zukunftsprobleme diskutieren und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen, können wir ein großes Stück Vertrauen und Engagement gewinnen.

An dieser Stelle sei nochmals das Papier der jugendpolitischen Kommission in Erinnerung gerufen. Hier heißt es: Die SPD wird das Vertrauen der jungen Generation so lange erhalten, »als sie sich bewußt ist, daß sie nur dann dauerhaft Vertreterin der Jugend sein kann, wenn sie selbst das Vorbild dessen ist, was sie vertritt, also wenn Anspruch und Wirklichkeit, Weg und Ziel sozialdemokratischer Politik eine Einheit bilden«.

IV.

Wollen wir junge Menschen erfolgreich für die SPD aktivieren, dann erfordert dies neben politischer Kraft und Ausstrahlung ebenso die Überprüfung und Veränderung unseres Innenlebens. Politik muß anders angeboten und anders gemacht werden als in den traditionellen Arbeitsformen. Wo finden sich junge Menschen in ihrer Individualität, aber auch Emotionalität wieder? Unsere Parteiarbeit erscheint vielen Jugend-

lichen grau, bürokratisch und abgehoben von den Alltagssorgen und Wünschen der Mitglieder. Diese Vorwürfe mögen vielfach überzogen sein; aber die SPD muß diesen Vorbehalten in ihrer konkreten Arbeit begegnen. Und dies nicht nur auf der Ebene der Jungsozialisten, sondern in jedem Ortsverein, in jedem Unterbezirk. Jugendarbeit ist mehr als Juso-Politik, sie ist Aufgabe der gesamten Partei, die neuen Anforderungen an eine moderne SPD sind bei weitem nicht nur eine jugendspezifische Herausforderung.

Der Ausbau politischer Kultur beginnt beim Abbau von Hemmnissen, die nicht nur Jugendliche von einer Mitarbeit abschrecken (z.B. Auflösung verkrusteter Strukturen, Sicherung transparenter Entscheidungsabläufe, Förderung jugendlicher Mitglieder).

Insbesondere im Umgang mit unserer eigenen Jugend, den Jungsozialisten, wird unser Verhältnis zur Jugend deutlich. In vielen Bereichen gibt es ein problematisches Nichtverhältnis von Jusos und SPD. Man ignoriert einander. Dadurch haben zwar innerparteiliche Konflikte abgenommen, aber der fruchtbare Effekt kontroverser Diskussionen zwischen Jusos und SPD bleibt aus. Wir dürfen Jusos nicht alleine lassen, wir müssen uns — im positiven Sinne — stärker mit ihnen auseinandersetzen und sie gleichzeitig bei ihrer Jugendarbeit unterstützen, sei es durch Neugründungen von Arbeitsgemeinschaften oder durch personelle Hilfe.

Viel Nachholbedarf besteht, um unsere politische Arbeit mit den Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnissen des einzelnen zu verbinden. Kulturelle Ausdrucksformen, weniger sture Versammlungen, kreative und handlungsorientierte Projekte sind hierfür die Stichworte. Nicht vergessen will ich das »mädchenorientierte Umbauprogramm«, wie es Jugendliche von den Parteien verlangen. Wir tun gut daran, eine stärkere Partizipation und Repräsentanz von Frauen zu sichern. Die »Mädchen-Initiative« der Jungsozialisten und der AsF hat gezeigt, daß wir Zulauf bei Jugendlichen mit einer glaubwürdigen Aktion zur Frauenemanzipation haben können, die zudem noch eine Vielfalt kultureller und bedürfnisorientierter Handlungsformen verbindet.

In der Jugend gibt es eine große Bereitschaft zu zeitlich befristeten und begrenzten Aktionsformen, auf Dauer und langfristige Mitgliedschaft angelegte Arbeitsweisen stoßen auf deutlich weniger Zustimmung. Die SPD muß dies berücksichtigen und sich über ihre traditionellen Organisations- und Veranstaltungsformen öffnen, damit parteinahen Jugendlichen in zeitlich begrenzten Projekten (z.B. Ferienaktionen, Schaffung von Jugendräumen) die Möglichkeit zur Mitarbeit geboten wird. Nur so können wir über unsere Ränder hinaus eine stärkere Verankerung im Jugendbereich erreichen.

In der Vergangenheit hat es in unseren Reihen nicht an einer Vielzahl von Jugendpapieren und Vorschlägen zur Jugendarbeit gemangelt. Nun müssen wir daran arbeiten, bei Jugendlichen Vertrauen zu gewinnen. Denn am Tun, nicht am Reden werden wir gemessen.

Malte Ristau

Zur Zukunft der Jusos als Jugendverband

Die Diskussion über Veränderungen der Jugendphase als Herausforderung für die eigene Arbeit hat mittlerweile auch den sozialdemokratischen Jugendverband erreicht. Die Einsicht verbreitet sich, daß die Jusos der späten achtziger Jahre »anders« sein werden (müssen) als diejenigen der zehn Jahre vorher: Sie werden (zum Teil wesentlich) jünger sein; sie haben andere Lebensumstände und prägende Erfahrungen; sie haben (zum Teil daraus folgend) veränderte Erwartungen an Organisationen; sie fordern mehr Handlungsorientierung ein, sie wollen »tolle Programme« jetzt und hier in der Praxis überprüfen; der weibliche Anteil wird — möglicherweise erheblich — höher sein.

Ein Teil der Juso-Funktionäre hat das Problem schon auf das einprägsame Kürzel »ZAP« (=Zukunfts- und Aktionsprogramm Jugend) gebracht. Im Original-Ton: Alles verändert sich, die Jusos auch, moderne Jugendpolitik ist angesagt.¹ Mag dieser Ansatz auch zum Teil holzschnittartig in seinen Therapievorschlügen vorschnell und damit schon verengend sein, der Bedarf an Neuorientierung in Konzeption und Praxis wird überall deutlich.² Die Ergebnisse der Jugendforschung sprechen von verstärkten qualitativen Ansprüchen an Arbeit; von veränderten Geschlechterrollen; von »Freizeit« als Dimension der Wirklichkeitssuche und von dem hohen Stellenwert des Zusammenseins mit Gleichaltrigen. Die Jugendstudien weisen auch nach, daß sich die Lebenswürfe der Jugendlichen, die auf Grund vor allem der Ausweitung des Bildungssystems sich wesentlich von denen ihrer Eltern unterscheiden, zunehmend an der gesellschaftlichen Realität brechen. Die gesellschaftlich angebotenen Sinnstiftungen können vielen Jugendlichen kaum mehr die breite Palette von Krisenerfahrungen »erklären«. Dies ist eine zentrale Herausforderung für die Jusos.

Gebrauchswertorientierung contra bürokratisierte Jugendkonzerne

In immer neuen Wandlungen wurden in der Jugendforschung in den vergangenen 20 Jahren Konzepte postuliert: von der »emanzipatorischen« über die »antikapitalistische« und die »bedürfnisorientierte« bis hin zur »alltagsorientierten« Jugendarbeit. Kaum einer der beteiligten Autoren ließ es sich nehmen, die Rechtfertigung für Kurskorrekturen durch die Indikation einer Krise zu sichern. Mit Phasenverschiebungen wurden die Konzepte auch in die Jugendverbände getragen bzw. dort weiterentwickelt, die ja tatsächlich in einer deutlichen, wenn auch lange ignorierten Legitimationskrise stecken.³ In Konkurrenz zu ihnen hat sich eine mitunter hochattraktive kommerzielle Angebotsstruktur entwickelt, deren Form und Inhalt auf eine professionell »durchgestylte« Konsum-Ästhetik zurückgreifen kann und in der Lage ist, »mit Glitterkram und marktgängigem Gedröhn am Puls des Geschehens zu bleiben« (Rainer Treptow).

Zugleich gehen immer mehr Jugendliche zu jeder Art institutionalisierter Jugendarbeit auf Distanz. Zwar besteht ausweislich der Jugendstudien und allseits berichteter

Erfahrungen eine große Bereitschaft zu einem spontanen, zeitlich befristeten und mit begrenzten Verpflichtungen einhergehendem Engagement. Umgekehrt proportional zur wachsenden Bedeutung von direkten und öffentlichen Formen der Meinungsäußerung und Interessenvertretung, wie sie für Initiativen und »Bewegungen« typisch sind, trifft auf Dauer und langfristige Mitgliedschaft angelegte Arbeitsweise auf deutlich weniger Zustimmung. An die Stelle eines solchen, für die SPD und ihre Arbeitsgemeinschaften konstitutiven Mitgliedschaftsverständnisses tritt zunehmend eine »demonstrative Gebrauchswertorientierung« (Wolfgang Lenz).

Insbesondere die politischen und gewerkschaftlichen Jugendverbände tun sich schwer mit angemessenen Antworten und Ansätzen. Nicht alle Probleme sind dabei den »Rahmenbedingungen« geschuldet. Bürokratische und als starr empfundene Organisationsstrukturen, (innerparteiliche) Genehmigungsprozeduren und ein ritualisiertes Verbandsleben decken sich nicht mit den Vorstellungen vom eigenen Leben und alltäglichen Handeln und stehen dadurch phantasiefreudiger und experimentierfreudiger Jugendarbeit entgegen. Zugespißt formuliert: Es ist nicht auszuschließen, daß die Jusos wie andere Jugendverbände vor ihnen zu kleinen »bürokratischen Jugendkonzernen« (Benno Hafener) werden, und es gehört wenig Phantasie dazu, vorauszusagen, daß traditionelle Papierproduktionen à la ZAP diesen Zustand eher zementieren werden. Erforderlich ist eine »neue Beweglichkeit«, die verschiedene Elemente kombiniert — und zwar rasch.

Platz machen für die weibliche Hälfte

In der Jugendforschung, in der Bildungspolitik und in vielen Jugendorganisationen hieß das Schlüsselwort in den frühen siebziger Jahren »Emanzipation«, oder weniger ambitiös: Kompensation von Benachteiligungen. Außerhalb auch des linken Blickfeldes blieb dabei — in den meisten Köpfen bis heute —, daß die geschlechtsspezifische Gesellschaftsteilung altersspezifische Jugendphänomene derart überlagert, daß es kaum möglich ist, von »den Jugendlichen« zu sprechen.⁴

Der Einsicht des 6. Jugendberichts, daß sich auch der Alltag der Jugendorganisationen nicht an den Lebenswelten und Lebensplänen von Mädchen orientiert, begegneten die Jusos zunächst mit einer recht abstrakt geführten aber notwendigen Quotierungsdebatte. Die von den Jusos initiierte, von der ASF, den Falken und dem AWO-Jugendwerk mitgetragene Initiative »Zukunftschancen junger Frauen und Mädchen« (sog. Mädcheninitiative) war dann der erste bundesweite systematische Versuch, Inhalte und Arbeitsformen umzukrempeln, sowohl die Jusos selbst als auch außen etwas zu verändern. — Den Anstoß gaben Frauen, die die neue Frauenbewegung der siebziger Jahre miterlebt und deren Forderungen in die Parteien und Institutionen getragen haben sowie Jungsozialistinnen, die früh politisiert und engagiert, nach einer qualifizierten Ausbildung oder einem Hochschulstudium ohne große Hoffnungen auf eine adäquate Beschäftigung auf der Straße standen. Jetzt etwas unternehmen, um die erreichten Fortschritte nicht aufs Spiel zu setzen und nicht zur Resignation verkommen zu lassen, das wollten alle.

Im Verlauf der Kampagne, die — ein Novum bei den Jusos — in allen Bezirken auf allen Ebenen umgesetzt wurde, wurden die Forderungen zunehmend auch auf die eigene Situation bezogen, Sichtweisen, Diskussionen und Verhalten bei den Jusos kritisch überprüft. Ergebnis:

»Das durchgängig negative Gefälle im gesellschaftlichen Machtverhältnis von Männern und Frauen kommt nach wie vor auch in der Juso-Organisation zum Ausdruck.« (Ruth Winkler, stellv. Juso-Bundvorsitzende, auf dem Juso-Bundeskongreß 1986)

Die »großen« Konferenzreden, die Repräsentanz nach außen, die Zuständigkeiten für zentrale Arbeitsfelder sind nach wie vor männliche Domänen. Es entspricht auch den Erfahrungen in anderen Jugendverbänden, daß die Frauen immer noch zuständig sind für die stillschweigenden Kleinarbeiten und die atmosphärischen Funktionen«. Subtiler als offene Formen der Diskriminierung verletzen immanente patriarchale Strukturen (z.B. in der Sprache, in der Themenwahl) das Selbstwertgefühl vieler junger Frauen. Die Nicht-Praxis vieler Männer, die die Frauen ins Leere laufen läßt, die Doppelbelastungen und strukturelle Benachteiligungen (z.B. Repräsentanz im hauptamtlichen Bereich), Unerfahrenheit und fehlende Kompetenz in vielen Untergliederungen sind blockierende Elemente. Ungeachtet der Quotierung, gut besuchter Veranstaltungen, vieler Aktionen und Publikationen — der Fortschritt ist auch bei den Jusos eine Schnecke.

Ein mädchenorientiertes Umbau-Programm soll den Prozeß beschleunigen. Eine stärkere Partizipation an zentralen Verbandsentscheidungen und Repräsentanz soll durch »qualitative Quotierungen«, d.h. Besetzung von Schlüsselressorts und hauptamtlichen Stellen erreicht werden. »Tabuisierte und diskriminierte« Themen wie Sexualität, Rollenverhalten, Gewalt sollen künftig einen höheren Stellenwert bekommen. Im Austausch auch mit anderen Jugendorganisationen wird über Bildungskonzepte und Mädchengruppenarbeit diskutiert. Es sind alles kleine Schritte, aber die Jusos werden bei Strafe der Bedeutungslosigkeit nicht umhin können, sich den skizzierten Anforderungen zu stellen.⁵

Kulturelle Innovation — Wir müssen den Juso-Alltag ändern

Jugendliche sind auf der Suche nach vielfältigen, abwechslungsreichen Angeboten; sie suchen solidarische Kontakte und offene Gespräche über sie interessierende Fragen; sie suchen Möglichkeiten, wo sowohl technisch-handwerkliche Fähigkeiten eingebracht werden können wie kreativ-intellektuelle. Ihre verunsicherten Zukunftsmöglichkeiten machen Lern- und Erfahrungsschancen für einen selbstbestimmten, eigeninitiativen, verantwortlichen Umgang mit dem eigenen Leben und dem gesellschaftlichen Umfeld wichtig.

Das Repertoire und die Möglichkeiten des SPD-Nachwuchses stehen bislang nur in einem ungenügenden Verhältnis zu den Alltagssorgen und Wünschen der Jugendlichen. Die Antwort kann nicht sein, daß die bisherigen Aktivitäten quantitativ ausgedehnt werden, es muß vielmehr ein Bündel von Maßnahmen entwickelt und erprobt werden. Mein Versuch einer Antwort geht daher in eine Richtung, die »kulturelle Inno-

vation« genannt wird.⁶ »Kulturell« kennzeichnet den Ansatzpunkt und die Richtung der Innovation. Und zwar indem kulturelle Ausdrucksform, die Verbandskultur und die facettenreiche Jugendkultur (Stellenwert von Cliques, Musik, Comics etc.) gleichzeitig inhaltliche Bezugspunkte und Methode sind. Das heißt:

- Die Arbeitsformen werden in Richtung kultureller Ausdrucksmöglichkeiten und neuer Medien verändert. Es gibt wesentlich mehr kulturelle Ausdrucksformen als wir im Kopf haben.
- Das innerverbandliche Leben (z.B. Konferenzen) wird so verändert, daß es den Lebensformen und -wünschen Jugendlicher besser entspricht.⁷
- Es wird auf den unterschiedlichen Ebenen mehr in konkreten handlungsorientierten Projekten gearbeitet.
- Es werden mehr öffentlichkeitswirksame und kreative Aktionen durchgeführt.

Identität nach innen — Profil nach außen

Früher wiesen die meisten Jugendorganisationen sowohl nach innen wie nach außen eine deutlich erkennbare, wenn auch nicht immer homogene, Identität auf: einen Ritual-, Symbol- und Aktivitätenbestand, der für die (potentiellen) Mitglieder einen hohen Grad an intellektueller, emotionaler und verhaltensbezogener Identifikation, Verbindlichkeit und Wiedererkennen garantierte und zur Mitarbeit qua Orientierung einlud. Dies hat sich entscheidend verändert. Aktivitäten und Verhaltensstile von Jugendverbänden haben sich angeglichen (vgl. zum Beispiel die Friedensaktivitäten), mit dem klaren Profil scheint mitunter auch der »rote Faden« verlorengegangen zu sein.⁹

Notwendig ist es, perspektivisch ein klares Juso-Profil zu formulieren: dieses muß konkurrenzfähig sein, d.h. dort wo es um heiße Themen, um Problemsituationen und Engagement geht, muß es überzeugen können. Die Ausstrahlungskraft der Jusos in der »Mehr-Demokratie-wagen«-Phase der SPD Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre ergab sich daraus, daß sie angesichts der umfassenden, zerfallenden und in Sekten verkümmerten außerparlamentarischen Bewegung fast konkurrenzlos inhaltliche Impulse und anpolitisierte Jugendliche aufnehmen konnte. Anknüpfend an die durch Willy Brandt glaubhaft vermittelte SPD-Politik (z.B. Bildungsreform, natürlich auch die Ostpolitik) konnten die Jusos ihre über die Mehrheits-Position der Mutterpartei hinausgehenden Forderungen vermitteln und dafür mobilisieren.

Innerhalb des SPD-Jugendverbandes bahnt sich derzeit eine Grundsatzdiskussion darüber an, ob es heute möglich ist, Profil durch eine eindeutige Prioritätensetzung »Jugendpolitik« oder durch eine gleichberechtigte Fortführung der zum Teil ziemlich naturwüchsig entstandenen Arbeitsfelder zu gewinnen. Ich halte dies für eine falsche und außerordentlich unfruchtbare Alternative, die nur die Handlungsfähigkeit der Jusos lähmen kann. Völlig unumstritten sollte sein, daß die Jusos wieder verstärkt Politik mit und für Jugendliche machen. Das hat didaktische und methodische Konsequenzen, von denen ich einige oben benannt habe. Das heißt auch, daß sie in ihrer Zielgruppenansprache Medien einsetzen, die einerseits verständlich, andererseits ansprechend aufgemacht sind.

All dies jedoch ist vereinbar mit einem konzeptionell durchdachten Arbeitsfeldansatz (Frauenemanzipation, Arbeit und Umwelt, Internationale Solidarität usw.), ist sogar mit diesem untrennbar verknüpft, wenn die Jusos tatsächlich die Diskrepanz zwischen Zukunftswünschen und Krisenerfahrungen von Jugendlichen zum strategischen Ansatzpunkt nehmen. Eine jugendpolitische Monokultur würde demgegenüber nicht nur die Gefahr des pragmatischen Versinkens bedeuten und damit die Jusos als demokratisch-sozialistische Richtungsorganisation absehbar demontieren, sondern auch den gesellschaftlichen Tendenzen nicht entsprechen. Sind doch alle Tendenzen dominant nicht nur für Jugendliche (z.B. Pluralisierung von Lebensformen), sondern auch nur so beeinflussbar. Die z.B. vom Uwe Kremer ausgegebene Bestimmung der Jugend als künftigem zentralen Subjekt der Veränderung («Trägerin der Zukunft») schließlich ist nicht nur ausgesprochen unseriös abgeleitet — sie bagatellisiert konsequent Klassen/Schichten- und Geschlechterverhältnisse¹⁰ —, sondern darüber hinaus auf Grund von Änderungen in der Altersschichtung der Bevölkerungsstruktur auch noch strategisch deplaziert. So wird nach allen bekannten statistischen Modellrechnungen in den nächsten Jahren die Zahl der 15- bis 21jährigen um fast 50 Prozent sinken. Am Beispiel einer Stadt konkretisiert: 1983 gab es in Hannover knapp 125000 15- bis 29jährige. Im Jahre 2000 werden es nur noch knapp 59000 sein. Auch — aber nicht nur deshalb — wird die Organisation generationsübergreifender Kommunikation innerhalb wie außerhalb der SPD notwendig sein. »Jugendpolitische Orientierung« ist auf der Ebene der praktischen Umsetzung eine Selbstverständlichkeit, ja eine »Banalität« (Peter Reif, Jusos RH).

Der sozialdemokratische Jugendverband kann sein Profil weiterhin aus eben dieser Funktion beziehen: Auf dem steinigen Wege zum Demokratischen Sozialismus der Mutterpartei immer einige mutige (manche sagen auch: provokative) Denk-Schritte voraus zu sein, im Sinne der Doppelstrategie deshalb auch Scharnier zu sein zwischen Basisprotest und parlaments-orientierter Partei.¹¹ Die Politik muß sich stringenter und phantasievoller als bisher in klar umrissenen und auf eine Handvoll Schwerpunkte konzentrierter Arbeitsfelder vollziehen: entwickelt aus Gesellschaftsanalyse, historisch-gewachsener sozial-demokratischer Identität und Bedürfnissen Jugendlicher gleichermaßen. Wen wundert's, daß Solidarität mit den Schwachen in der Peripherie aus allen drei Bezugspunkten hergeleitet werden kann?

Es hat sich bei der Mädcheninitiative gezeigt, daß Jusos, wenn sie denn auf die eigene Kraft setzen, in der Lage sind, ein Arbeitsfeld zu entwickeln und zu besetzen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren sind die Jusos nicht thematisch und aktionsmäßig hinter Ideen und anderen Organisationen hergelaufen, sondern haben selbst Vorgaben gemacht. Der große Entwicklungspolitische Kongreß vom Herbst 1986 hat deutlich gemacht, daß auch in diesem Arbeitsfeld eine ähnliche Entwicklung möglich ist, wenn sie denn gewollt und zielstrebig gefördert wird; ähnliches gilt für den Umwelt-Bereich. Die Schüler- und Studentendemonstrationen der vergangenen Monate haben — in all ihrer Kurzatmigkeit — doch zweierlei gezeigt: Zum einen ist der Bildungsbereich hinsichtlich Politisierung und Engagement wieder für Überraschungen gut. Zum anderen ist es den Juso-Hochschulgruppen und den Juso-Schüler/innen wieder gelungen, in-

nerhalb der Proteste Profil zu zeigen. Eine organisatorische Stärkung dieses Vorfeldes durch die SPD und Jusos ist wesentlich wichtiger als abstrakte jugendpolitische Debatten.

Es bleiben noch viele Fragen offen, z.B. die Frage nach spezifischen Konsequenzen für Arbeit auf dem Lande. Auch die Frage nach der Entwicklung von Strategien zum kritischen Umgang mit neuen Technologien, gerade weil sie einen immer höheren Stellenwert in allen Alltagsbereichen von Jugendlichen einnehmen, darf nicht ausgeklammert werden. Dazu gehört auch die Frage der (Weiter-)Qualifikation von Haupt- und Ehrenamtlichen, die als Multiplikatoren arbeiten. Einige dieser Fragen sollten z.B. auf jugendpolitischen Foren der SPD im Rahmen der Programmdebatte behandelt werden.

Nicht nur die SPD, auch die Jusos haben ihre Bewährungsprobe noch vor sich. Sie werden jeweils den Nachweis erbringen müssen, daß es ihnen ernst ist, gegen neo-konservative Zugriffsversuche Alternativen zu setzen, die für Jugendliche sowohl das Angebot einer demokratischen Alltagskultur als auch überzeugende inhaltliche Perspektiven eröffnen.

Anmerkungen

- 1 Zur Kritik vgl. Malte Ristau, Thesen zum Umgang mit ZAP. Ms. zu beziehen über Jusos, M. Ristau, Ollenhauerstr. 1, 53 Bonn.
- 2 Ich verzichte aus Platzgründen darauf, Ergebnisse der Jugendstudien (Lebenspläne, Krisenerfahrungen, Krisenverarbeitungen etc.) zu referieren; ausführlicher mein Beitrag »Auf der Suche nach Profil«, in: NG/FH September 1987.
- 3 Zur Diskussion in der Jugendforschung und in der offenen Jugendarbeit vgl. den Reader »Jugendarbeit in der Region«, hg. vom Landesjugendring Niedersachsen, Hannover 1986 sowie »Jugendarbeit in Bayern«, hg. vom Bayerischen Landesjugendring, München 1985, vgl. auch Benno Hafenecker, Politisches Lernen in Jugendverbänden, Reinheim 1985; S.148f. sowie das Diskussionspapier »Lebensbedingungen Jugendlicher in der Krise«, DGB-Jugend Bayern, in: Solidarität 19/1985, S.10-13.
- 4 Vgl. dazu Ruth Winkler, »Weibliche Jugendliche: Zwischen Aufbruch und Resignation«, in: NG/FH September 1987.
- 5 Dazu ausführlicher: Ruth Winkler, Malte Ristau, Von der Mädcheninitiative zum Umbau der Jusos, in: Dagmar Schlapheit-Beck (Hg.), Mädchenräume, Hamburg 1987 (VSA).
- 6 So z.B. der Titel einer Broschüre des Bezirksjugendrings Oberpfalz; konzeptionelle Begründung: Benno Hafenecker: Jugend(verbands-)Arbeit und Schule, in Jochen Schweitzer (Hg.): Bildung für eine menschliche Zukunft, München 1986, S.286-296, praxisorientiert: Malte Ristau: Power für Jugendliche. Handbuch für den Juso-Alltag, Marburg 1987 (SP-Verlag).
- 7 Vgl. dazu z.B. den Beitrag von Anne Heinz in: Arbeitsheft Nr. 75 (»Juso-Sozialismus«) sowie Diskussionsthesen Hamburger Jusos, in: BIss, Juso-Landesmagazin, Mai 1987.
- 8 Praxisbeispiele in: »Was haben wir angerichtet?« Drei Jahre gewerkschaftlicher Jugendarbeit, hg. von der DGB-Jugend, Düsseldorf 1986.
- 9 Würde noch 1984 von »anders arbeiten« und »sinnvoll leben« gesprochen so heißt es heute bei den Jusos schlicht »Leben, Arbeit, Zukunft«. Profil bedeutet dies nicht, da dieser Spruch bei Grünen wie Junger Union, bei SDAJ wie Julis gleichermaßen vorstellbar ist, zugegebenermaßen anders gefüllt wird — aber welche(r) Jugendliche liest schon dicke Broschüren?
- 10 Es sind primär Klassen- Schichten- und Geschlechterverhältnisse, die die Erfahrungen strukturieren, die die Jugendlichen mit ihren Existenzproblemen machen. Sie bestimmen das materiale und kulturelle Milieu, sie definieren (geschlechtsspezifische) Rollen und Pflichten, Sprache und Geselligkeit, Bedeutung von Arbeit und Autorität, sie strukturieren Lebenschancen usw.
- 11 Zur inhaltlichen Bestimmung vom »Juso-Sozialismus« vgl. das gleichnamige Arbeitsheft Nr.75 (Juli 87), zu beziehen über Juso-HSG, Ollenhauerstr. 1, 53 Bonn.

Uwe Kremer/Susi Möbbeck

Anspruchsvoll und offensiv — die jugendpolitische Orientierung

I

Wir verstehen »Jugend« und unseren jugendpolitischen Ansatz als eine strategische Schnittstelle für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Klassenlandschaft in den neunziger Jahren. Wie diese Landschaft aussehen wird, entscheidet sich maßgeblich über den Generationenwechsel. Und wie dieser Generationenwechsel verläuft, wird wiederum von den heutigen gesellschaftlichen Entwicklungen und eben auch von unserem eigenen Eingreifen bestimmt. »Generation« und »Jugend« stehen scheinbar quer zum Klassenbegriff. Doch je eher die nachwachsende Generation in der Jugendphase gemeinsame Merkmale gegenüber den Erwachsenen herausbildet — im Stil, in der Bildung, in den Ansprüchen usw. — und je stärker sie gleichzeitig mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen und Herausforderungen konfrontiert ist, desto bedeutsamer wird der Generationenwechsel für die Entwicklung der Klassenlandschaft und der Gesellschaft. Dies ist die heutige Situation. Umgekehrt wird damit die Jugend selbst zu einem entscheidenden Terrain der gesellschaftlichen und Klassenausinandersetzungen.

II

Der nachwachsenden Generation ist allerdings auch gemeinsam, daß eine enorme Differenzierung in den Lebensstilen, in den Berufsperspektiven, in der Durchsetzung von Ansprüchen usw. anzutreffen ist. Diese Differenzierungen — zum Teil auch Gegensätzlichkeiten — sind von der sozialen Herkunft und Lage, vom regionalkulturellen Umfeld (z.B. Stadt/Land) und vor allem geschlechtsspezifisch geprägt. Der zentrale strategische Punkt aber ist, daß sie sich in einem doppelten Zusammenhang bewegen, in dem Klassen- und Generationsspezifik verschränkt sind. Erstens wird die überwältigende Mehrzahl der Jugendlichen später lohnabhängig tätig (wenn nicht arbeitslos) sein. Zweitens ist die eigenständige Jugendphase mit ihrer gewachsenen Generationsspezifik selbst ein Erfolg der Arbeiterbewegung und ihrer Reformpolitik, der heute durch ökonomische Krisen und rechte Gegenreform in Frage gestellt wird. Insofern verläuft die entscheidende Konfliktlinie weder zwischen den Generationen noch innerhalb der Jugend, sondern zwischen der Jugend, der Arbeiterbewegung und den Reformkräften auf der einen und der herrschenden Klasse bzw. den Rechtskräften auf der anderen Seite.

III

Die jugendpolitische Orientierung mit ihrer starken Betonung generationspezifischer Merkmale und Ansprüche baut auf zwei Grundlagen auf: *Erstens* auf dem Konzept der

»Gewerkschaftlichen Orientierung«, der gemeinsamen Interessenvertretung verschiedener Teile der Lohnabhängigen und der wachsenden Verbindung von Arbeiterklasse und Intelligenz. Diesem Konzept liegen objektive Tendenzen der wissenschaftlich-technischen und ökonomisch-sozialen Entwicklung zugrunde, die sich in der nachwachsenden Generation am stärksten niederschlagen. Der gemeinsame Kampf der arbeitenden und lernenden Jugend um Arbeit und Bildung bildet daher den Kern der jugendpolitischen Orientierung. Die *zweite* Grundlage ist der Feminismus: Mit der Entwicklung eigenständiger Spielräume in der Jugend und generationsspezifischer Ansprüche rücken gerade in der nachwachsenden Generation überkommene Formen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, patriarchalische Verhaltensweisen und Ideologien sowie die Ansprüche der jungen Frauen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Jugend. Auf Grund der bedeutenden generations- und geschlechtsspezifischen Merkmale und Ansprüche läuft das jugendpolitische Konzept damit auch auf eine qualitative Erweiterung der »Gewerkschaftlichen Orientierung« hinaus.

IV

Die jugendpolitische Orientierung ist der Versuch, unter den heutigen Bedingungen den Generationenwechsel zu beeinflussen und die gemeinsamen Interessen und Ansprüche von Jugendlichen in den Vordergrund zu rücken. Hierfür gibt es zwei strategische Eckpfeiler: Erstens müssen vordringliche reformpolitische Sofortmaßnahmen in den Mittelpunkt gerückt werden, um der sozialen Aufspaltung und Abdrängung von Jugendlichen zu begegnen (Soziale Mindestsicherung, Beschäftigungsprogramme, Umlagefinanzierung, Quotierung u.a.m.). Zweitens läßt sich der Kampf gegen die soziale Spaltung der zukünftigen Lohnabhängigen nur führen, wenn wir zugleich die Auseinandersetzung um die zukünftigen Arbeits- und Lebensperspektiven aufnehmen, an den entwickelten Ansprüchen von Jugendlichen ansetzen und auch jene einbeziehen, die über vergleichsweise gesicherte Perspektiven in den modernen Sektoren der Industrie und der Dienstleistungen verfügen. Über die traditionelle Vorstellung von Interessenvertretung hinaus setzen wir auf eine Radikalisierung von Ansprüchen an das eigene Leben, die Umwelt und die Gesellschaft, aber auch an die eigenen Organisationen. Die Verbindung dieser beiden Eckpfeiler — Sofortmaßnahmen und Entwicklung gestiegener Ansprüche — ist die wohl größte Herausforderung für das Gesamtkonzept.

V

Der strategische Bezug der jugendpolitischen Orientierung auf die künftigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bleibt abstrakt, wenn keine Aufgabenstellung für die kommenden Jahre entwickelt wird. Unser Ziel besteht darin, die *Entwicklung einer interessen- und selbstbewußten demokratischen Jugendbewegung* zu unterstützen. Das Engagement hunderttausender von Jugendlichen in den verschiedenen demokratischen Bewegungen und den Interessenvertretungen und die jüngsten Schüler/innen- und Studenten/Studentinnen-Proteste sowie die Lehrlingsaktionen im Stahl- und im Post-

bereich zeigen, daß dies kein willkürlich gewähltes illusionäres Ziel ist, sondern eine realisierbare Aufgabe. Denn es ist ihre Aufgabe, der fortschrittlichen Jugendverbände, dem spontanen Protest Kontinuität und Zielorientierung zu verschaffen. Dies setzt aber auch eigenständige Kampagnen- und Aktionsfähigkeit der Jusos voraus. Sie sind gegenwärtig noch völlig unterentwickelt: Eigenständige Jugendaktionen des Verbandes und die Unterstützung der Jugendbewegung müssen in Zukunft stärker miteinander verzahnt werden.

VI

Wenn die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ihre Aktionsfähigkeit entwickeln und politische Orientierungen vermitteln wollen, so müssen wir die eigene Organisation schrittweise, aber gründlich umbauen. So wichtig die organisatorisch-technischen Rahmenbedingungen sind: Das Hauptziel besteht darin, die Fähigkeiten, Kompetenzen und Ansprüche der jüngeren Genossen und vor allem der Genossinnen auszuschöpfen und weiterzuentwickeln, Phantasie und Selbstbewußtsein zu mobilisieren. Dies ist auch eine der zentralen Aufgaben der Herbstkampagne 1987, des Zukunfts- und Aktionsprogramms und der konsequenten personellen Verjüngung und Feminisierung unseres Funktionärskörpers. Es zeigt sich immer deutlicher: Dort, wo diese drei Momente miteinander verbunden werden und vor allem junge Genossinnen die zentrale Rolle spielen, können wir die größten Fortschritte auf dem Wege zu einer anspruchsvollen jugendpolitischen Offensivpolitik verzeichnen. Es kommt in Zukunft vor allem darauf an, auch die innerverbandlichen Ansprüche z.B. an den Einsatz moderner technischer Möglichkeiten, an Design und Ästhetik, an die Theoriebildung und Programmatik, an die bewußte Gestaltung von Aktionen hochzuschrauben und zu mobilisieren, als neben zeitliche begrenzten Kampagnen eine regelrechte jugendorientierte Infrastruktur aufzubauen. Das geplante »Jugend & Technik«-Projekt ist dafür ein gutes Beispiel.

VII

Mit der jugendpolitischen Orientierung verfolgen wir weiterhin das Ziel, einen *Beitrag zur Veränderung der SPD* zu leisten. Die SPD steht — wie auch die Gewerkschaften — vor der Aufgabe, sich auf die Veränderungen der Sozialstruktur, der Arbeits- und Lebensweisen, der Wertorientierungen und Ansprüche einzustellen. Darauf nimmt auch unser jugendpolitischer Ansatz Bezug, auch dann, wenn die Jusos mit ihren Bemühungen noch weitgehend allein stehen und innerparteilich mit einer Mischung aus allgemeinen Absichtsbekundungen, organisatorisch-finanziellen Einschränkungen, ständigem Wehklagen über unseren Verband und gleichzeitiger faktischer Ignoranz konfrontiert sind. Es ist unsere Aufgabe und es ist die Aufgabe der Parteilinken, den jugendpolitischen Ansatz in der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm, um die zukünftige Reformpolitik und die Erneuerung der Partei zu verankern. Dies ist auch der einzig sinnvolle Weg, um der Identitätskrise zu begegnen, die viele unserer Genossinnen und Genossen, unserer Sympathisantinnen und Sympathisanten im Spannungsfeld zwischen »rot« und »grün« durchmachen.

VIII

Die jugendpolitische Orientierung ist in unseren Augen kein Ersatz für unseren sozialistischen gesellschaftspolitischen Ansatz und unser Selbstverständnis als Richtungsorganisation. Im Gegenteil: Die langsam anlaufende Strategiedebatte muß eng mit dem jugendpolitischen Konzept verknüpft werden. Unser Ziel besteht darin, eine moderne sozialistische Konzeption für die neunziger Jahre zu entwickeln, die den anhaltenden Abwehrkampf gegen die globalen und gesellschaftlichen Krisen und gegen die neokonservative Gegenreform mit der Vorstellung einer hochentwickelten sozialistischen Arbeits- und Lebensweise verbindet und die entscheidenden Zwischenschritte benennt. Die jugendpolitische Orientierung ist für uns eigentlich nichts anderes als die praktische Seite des ganzen Unterfangens, an der wir unsere inhaltlich-theoretische Entwicklung immer wieder überprüfen können. Es geht um die theoretischen und praktischen Ansätze und Instrumente, mit der die heute nachrückenden Genossinnen und Genossen diesen Verband in den neunziger Jahren führen und in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eingreifen können. Die Impulse der Linkswendung unseres Verbandes im Jahre 1969 sind aufgebraucht. Wir brauchen einen neuen Schub — für einen modernen sozialistischen Jugendverband.

Hillevi Burmester

Feministische Mädchenarbeit

Warum ist feministische Mädchenarbeit notwendig?

Jugendarbeit sollte eigentlich Jungen *und* Mädchen ansprechen. Schaut man/frau jedoch genauer hin, so gibt es ein Angebot, welches sich hauptsächlich an Jungen richtet: Kicker und Billard, Tischtennisraum und Werkstätten sind Domänen der Jungen. Hier beweisen sie Kraft und Geschicklichkeit. Die erste Hürde für Mädchen ist bereits der Eingangsbereich: Hier sind sie vollständig der Be- und Verurteilung durch die Jungen ausgesetzt. Es wird für das Leben gelernt — der Objektstatus gehört für Frauen dazu.

Das sich die meisten Angebote an Jungen richten, hängt auch damit zusammen, daß sie, sind sie unzufrieden, Ärger machen. Mit Mädchen ist da besser fertig zu werden. Sie kommen häufig als »Freundin von« oder höchstens zu zweit und unterwerfen sich den Maßstäben der Jungen.

Das Bewußtsein über die geschlechtsspezifische Begrenztheit der Angebote ist auf seiten der Jugendarbeiter(innen) oft nicht vorhanden. Der geringe Anteil von Frauen erschwert die Aufarbeitung des Mangels.

Frauen, die feministische Mädchenarbeit machen wollen, haben daher viele Hürden zu nehmen. Das Arbeitsteam muß gemeinsam entscheiden, daß Mädchenarbeit mit speziellen Angeboten nur für diese gemacht werden soll. Bei der herrschenden Mittelknappheit bedeutet dies, daß Jungen sich in bezug auf Räume, Zeit und Ansprechpartnerinnen einschränken müssen. Im besten Fall bleibt ihnen das Jugendzentrum für einen Tag verschlossen. Ohne Einigkeit im Team und eine entsprechende Vertretung der Einschränkung gegenüber den Jungen, ist so etwas nicht machbar. Widerstand von seiten der Mitarbeiter würde den vorhandenen Unmut der Jungen schüren. Mit diesem Unmut haben die Mädchen so und so zu kämpfen. Es ist nicht selbstverständlich für Jungen, hinzunehmen, daß ihnen bestimmte Angebote nicht offenstehen. Dagegen wehrt man sich, indem Mädchen, die mitmachen als *Emanzen* »verschrien« werden. Sie senken sozusagen ihren »Marktwert«.

Ansätze feministischer Mädchenarbeit

In Kindergruppen bewirken die Probleme zwischen den Geschlechtern noch kein Verschwinden der Mädchen. Mit der ersten Konfrontation mit dem Rollenbild der Frau in etwa im Jugendzentrumsalter beginnend, ziehen Mädchen sich aus den gemeinsamen Zusammenhängen zurück, erst als »Freundin von« tauchen sie wieder auf. Das macht es notwendig, daß Mädchen sich, ohne ständigen Zwang, sich den Jungen darstellen zu müssen, mit diesem Rollenbild auseinandersetzen können. Eine geschützte Umgebung — keine männlichen Betreuer und keine Jungen — ist Voraussetzung für erfolgreiche Mädchenarbeit.

Diese in Gang zu bekommen, ist nicht einfach. Mädchen wirken zurückgezogener, sind höflicher und lassen sich nicht so schnell auf ein Gespräch ein. Konkrete Angebote, wie Jazzgymnastik, Arbeiten mit Video, Mädchenfeste o.ä. machen es den Mädchen leichter. Durch gelungene Aktivitäten entsteht Vertrauen, von dem aus weitere Aktivitäten, auch in den noch von Jungen dominierten Bereichen angegangen werden können. Von einer als lustvoll erlebten gemeinsamen Freizeitgestaltung ausgehend, können Probleme aus den einzelnen Lebensbereichen der Mädchen angegangen werden. Dabei den Mädchen die Notwendigkeit von Unabhängigkeiten, Selbständigkeit und Beruf klarzumachen, ist gerade angesichts von Ausbildungsproblemen und Arbeitslosigkeit, neuer Mütterlichkeit und Flexibilisierungsbestrebungen entscheidend.

Roter Faden der feministischen Mädchenarbeit müssen die Förderung des Selbstbewußtseins und Erhöhung des Selbstwertgefühls sein. Guter und bewährter Einstieg ist z.B. ein Selbstverteidigungskurs. Dadurch kann das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber Jungen und Männern verringert werden. Die Mädchen können sich gegen die auch in Jugendzentren alltägliche Anmache von Jungen zur Wehr setzen.

Und was hat das mit Juso-Arbeit zu tun?

Vom Beschluß, Frauenunterdrückung auch in den eigenen Reihen zu bekämpfen, bis zu dessen Umsetzung ist es ein weiter Weg. Daß die vorhandenen Strukturen Frauen nicht

gerade motivieren, dabei zu bleiben, geht fast jede/m/r über die Lippen. Aber was tun?

Das eine oder andere ist bereits beschlossen und wird umgesetzt: z.B. die Quotierung oder Behandlung von Frauenthemen.

Aber auch in dieser Frage lohnt es nicht, über den sozialistischen Tellerrand zu schauen und Feministinnen auf die Finger zu gucken, um von ihnen zu lernen. Feministische Mädchenarbeit hat dort, wo sie praktiziert werden konnte, einen qualitativen und quantitativen Fortschritt für die Jugendarbeit gebracht. Da feministische Mädchenarbeit genauso wenig wie andere pädagogische Konzepte Grundlage von Juso-Arbeit sein kann, gilt es, Überschneidungen und Differenzen zu erkennen, damit man/frau sieht, was sich aufgreifen läßt.

In der Regel sind Jungsozialistinnen dem typischen Jugendzentrumsalter entwachsen. Sie haben eine (bewußte) Entscheidung getroffen, sich in dieser politischen Jugendorganisation zu engagieren. Ein Treffpunkt, der Freizeitangebote macht, reicht ihnen nicht. Jungsozialistinnen wollen etwas bewirken.

Diese politische Motivation zu nutzen, gelingt nicht immer. Viel steht dem im Wege: Die politische Großwetterlage, die Politik der SPD, das Verhalten des örtlichen Abgeordneten/Bürgermeisters o.ä. — neben dem fehlenden Bewußtsein, natürlich. So gibt es viel »Schwund« bei den Jungsozialistinnen.

Vor allem junge Frauen gehen schnell wieder, wenn sie feststellen mußten, daß sich Juso-Arbeit in regelmäßigen Diskussionsabenden mit an/abschließendem Kneipenbesuch erschöpft. Glücklicherweise ist das nur noch die Ausnahme-Juso-AG.

Der Wunsch, etwas tun zu wollen und zu wissen, warum, ist bei jungen Frauen besonders stark. Überall dort, wo aus Diskussionsergebnissen Aktivitäten zu deren Umsetzung erarbeitet und auch durchgeführt werden, steigt der Frauenanteil. Wo die ideologischen Auseinandersetzungen zum Zwecke geführt werden, zu beweisen, daß man die richtige Linie hat, verschwinden sie bald von der Bildfläche.

Kommt es zu Aktionen, ist die Verteilung der Redenden und Handelnden zwischen den Geschlechtern meist eindeutig. Über die Quotierung kann diese Trennung hoffentlich ein Stück aufgebrochen werden. Doch seitdem sie beschlossen ist, reden alle davon, daß dieses formale Mittel alleine nicht ausreicht.

Wichtigster Ansatzpunkt ist noch immer die eigenständige Frauenarbeit. Genau wie in der Mädchenarbeit im Jugendzentrum, muß es in der Juso-Arbeit für junge Frauen Räume, Zeit und Unterstützung geben, sich ohne Jungen und Männer zu treffen.

An sich sollte es in Juso-Kreisen vorausgesetzt sein, daß Frauenarbeit zu machen kein »Makel« für Frauen ist. Die Realität sagt leider etwas anderes. Auch hier können Frauen als *Emanzen* »verschrien« werden, müssen sie sich ihren eigenständigen Bereich erkämpfen und verteidigen. Frauengruppen sind notwendig, um die Schwierigkeiten mit den herrschenden Politikformen nicht als persönliches Versagen zu begreifen. In ihnen besteht die Möglichkeit, Erlebtes mit gesellschaftlich bedingten frauenunterdrückenden Strukturen in Verbindung zu bringen. Die Aussage, »Frauenunterdrückung betrifft mich nicht«, mag subjektiv so gesehen werden wollen, tatsächlich ist jede Frau davon betroffen. Macht frau sich hier nur fit, um männlich geprägte Juso-

Strukturen zu überstehen? Sicher geben Frauengruppen auch dafür Rückhalt. Vor allem fördern sie Selbstbewußtsein und machen es damit möglich, Ansprüche in der gemischten Arbeit anzumelden, Vorstellungen und Ideen einzubringen.

Die Förderung von Selbstbewußtsein und Erhöhung des Selbstwertgefühles von jungen Frauen sollte zur Richtschnur von Juso-Arbeit werden. Und warum nicht auch Selbstverteidigungskurse anbieten? Wo sie bisher stattgefunden haben, auf Kongressen, Wochenendseminaren usw. haben sie großen Anklang gefunden.

Juso-Frauenarbeit braucht genau wie die Mädchenarbeit in Jugendzentren einen langen Atem. Bis aus ein, zwei Frauen eine Frauengruppe geworden ist, stand mancher Geduldsfaden kurz vorm Zerreißen. Deshalb müssen interessierte junge Frauen um so besser von der jeweils höheren Ebene betreut werden. Musterflugblätter, vorbereitete Diskussionsschwerpunkte samt Vorschlägen für Aktivitäten, Frauenseminare und -camps könnten Hilfen sein.

Die Mädcheninitiative

Mit der Mädcheninitiative ist der erste Schritt getan, Juso-Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen zu machen. Anknüpfend an den Erfahrungen mit Widerständen gegen Frauenarbeit bei den Jusos, begann die Initiative von oben. Damit setzte sie sich ein Stück in Widerspruch zu feministischen Prinzipien: Frauen beginnen Aktionen aus ihrer Betroffenheit heraus. Mit dem zusätzlichen Problem des auf Bundesebene eingegrenzten Teilnehmerinnenkreises behaftet, ist es trotzdem gelungen, in fast allen Gliederungen Aktivitäten zu diesem Thema zu initiieren und darüber neue Frauen zu gewinnen.

Um sie jedoch dauerhaft für die Arbeit zu gewinnen, müßte einiges passieren (s.o.). Auch das in der Initiative geprobte, projektorientierte Arbeiten, mit all seinen zur alltäglichen Juso-Arbeit alternativen Formen ist weiterzuentwickeln.

Die Möglichkeit, mit solchen bundesweiten Initiativen neue Frauen anzusprechen, ist vorhanden. Doch die Frage, welche Perspektiven ihnen nach dem Besuch z.B. des Mädchentages im Ollenhauerhaus an den jeweiligen Wohnorten geboten werden kann, bleibt vorerst offen.

Die mit dem Jugendprojekt aufgegriffene und weiterentwickelte Idee einer Projektarbeit für den gesamten Verband, sollte in einem Frauenprojekt weitergeführt werden. Die Erfahrungen aus der Mädcheninitiative und aus feministischer Jugendzentrumsarbeit sollten dafür nutzbar gemacht werden.

Mathias Brüggemann, Hillevi Burmester, Alexander v. Dülmen, Sabine Gillessen, Stefan Lennardt und Felix Welti

Abi-Deform — Schüler aktiv für Ansprüche an Leben und Zukunft

In den letzten Monaten sind nach den Schüler- und Studenten-Bewegungen in Frankreich und Spanien nun auch hier in der BRD massenhaft Schülerinnen und Schüler aktiv geworden, sind auf die Straße gegangen, haben Unruhe in die Schulen gebracht.

Auf die alle überraschende Demo der 15000 in Hannover am 11. März folgten zwei große Wellen des Protestes zu den jeweiligen Kultusministerkonferenzen vom 2. bis 4. April und 11./12. Juni. Am 11. Juni beteiligten sich über 300000 Schülerinnen und Schüler an über 1000 Schulen am ersten bundesweiten Schulstreik der BRD-Geschichte.

Ansatzpunkt rechter Bildungspolitik und der Bewegung war in der BRD wie in Frankreich die Frage des hochschulberechtigenden Abschlußzeugnisses, des Abiturs bzw. des Baccalaureat.

Wir sollten allerdings eine übertriebene Gleichsetzung der Bewegungen vermeiden: die Zentralisierung des französischen Bildungswesens, sein größerer Modernitätsrückstand und die durchaus unterschiedliche politische Ausgangskonstellation müssen hier berücksichtigt werden.

Angriffspunkt rechter Bildungspolitik ist hier wie da die Stellung des Abiturs. Für die Privilegierten ist es eine Entwertung, daß immer mehr einen solchen Abschluß erwerben. Ihre Strategie dagegen ist eine geteilte: Zunächst versuchen sie es über die massive materielle Absicherung ihres Bildungsprivilegs durch BAFÖG-Kahlschlag, Abbau der Lehr- und Lernmittelfreiheit, Studiengebühren etc. Das alleine aber geht ihnen zu langsam. So bauen sie auf der einen Seite an den Hochschulen neue Hürden auf, führen Eingangsprüfungen ein und versuchen, das Massenstudium materiell auszutrocknen. Andererseits versuchen sie die Zahl der Abiturienten einzuschränken, um so den privilegierenden Charakter des Abiturs zumindest teilweise wiederherzustellen. Dazu kommt die weitere Differenzierung durch »D-Zug-Klassen«, mit der zwei Klassen von Abiturienten geschaffen werden sollen und die Fortsetzung dieses Prinzips an den Eliteunis und in Aufbaustudiengängen.

Der Kompromiß von 1972

Mit der Vereinbarung über die gymnasiale Oberstufe von 1972 formulierten die Kultusminister zwar noch das Fernziel der Integration allgemeiner und beruflicher Bildung, faktisch jedoch schrieben sie die Teilung des Bildungs- und Ausbildungswesens in einen hochschul- und einen berufsqualifizierenden Teil für einen größeren Zeitraum fest. Freilich vergaßen sie nicht, dem Gymnasium vorsorglich zu attestieren, es be-

fähige durch seine Oberstufe sowohl zum Studium wie zu einer Lehre, damit den Gymnasiasten weiterhin »alle Türen offenstehen«.

Den »Bildungsnotstands«-Theoretikern und verstärkt akademische Intelligenz nachfragenden Unternehmern taten die Kultusminister mit dieser liberalen Variante der Bildungsreform Genüge und entschieden sich zugleich gegen den schnellen Weg zur integrierten Gesamtoberstufe, wie ihn Nordrhein-Westfalen und Hessen bereits begonnen hatten. Das erklärt auch, warum sich für diese Variante relativ einfach ein Konsens mit den CDU/CSU-Ministern erreichen ließ. Die soziale Öffnung der Schulen und Hochschulen war — nicht zuletzt durch das BAFÖG — eingeleitet und es kam ihnen nun darauf an, das Gymnasium gegenüber den Gesamtschulen abzusichern.

Mit der Entscheidung für die Reform des Gymnasiums und gegen die konsequente Integration der Bildungsgänge, war der Kampf für Chancengleichheit wieder einmal bei einem individuellen Aufstiegsversprechen angelangt. Statt des integrierten Bildungsganges für alle gab es nun für eine immerhin beträchtliche Anzahl von Arbeiterkindern die Chance auf Abitur, Studium und Aufstieg in die lohnabhängigen akademischen Mittelschichten.

Der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten stieg und stieg, neue Gymnasien entstanden, eine ganze Generation Gymnasiallehrer mit einem neuen pädagogischen und z.T. auch politischen Anspruch und die engagierten Schülerjahrgänge der siebziger Jahre gaben diesem Schultyp ein ganz neues Profil. Fast hatte es den Anschein, als hätte die Arbeiterbewegung nie etwas anderes gefordert als »Abitur für alle!«

Dabei war die SPD schon auf dem Mannheimer Parteitag 1906 bei der Forderung nach einer integrierten Sekundarstufe II angekommen, wenn man das damals schon so genannt hätte. So hieß es in den bildungspolitischen Mannheimer Leitsätzen:

»Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum 18. Lebensjahr. Einführung von Arbeitsunterricht in allen Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.«

Dieser SPD wäre es wohl kaum in den Sinn gekommen, den Besuch des Latein- und Griechischgymnasiums für alle zu fordern. Die Durchdringung aller Lebensbereiche durch die Ergebnisse und Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Veränderung von Arbeits- und Lebensweise und der gesteigerte Anspruch des Kapitals auf eine weit größere Anzahl akademisch gebildeter Lohnabhängiger führten dazu, daß ein immer höherer Bildungsanspruch aller unmittelbar einleuchtend und gesellschaftlich nahezu konsensfähig wurde.

Vor diesem Hintergrund sahen und sehen auch die Rechten die Notwendigkeit, allgemeine und berufliche Bildung und Ausbildung in ein neues Verhältnis zu setzen. Auch dadurch wurde die 72er-Regelung notwendig — schließlich waren auch die Kapitalverbände in der Lage festzustellen, daß sie mit den »traditionellen praxisfernen Akademikern oft wenig anfangen konnten«. Mit der rechten Offensive ab Mitte der siebziger Jahre — einmündend im umfassenden »Wende«-Konzept — setzten die Kapitalverbände und ihre Politiker denn auch kaum mehr auf ein Auflösen dieses Widerspruchs im staatlichen Schulsystem.

Die Situation heute

Im Rahmen ihrer Politik von Rotstift, Elitebildung und Privatisierung löst sich das Problem denn auch anders: schließlich sind mittlerweile soviele Abiturienten auf dem Arbeitsmarkt, daß man auswählen und Anforderungen stellen kann. Da die beliebte Anforderung »Berufspraxis« ja schließlich nicht von jedem und von vornherein verlangt werden kann, bauten die Monopolverbände und Einzelunternehmen mit beträchtlichem Aufwand das System betrieblicher und überbetrieblicher, aber ihren Interessen verpflichteter Weiterbildung aus (mal auch staatlich oder vom Arbeitsamt finanziert). Die Kapitalseite überläßt also den Arbeitskräften das Erlangen und Anbieten von vielerlei Kenntnissen und Qualifikationen auf dem freien Markt, das heißt, dem individuellen Risiko des einzelnen. Und wer dann seinen Kurs in Computern, in praxisorientierter Fremdsprachenanwendung oder anderem nicht gemacht (und bezahlt) hat, ist eben selber schuld — dann bekommt er eben keine Arbeit. Am besten also, wenn jeder für seine Bildung selber blecht — vielleicht noch dem selben Konzern, der dann die Arbeitskraft wieder ausbeuten darf.

Rechte Gesellschaftsformierung wie sie bei uns als Wende betrieben wird, verträgt sich schlecht mit integrierten staatlichen Bildungsgängen. Rechte Gesellschaftsformierung braucht die Vereinzelung, verteilt die Risiken an alle — außer an Kapital und privilegierte Eliten.

Der Kampf gegen Abi-Deform ist zugleich ein Kampf um die Ansprüche, die die meisten Jugendlichen heute angesichts des reichen Landes, in dem sie aufwachsen, formulieren und die sie sich bis heute so gut wie gar nicht von rechten Ideologen ausreden lassen. So bedeutet die Auseinandersetzung um die freie Fächerwahl in der Oberstufe zunächst einmal auch eine Auseinandersetzung darum, ob weiterhin in dieser Gesellschaft eine Fülle von Lebensentwürfen, Stilen und Neigungen gelebt werden darf oder nicht.

Hier liegt eine recht undifferenzierte Ablehnung des stärkeren Gewichts der Naturwissenschaften, die doch heute angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Notwendigkeit ihrer sozialen Beherrschbarkeit einer breiten gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion notwendig ist. Durch offensivere Diskussion müssen Alternativkonzepte in die Diskussion gebracht werden. Das bloße Polemisieren gegen eine Ausrichtung von Bildung »an den Interessen der Wirtschaft« kommt über ein grün-sozialliberales »Genöle« nicht hinaus. Vielmehr muß deutlich gemacht werden, daß diese »Wirtschaft« zwei Seiten hat und eine stärkere Betonung von Technik und Naturwissenschaften — z.B. ein obligatorischer Computerunterricht — nicht per se negativ ist, sondern bei einer Gestaltung im Interesse der arbeitenden Menschen angebracht ist.

Jugendliche stellen heute ganz vehement den Anspruch, selbst zu bestimmen, was sie leisten und wie sie leben (auch: wie sie Bewegung gestalten). Das äußert sich in ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen, im Musikgeschmack, in Hobbies, in der Freizeitgestaltung. Aber der Anspruch, das Leben auch im Bereich von Beruf und Arbeitswelt selbst zu gestalten, ist trotz Arbeitslosigkeit und schärferem Wind von rechts

kaum kleiner geworden. Jugendliche wollen einen Beruf, der auch Spaß und Befriedigung bringt.

Und das äußert sich dann auch in dem Anspruch, sein Abi mit Musik machen zu können, oder nur mit Sprachen, oder mit Deutsch und Geschichte — je nachdem.

Eine Normierung läßt diese Gymnasiastengeneration nicht zu. Ihre Sozialisation weist ein einmaliges Maß an Individualitätsanspruch auf, der zugleich ein Anspruch ist, diese Individualität gesellschaftlich ausleben zu dürfen. Dementsprechend kann eben dieser Anspruch auf Entwicklung, auf Zukunft nicht vereinzelt durchgesetzt werden, sondern nur politisch — und das scheinen viele Jugendliche zumindest zu ahnen.

Als reiner Abwehrkampf hat die Auseinandersetzung gegen Abi-Deform wenig Chancen, allein weil die Möglichkeiten der Rechten, die nach ihrer Meinung überzähligen Abiturienten auszusondern, vielfältig sind.

Um Massenbewegung kämpfen — Perspektive schaffen

Der Kampf ums Abitur in den letzten Monaten ist eine machtvolle Bewegung gegen rechts gewesen, eine Bewegung, der es bislang auch gelungen ist, die Kultusministereinigung zu verhindern. Fraglich ist jedoch, ob es tatsächlich gelingt, sie weiterzuentwickeln zu einer dauerhafteren Jugendbewegung, um die Ansprüche an Leben, Arbeit und Zukunft — oder ob das, was gewesen ist, ein kurzfristiges Aufflackern war. Das hängt natürlich davon ab, wie wir mit den Chancen umgehen, die sich bieten.

Innerhalb der SPD haben sich deutlich zwei Linien von Bildungspolitikern herauskristallisiert. Es ist insbesondere Verdienst der Schülerbewegung, daß der z.B. bei Hans Schwier vorhandene Wille zum Kompromiß sich nicht durchsetzen konnte und die harte Linie von Joist Grolle bislang tatsächlich die Einigung verhinderte, die angesichts der Kräfteverhältnisse und aller bekannt gewordenen »Einigungspapiere« von der Beamtenebene ein weitgehendes Einschwenken auf die Vorstellungen der Rechten bedeuten würde.

Wichtig ist nun, um eine Vertiefung der Bewegung, um klarere Inhalte kämpfen müssen ohne dabei die erreichte Breite aufzugeben. Wichtiges Vehikel dazu kann die Aktionsform des »Schülervotums« sein, einer Abstimmung an den Schulen mit dem Kern-Thema »Abi-Deform«, die auch andere in den Bundesländern akute Themen mit einbezieht.

In den Diskussionen ist herausgearbeitet worden, welchen Zweck Abi-Deform verfolgt: die verschärfte Selektion in der gymnasialen Oberstufe, das »Abschießen« vieler Schülerinnen und Schüler durch verschärfte Leistungsanforderungen. Oft ist schon begriffen, daß es nicht darum geht, daß mehr auf dem Gymnasium gelernt werden soll, sondern daß weniger aufs Gymnasium gehen sollen. Gerade wenn wir offensiv immer wieder die Verbindungslinien zu BAfÖG, zu den Hochschulkämpfen, zur Rotstiftpolitik, zu »D-Zug-Klassen« und zum Schulalltag ziehen, in dem nicht gefördert, sondern ausgelesen wird, wird deutlich, daß es hier um die Konfrontation einer Politik für wenige mit dem legitimen Anspruch auf qualifizierte Bildung für alle geht. Diesen An-

spruch auf Bildung für alle müssen wir auch in den Diskussionen zu Ende formulieren, müssen sagen, daß wir die Integrierte Gesamtschule und die Integrierte Oberstufe wollen. Wenn wir uns an diesen Fragen vorbeidrücken — oder wenn die Genossinnen und Genossen an den Schulen nicht gelernt haben, damit offensiv umzugehen —, werden wir uns in Widersprüchen, Inkonsequenz und Opportunismus verstricken.

Wir wissen in der Tat, daß unsere Forderung nach Bildung für alle auch bedeutet, daß alle die Möglichkeit haben müssen, sich den wissenschaftlich-technischen Fortschritt umfassend anzueignen. Wir wissen, mit einer Abwehrhaltung gegen Naturwissenschaften und dem bloßen Schreckgespenst »Mathe im Abi« werden auf Dauer rückschrittliche Elemente in diese Bewegung eingebaut.

Hier sind wir gefordert, zum einen die Funktion von Abi-Deform (Auslese durch Mathe, Literaturunterricht etc.) klarzustellen. Zum anderen: offensiv zu vertreten, daß wir sehr wohl dafür sind, mehr zu lernen, daß aber der traditionelle Gymnasial-Unterricht in keiner Weise in der Lage ist, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Anders leben, anders lernen (und: *anderes* lernen), anders arbeiten, das muß Thema von Diskussionen werden.

Gerade Aktionsformen wie Schulbesetzungen mit selbstorganisierten Workshops, mit alternativem Unterricht dürfen nicht bei »Labor-Workshops« stehenbleiben, sondern können deutlich machen, was wir wollen — eine integrierte Form von Bildung, die Theorie und Praxis, Hand- und Kopfarbeit zusammenführt.

Das kann z.B. die Diskussion über Volkszählung mit dem Computer verbinden, das kann »von unten« mit Betriebsräten organisierte Betriebsbesuche bedeuten, das kann eigenständiges Forschen im Bereich der Umwelterstörung bedeuten.

Die Schülerbewegung muß sich diese Aktionsformen, muß sich Projekte und die Verbindung von Praxis und Naturwissenschaften mit gesellschaftlicher Verantwortung noch viel stärker und selbstverständlicher aneignen, um den Anspruch »Für eine Schule, die Spaß macht!« aufzugreifen, ohne dies in der inhaltlichen Beliebigkeit und im Utopismus mancher »Schülerschulen«-Konzepte zu belassen, die Unterrichtsformen abgehoben von Inhalten betrachten.

Wir sehen, daß Integration allgemeiner und beruflicher Bildung, daß das Lernen in Projekten, das Lernen durch Eigenverantwortung nicht nur »Spaß macht«, sondern auch objektiv das dem Stand der Produktivkraftentwicklung immer angemessenere Lernen ist.

Für eine demokratische Schule

Allen Schülerprotesten der vergangenen Monate war auch der Anspruch auf eine demokratische Schule zu eigen, auf das Recht der Schülerinnen und Schüler zur Mitgestaltung von Schule und Bildungspolitik und ihr Wille zum Eingreifen.

Auch hier können wir zum Thema machen, daß Bildungspolitik nicht Sache von elf Kultusministern sein darf, sondern Schülerinnen und Schüler sowie ihre Schülervertretungen demokratisch beteiligt werden müssen, daß alle Schülerinnen und Schüler sich an der Umgestaltung des Bildungsbereiches beteiligen können. Damit themati-

sieren wir zugleich den Anspruch der Jugend insgesamt, positiver Träger des gesellschaftlichen Umbruchs zu werden und nicht Spielball rechter Gesellschaftsformierung. Gerade dort, wo die Diskussionen an den Schulen noch nicht so weit fortgeschritten sind, kann die Forderung nach einem »Moratorium« mobilisierend wirken, also die Forderung, daß erst entschieden werden darf, wenn breite Diskussion und Information stattgefunden hat.

Die gegenwärtige Bewegung hat — wie andere demokratische Bewegungen — einen deutlichen Mangel an Vorstellung, wie und von wem ihre einmal aufgestellten Forderungen realisiert werden sollen.

Das Bündnis mit der Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung ist in den Diskussionen zwar nicht unstrittig verankert, aber doch im Zentrum aller überhaupt bestehenden Perspektiv-Vorstellungen.

So verbessert sich die Zusammenarbeit mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften stetig, sehen mehr und mehr Schülerinnen und Schüler den Zusammenhang ihrer Kämpfe mit denen der Arbeiterbewegung gegen rechte Gesellschaftsformierung, Sozialabbau uns für eine Perspektive der Arbeit. Der Zusammenhang im Sozialabbau-Aufrüstung ist fast schon Allgemeingut unter Schülerinnen und Schülern geworden. Wir sollten die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zielbewußt weitertreiben und möglichst fest verankern, wo möglich, auch im Zusammenhang mit dem Engagement von Eltern.

Trotz der recht konsequenten Haltung der SPD-Minister zur Abi-Deform in Saarbrücken und Dortmund ist das Aufzeigen einer politischen Perspektive mit dieser Partei weiter schwierig. Insbesondere die zu erwartende Tendenz, nun in West-Berlin zu einer Einigung zu kommen, macht es uns da nicht einfacher. So gilt es, die Brüche in der SPD auch öffentlich zu machen, deutlich zumachen, daß der Kampf um die Sozialdemokratie und ihre Bündnisfähigkeit mit den Grünen auch für diese Auseinandersetzung entscheidend ist.

Es gibt keinen anderen Weg, als ein konsequentes Bildungsreformkonzept für die SPD zu entwickeln und in ihr zu verankern. Dazu müssen wir Ansätze — wie das Papier »Bildung in Freiheit, Gleichheit, Solidarität« — aufgreifen und verankern.

Jugendpolitische Orientierung heißt, daß der gesamte Verband sich Fragen von Bildung und Ausbildung aneignet und sie weiterentwickelt. Jugendpolitische Orientierung heißt, präsent sein, Schülergruppen und -Arbeitskreise neu zu gründen, Genossinnen und Genossen in den Schülervertretungen und Aktionskomitees zu unterstützen, neue Genossinnen und Genossen in den Schulen aufzunehmen und in den Verband einzuführen, aus der Bewegung heraus die Erneuerung des Verbandes zu betreiben.

Das heißt, Jusos müssen in die konkret ablaufenden Klassenkämpfe und Umbrüche im Bereich der Jugend — also auch der Schülerinnen und Schüler eingreifen und orientierend wirken.

Dieser Anspruch an den Verband kann gerade vom Schülersektor und aus der Bewegung heraus thematisiert werden, um so Bestandteil der Erneuerung unseres Verbandes und damit auch der SPD zu werden.

Volkszählung

Christoph Butterwegge

Bilanz und Perspektiven der Boykottbewegung

Im Frühjahr 1987 unternahm die Bundesregierung, assistiert von den Landeskabinetten und Verwaltungen »vor Ort«, nach 1983 den zweiten Versuch einer zwangsweisen Totalerhebung der Bevölkerung. Schon bald bildete sich wieder eine breite überparteiliche Protestbewegung, die zum Boykott der »Volkserfassung« bzw. »Volksaushorchung« aufrief. Nach einer vielbeachteten, kontroversen Diskussion über die Volkszählung ist es in letzter Zeit merklich ruhiger um das Prestigeprojekt geworden. Das Medienecho verhalte, als die Regierenden den planmäßigen Vollzug der Zählung meldeten, und man ging einfach zur Tagesordnung über, obwohl die Boykottgruppen begründete Zweifel hinsichtlich der öffentlich verkündeten Rücklaufquoten anmeldeten.

Um überhaupt eine Bilanz der Volkszählung, des Boykotts und der Bewegung, die ihn propagiert und organisiert hat, ziehen zu können, muß man sich zunächst Klarheit darüber verschaffen, welche Aufgaben dem »Milliardending« im Konzept seiner Betreiber zgedacht waren. Folgende fünf Funktionen standen dabei im Vordergrund:

(1) Die Legitimationsfunktion. Volkszählungsdaten dienen nicht, wie die Bundesregierung glauben machen wollte, als Grundlage für eine bessere Politik, sondern zur Rechtfertigung einer für die Mehrheit der Bevölkerung schädlichen Regierungspraxis des Abbaus sozialer Leistungen und Schutzrechte. Beispielsweise sind Rentenkürzungen leichter durchsetzbar, wenn die Volkszählung — wie erwartet — eine ungünstigere Altersstruktur der Bevölkerung als staatlichen Planungen bisher zugrundegelegt nachweist.

(2) Private Profitmaximierung. Unternehmer- und Grundbesitzerverbände waren nicht zufällig unter den eifrigsten Befürwortern der Volkszählung '87. Luxussanierung ganzer Siedlungen, Firmenverlagerungen in sogenannte Billiglohngebiete mit Fachkräftereserven und Werbekampagnen können auf der Basis einer Totalerhebung viel gezielter vonstatten gehen als unter Verwendung unvollständigen Datenmaterials. Die Frage nach der Miethöhe zeigt, daß statistische Daten nicht allen Bürgern gleichermaßen zugute kommen, wie die Regierungspropaganda behauptete (»Zehn Minuten, die allen helfen«), sondern nur denen, die sie auf Grund ihrer ökonomischen Machtstellung entsprechend benutzen können: Wohnungsbaukonzerne sind in der Lage, Mieten unter Hinweis auf jene vergleichbarer Objekte zu erhöhen — ihre Mieter können hingegen bei niedrigerem Quadratmeterpreis in der Umgebung nicht einfach weniger zahlen.

(3) Die weitere Militarisierung der Gesellschaft. Innerhalb der Friedensbewegung fand der Aspekt einer perfektionierten Krisen- und Kriegsplanung besondere Auf-

merksamkeit: Volkszählungsdaten könnten für Evakuierungspläne, Rekrutierungszwecke (Sanitätspersonal), Standortentscheidungen der Bundeswehr u.ä. Verwendung finden.

(4) Herrschaftssicherung und soziale Kontrolle. Hierbei handelte es sich vielleicht um das wichtigste Motiv für die Volkszählung '87, denn durch die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung (Computereinsatz), Verdattung und Vernetzung wird der Weg zum Überwachungsstaat gangbar. Man kann erfassen, wer mit wem zusammenwohnt, im selben Haushalt oder Wohngebiet, und erhält auf Grund kleinräumiger Bezugssysteme (»Blockseite«) ein genaues Bevölkerungsprofil — Herrschaftswissen par excellence! Der »gläserne Mensch« droht damit erstmals Wirklichkeit zu werden ...

(5) Disziplinierung und Dezimierung des außerparlamentarischen Protestpotentials. Wenn die Bevölkerung eine zwangsweise Totalerfassung über sich ergehen ließe, dann wäre sie auch — so das Regierungskalkül — bereit, weitere »Sicherheitsgesetze« und andere Maßnahmen der Bundesregierung zu tolerieren. Als Unterwerfungsakt käme die Volkszählung '87 einer »Volkszähmung« gleich — Indiz für die Akzeptanz der Rechtsentwicklung (»Wende«) unserer Republik.

Zusammenbruch des Boykotts oder Erfolg der Bewegung?

Die Bundesregierung bot alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auf, um die Volkszählung '87 durchzuziehen. Sie verfolgte eine Doppelstrategie der Verdummung, Desinformation und Demagogie einerseits, der Drohungen (mit Buß- bzw. Zwangsgeldern in astronomischer Höhe), Diffamierung und Kriminalisierung andererseits.

Es war der teuerste Werbefeldzug in der BRD-Geschichte: »Waschmittelreklame«, unterlegt mit der Präsentation mehr oder weniger seriöser Kronzeugen für die Notwendigkeit und Harmlosigkeit des Regierungsvorhabens, trug keine Früchte, sondern sensibilisierte die Menschen für das Thema »Datenschutz« und mobilisierte die Gegenkräfte und Kritiker der Volkszählung: Eine wachsende Zahl zweifelnder Bürger entzog der CDU/CSU/FDP-Regierung ihr Vertrauen und wollte dem Regierungslager einen »Denkzettel« verpassen.

Die Behinderung der Boykottgruppen sowie die Verteufelung und Verfolgung einzelner ihrer Mitglieder waren gleichfalls kontraproduktiv. Indem die Behörden »Stärke« demonstrierten, stellten sie ihre argumentative Schwäche unter Beweis. Haus-suchungen, Beschlagnahmungen und Bußgeldverfahren bewirkten in der Regel das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. Statt sich einschüchtern zu lassen, fragten viele Bürger/innen: Was ist das für ein Staat, der sich unsere Daten durch Zwangsmaßnahmen verschaffen will und in dem das Hochhalten eines Boykott-Transparents »Grüne«-Abgeordnete 8400 DM kostet? — In größeren Städten schlug den Boykottgruppen eine Welle der Sympathie entgegen, und der Kriminalisierung folgte die Solidarisierung mit den von staatlicher Repression Betroffenen auf dem Fuß. Aus Wut stieg die Bereitschaft zur Gegenwehr, auch wenn man sich — vor allem, aber nicht nur südlich der Mainlinie — vielfach lieber verdeckt widersetzte und Formen des »weichen« Boykotts offener/öffentlicher Verweigerung vorzog.

Die Erhebungsstellen waren organisatorisch überfordert, Zähler/innen ihrer Aufgabe häufig nicht gewachsen. Mancherorts wurde aus der »Not« eine Tugend gemacht; durch eine Hinhalte-, Verzögerungs- und Salamitaktik sollte Zeit gewonnen, den Boykottgruppen das Wasser abgegraben und erreicht werden, daß sich die Bewegung totläuft. In der Tat ließ das öffentliche/veröffentlichte Interesse rasch nach, und andere Themen verdrängten die Volkszählung aus den Massenmedien.

Viele Stadtteilinitiativen warteten lange Zeit vergeblich auf die Zähler/innen und eine nennenswerte Menge von Erhebungsbögen, deren Abgabe bei den Sammelstellen als einziges zuverlässiges Erfolgskriterium gelten konnte. Um so schneller wurden von der Gegenseite Erfolgsmeldungen in die Welt gesetzt — teils purer Zweckoptimismus, teils Propagandamärchen!

Volkszählung '87 — eine chronique scandaleuse: Da wurden Sammelstellen der Boykottgruppen auf den Kopf gestellt und von Polizisten mit der absurden Begründung nach Flugblättern durchsucht, »Gefahr« sei im Verzug. Bürgermeister, Finanzbeamte und Postboten fungierten als Zähler in ihrem Amtsbereich/Zustellbezirk — Menschen gegenüber, mit denen sie dienstlich zu tun haben! Insassen einer Haftanstalt wurden mit der Drohung einer Urlaubssperre zum »freiwilligen« Ausfüllen der Fragebögen veranlaßt.

Polizeiübergriffe, Pannen und Peinlichkeiten waren ein Grund mehr, sich seiner Ausforschung zu widersetzen. Mehrere Millionen Bundesbürger/innen ließen sich denn auch nicht erfassen, handelten gesetzwidrig und verhielten sich »ihrem« Staat gegenüber illoyal. Kritisches Bewußtsein wurde geweckt, Aufklärung über das Wesen dieses Staates (»Fragt die Krupps, nicht die Krauses!«) betrieben und der Planungsdiskussion mit ihrer Forderung nach demokratischen Entscheidungen »von unten« statt technokratischer Verplanung »von oben« ein neuer Impuls gegeben. Darin bestehen die bleibenden Verdienste der Boykottbewegung.

Ausblick: Die Zukunft der Bewegung — eine Bewegung mit Zukunft?

Während die Statistischen Ämter mit einiger Verspätung an die Auswertung des Datenermaterials der Volkszählung '87 gehen, ist es für die Boykottgruppen an der Zeit, ihrerseits ein vorläufiges Fazit zu ziehen und Klarheit über die Perspektiven der Bewegung zu gewinnen.

Die Volkszählung ist gescheitert! Eine »Sperrminorität« mündiger Bürger/innen hat verhindert, daß die Herrschenden mehr als »Datenschrott« bekommen. Die Legitimationsfunktion der Volkszählung wurde erschüttert, Profitmaximierung und Militarisierung werden nicht durch umfassende Datenbestände erleichtert; aus dem Weg zum Überwachungsstaat wurde ein Stein herausgebrochen; der damit einhergehende Disziplinierungsversuch mißlang gründlich.

Die ganz große Koalition der CDU/CSU mit FDP und SPD wurde aufgebrochen. Sozialdemokratische Untergliederungen und Einzelgewerkschaften des DGB scherten aus der verkehrten Volksfront für das Prestigeprojekt der Bundesregierung aus und gingen auf Gegenkurs. Was die Boykottbewegung sonst noch bewirkt hat? Ihre Kritik

ging über bürgerlich-liberale Positionen und rechtsstaatliche Bedenken (Schutz der Privatsphäre, »informationelles Selbstbestimmungsrecht«), wie sie die Datenschutzbeauftragten einiger Bundesländer äußerten, weit hinaus. Die Privatsphäre gegenüber dem »Schnüffelstaat« zu schützen, war ein seltenes Motiv, sich zu engagieren. Viele Mitglieder der VoBo-Initiativen argumentierten grundsätzlicher; unterschiedliche, ja gegensätzliche Demokratiebegriffe und Staatsauffassungen stießen zusammen. In den Diskussionen wurde deutlich, daß nicht nur der (immer mögliche) Datenmißbrauch, vielmehr auch und gerade die ganz legale Nutzung des Datenmaterials Protest herausfordert. In diesen Gründen war der Kampf gegen die Volkszählung '87 nach dem Tarifkonflikt um die Einführung der 35-Stunden-Woche (wenn man von der Raketenrüstung absieht) das wichtigste Feld der Auseinandersetzung zwischen Massenbewegungen und Bundesregierung in diesem Jahr. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß die Boykottgruppen noch vor Abschluß der Volkszählung auseinanderbröckeln.

Um dem leidigen Schicksal manch anderer Ein-Punkt-Bewegung zu entgehen, nach einer schweren Niederlage oder Erreichen des gesteckten Ziels wieder zu verschwinden, müssen sich die Boykottgruppen zu einer Bürgerrechtsbewegung entwickeln, die »ihr« Wirkungsfeld auf den Kampf gegen den Abbau demokratischer Grundrechte erweitert (Beschäftigung mit Überwachungsmechanismen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; Verhinderung sogenannter Sicherheitsgesetze; Kontrolle der Polizei, ihrer Einsatzpläne und Strategien; Aufdeckung fragwürdiger Geheimdienstpraktiken u.a.m.).

Statt sich in alle Winde zu zerstreuen, sollten die Aktiven der VoBo-Initiativen bemüht sein, die vorhandenen Arbeitsstrukturen, Bündnis- und Diskussionszusammenhänge zu erhalten und sie für verwandte Zielsetzungen nutzbar zu machen. Einen Hauptgrund für diesen Vorschlag bildet die gute Zusammenarbeit eines breitgefächerten Bündnisspektrums im Rahmen der Boykottbewegung. Ideologische Differenzen traten gegenüber dem gemeinsamen Kampfziel (Ver- oder Behinderung der Volkszählung '87) zurück, und niemand wurde ausgegrenzt. Ein nur scheinbar abwegiges Beispiel dafür: Kein Mensch kam auf die Idee, daß Kommunisten in der Boykottbewegung fehl am Platze wären, weil UdSSR und DDR gleichfalls Volkszählungen durchführen ... Vergleiche mit der Friedensbewegung drängen sich geradezu auf. So wenig wie SDI war die Volkszählung isoliert zu betrachten. Die Raketenabwehr im Weltraum ist in eine übergreifende US-Militärstrategie der Überlegenheit und Erstschlagsfähigkeit eingebettet, die Volkszählung nur auf dem Hintergrund einer bestimmten Strategie der Herrschaftssicherung und sozialer Kontrolle, mithin der Pläne für einen autoritären Überwachungsstaat, zu verstehen. Und wie die Friedensbewegung nach der Raketenstationierung die dahinterstehende Kriegführungsstrategie problematisiert, so müssen sich die Boykottgruppen nach Abschluß der Volkszählung und möglicher Gerichtsverfahren konservativen Formierungsbestrebungen zuwenden. Ansatzpunkte dafür gibt es genug — von Überlegungen im Hinblick auf ein politisches Sonderstrafrecht für Teilnehmer an Sitzblockaden bis zur Aufrüstung der Polizei, vom Mißbrauch betrieblicher Personalinformationssysteme durch Unternehmensführungen bis zur Perfektionierung des politischen Spitzelwesens.

Österreich

Peter Pelinka

Abschied von der Vollbeschäftigung?

Jahrelang war der Erhalt der Vollbeschäftigung das zentrale Element des »Österreichischen Wegs«. Seit einigen Jahren »nur« mehr die Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigtenstandes und einer möglichst niedrigen Arbeitslosenrate. Rationalisierungsmaßnahmen, weltweite Strukturprobleme — etwa im Stahlsektor —, die Priorität der Budgetsanierung und zuletzt ein kräftiger Konjunktureenbruch haben dazu beigetragen.

Ein Anfang 1987 erschienenes Buch (Emmerich Talos/Margit Wiederschwinger, Hrsg.: *Arbeitslosigkeit. Österreichs Vollbeschäftigungspolitik am Ende?*, Verlag für Gesellschaftskritik) bietet als Ergebnis eines vom Wissenschaftsministerium geförderten Forschungsprojekts »Krise und Arbeitslosigkeit« den bisher umfassendsten Überblick über die rot-weiß-rote Arbeitsmarktpolitik der vergangenen zehn Jahre. Der Wiener Politikwissenschaftler Talos ortet vier Phasen:

- Phase 1975/76: Vergleichsweise langsames Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Gefolge der großen internationalen Wirtschaftskrise 1973/74.
- Phase 1977 bis 1981: Erhalt der Vollbeschäftigung durch den weiteren Einsatz staatlicher Nachfrage- und Arbeitsmarktpolitik.
- Phase 1982/83: Ende der Vollbeschäftigungssituation, starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, der auch durch Verdünnung des Arbeitskräfteangebots (weiterer Abbau der Ausländerbeschäftigung, Frühpensionierungen) nicht aufgefangen werden kann.
- Phase ab 1984: Vorrang der Budgetkonsolidierung vor der Beschäftigungspolitik. Talos geht davon aus, daß auf Dauer kein Land eine »Insel der Seligen« bleiben kann: seine Feststellung, daß die Beschäftigungspolitik im Koalitionsabkommen von 1987 nicht mehr den allein herausragenden Stellenwert einnimmt wie zu Beginn der siebziger Jahre, »ist nicht mit der Annahme verbunden, daß unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen eines international verflochtenen kapitalistischen Wirtschaftssystems bestehende Arbeitsplatzdefizite allein auf dem Weg einer national-staatlichen beschäftigungspolitischen Steuerung der Nachfrage nach und des Angebots von Arbeitskräften beseitigt werden kann«.

Gerade diesen internationalen Verflechtungen — konkret: der dramatischen internationalen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise im Gefolge von Ölpreisschock und der neuen technischen Revolution (Mikrochips und dem damit verbundenen Rationalisierungsschub samt Arbeitskräfteabbau) hatte sich Österreich lange Zeit relativ gut ent-

ziehen können. Es zählte mit Japan, Norwegen, Schweden und der Schweiz zu jenen OECD-Ländern, die Vollbeschäftigung auch unter diesen schwierigen internationalen Bedingungen weitgehend aufrechterhalten konnten. Die Arbeitslosenrate betrug 1976 zwei Prozent, dagegen in Großbritannien bereits 5,8; in Belgien 8,6; in den USA 7,7 sowie in der BRD 4,6 Prozent. Aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik, große Infrastrukturprojekte und regionale Förderungen trugen zur österreichischen Bilanz bei.

Auch die neuerliche wirtschaftliche Krise zu Beginn der achtziger Jahre überstand Österreich zunächst noch gut. Die Arbeitslosenrate betrug 1981 2,4, in den europäischen OECD-Ländern lag sie bereits bei 8,2 Prozent. Hier griff — neben dem weiteren Anwachsen des Dienstleistungssektors und dem starken Abbau von Ausländern — insbesondere die beschäftigungsstabilisierende Rolle der verstaatlichten Industrie. Dort wuchs zwischen 1973 und 1980 die Zahl der Beschäftigten um zwei Prozent, während die Industriebeschäftigten insgesamt um sieben Prozent abnahmen. Erstmals wurde noch ein anderes Instrument in die Debatte eingebracht: die Arbeitszeitverkürzung, 1975 mit der letzten Etappe der 40-Stunden-Woche und nun mit der generellen Urlaubsverlängerung auf vier Wochen auch in dieser Hinsicht wirksam. Wobei bereits gegen Ende der siebziger Jahre parallel Maßnahmen zur Verringerung der zuvor bewußt eingegangenen Ausweitung des Budgetdefizits angegangen wurden (Maßnahmenpaket 1977: Erhöhung der Vermögensteuer, Einführung des höheren Mehrwertsteuersatzes auf Luxusgüter, 1981 Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas).

Freilich wurde es immer schwieriger. 1983 verlor Österreich endgültig seinen Status als Vollbeschäftigungsland (Arbeitslosenrate 4,5; OECD-Europa 10,2 Prozent), den nur mehr Japan, die Schweiz und Norwegen halten konnten. Massenarbeitslosigkeit kennzeichnet erneut den internationalen Kapitalismus — mit besonderen Problemgruppen, die auch hierzulande vorhanden sind (Jugendliche, Frauen, Ältere) und mit gesellschaftlichen Auswirkungen, von denen wir (noch?) nicht voll erfaßt wurden: Verelendung ganzer Stadtviertel und Regionen, bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen kleinerer (»Fußballrowdies«) und großer Dimension (Rassenkrawalle in England und Frankreich), Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit und anderen faschistoiden Erscheinungen.

Die sozialistische und die seit 1983 sozialistisch geführte Regierung nutzte das in den siebziger Jahren eingesetzte Hauptinstrument nicht mehr voll; die wachsenden Budgetprobleme, auch die internationale Stahlkrise trafen vor allem die verstaatlichte Industrie. Erstmals wurde ihr Beschäftigtenstand kleiner. Dennoch gab es mehrere Beschäftigungsprogramme und spezifische neue Förderungen vor allem für Jugendliche, aber auch für Frühpensionierungen zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Die Tatsache galt weiter: Wer bei der Beschäftigungspolitik spart, muß für Arbeitslosenunterstützungen und andere Transferzahlungen mehr ausgeben.

Aber die »deficit-spending-policy«, das In-Kauf-Nehmen höherer Budgetverschuldung zwecks Vermeidung höherer Arbeitslosigkeit, war nicht mehr das Allheilmittel. Die seit Beginn der achtziger Jahre explodierenden Defizite hatten die Manövrierfähigkeit eingeschränkt, dazu kam Ende 1985 das VOEST-Desaster. Dafür trat die Debatte um Arbeitszeitverkürzung immer mehr in den Vordergrund: Sozialminister Dallinger

setzte sich immer stärker für eine möglichst rasche und möglichst umfassende Arbeitszeitverkürzung ein, Unternehmervertreter und ÖVP mauerten dagegen. Der Kompromißkurs — kürzere Arbeitszeiten nur in branchenspezifischen Verhandlungen und im internationalen, also langsamen Gleichklang — half zwar, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, schuf aber keine neuen. Unbestritten (mit Ausnahme reaktionärer Kommentatoren) ist, daß vor allem auf Grund der durch technische Weiterentwicklungen explodierten Produktivität der Arbeit nicht zu wenig, sondern »zu viel« gearbeitet wird, daß also zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung eine stärkere Aufteilung der vorhandenen Arbeit nötig wäre, also kürzere Arbeitszeit für die einzelnen, um möglichst viele im Arbeitsprozeß zu halten. Die Probleme liegen auf der Hand: Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit — wie nun auch vom ÖGB gefordert — über den Weg eines Generalkollektivvertrags müßte natürlich auch für den öffentlichen Sektor gelten, also das Budgetdefizit nicht gerade verkleinern, selbst wenn man dafür sinkende Unterstützungskosten in Rechnung stellt.

Keine leichte Situation: Einerseits hat die Regierung der Budgetkonsolidierung Priorität eingeräumt, um mehr wirtschaftspolitischen Spielraum zu bekommen. Andererseits birgt ein solcher Kurs die Gefahr höherer Arbeitslosigkeit in sich. So prognostiziert das Institut für Höhere Studien für die Beibehaltung des strikten Sparkurses ein Anwachsen der Arbeitslosenrate bis Anfang der neunziger Jahre auf nahezu neun Prozent. — Einerseits setzt der jetzige Kurs auf eine stärkere Eigenkapitalbildung der Unternehmen und eine bessere Qualifizierung der Arbeitskräfte, also auf eine Wirtschaftsstärkung »aus sich selbst« und durch einen Modernisierungsschub via stärkere Verflechtung mit der internationalen Wirtschaft; andererseits steht gerade die wieder vor einem kräftigen Konjunkturinbruch, was sich zuletzt auch in pessimistischeren Wirtschaftsprognosen einheimischer Wirtschaftsforschungsinstitute niederschlug. — Einerseits wächst in besonders betroffenen Regionen Resignation oder Wut, sinkt das Vertrauen in »die Politik«, andererseits setzen bereits die klassischen Spaltungsmechanismen ein, von denen die publizistische Kampagne der »Kronen-Zeitung« gegen »Sozialschmarotzer« nur der sichtbarste und sicher nicht der letzte Höhepunkt war.

Sozialminister Dallinger macht sich wohl keine Illusionen. Jede Einschränkung des Arbeitsmarktinstrumentariums — Jugendprogramme, Qualifizierungsoffensive, Aktion 8000, Sondermaßnahmen für Frauen — würde die Situation noch verschärfen. »Das macht eine Beschleunigung der Arbeitszeitverkürzung unumgänglich.« Seine Argumente:

- Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat festgestellt, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung um fünf Stunden wöchentlich in drei Etappen die Beschäftigung neun Jahre nach dem ersten Schritt um bis zu 9,5 Prozent höher ist als ohne Arbeitszeitverkürzung.
- Nach Angaben der deutschen IG Metall resultiert aus der 1985 wirksam gewordenen Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden ein Beschäftigungsplus von zwei Prozent.
- Das Wirtschaftsforschungsinstitut kam 1985 zum Ergebnis, eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst müsse nicht unbedingt viel kosten: Zwar steigt der Per-

sonalaufwand, dafür aber auch Lohnsteuer und Sozialbeiträge bei Wegfall von Arbeitslosenunterstützungen.

- Schließlich müsse man auch die Verringerung der Überstunden ins Auge fassen: Von den 4,7 Millionen, die derzeit in Österreich wöchentlich (!) geleistet werden, sind 2,7 Millionen regelmäßig über das gesamte Jahr verteilt. Ihre Ersetzung brächte — theoretisch — 65000 Zusatz-Arbeitsplätze.

Die Arbeitszeitpolitik ist für Dallinger aber nur eine Facette. Eine andere ist die Sicherung der Finanzierung des gesamten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums. Da stellt er weiter zur Diskussion:

Das Arbeitslosengeld könnte nach einem längeren Bemessungszeitraum berechnet werden, etwa auf Basis der Beitragsgrundlage des gesamten letzten Jahres — bisher des letzten Monats. Der Abbau saisonaler Schwankungen und von Mißbrauchsmöglichkeiten wären so möglich. — Stärkere Überprüfung der »nahen Angehörigen«, die Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen. Also jener Gatten, Kinder oder Geschwister von Unternehmern, die ebenso rasch im Betrieb angemeldet wie dann arbeitslos gemeldet werden. Nach Erhebungen in Salzburg und Tirol sind das in Fremdenverkehrsberufen nicht weniger als ein Viertel aller Arbeitslosenmeldungen. — Einführung eines Solidaritätsbeitrages (Arbeitsmarktförderungsbetrags) auch für Beamte, Freiberufler und Bauern, die keine Arbeitslosenversicherung zahlen. Denn: Die Arbeitsmarktförderung kommt zumindest indirekt allen zugute. Und schon jetzt wird aus der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Arbeitslosenversicherung auch die Notstandshilfe finanziert, auf die als Sozialhilfeleistung alle Anspruch haben. — Die bloße Budgetsanierung von der Ausgabenseite her ist arbeitsmarktpolitisch bedenklich. Der Staat fördert immer noch stark unproduktive Formen des Sparens und die explodierenden Einkommen aus Kapitalvermögen werden vergleichsweise niedrig besteuert. Und Sparpolitik wirkt zweischneidig: Die Erschwerung vorzeitiger Pensionierungen etwa entlastet zwar die Pensionsversicherungen, erhöht aber vor allem die Jugendarbeitslosigkeit. Ebenso wirken Einsparungen von Planstellen im öffentlichen Dienst. — Um die Erweiterung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Bereich der Vermittlung, Qualifizierung und der Arbeitsbeschaffung vorzunehmen, ist die Erschließung neuer Finanzmittel unabdingbar. Denn allein um 1987 das Aktivitätsniveau von 1986 zu wiederholen, ist ein zusätzlicher Aufwand von einer Milliarde Schilling (ca. 140 Mio DM) erforderlich. Es wäre eine Illusion zu meinen, die steigende Arbeitslosigkeit könne kostenneutral oder gar mit Aussicht auf Einsparungen bekämpft werden.

Die Ende August von Finanzminister Lacina bekanntgegebenen Budget-Sanierungspläne der Großen Koalition weisen freilich andere Züge auf: Verringerung des Defizits 1988 durch Konsumverzicht (keine Erhöhungen der Beamtenbezüge und der Pensionen, mit Ausnahme der Mindestrenten), durch Sozialabbau (Abschaffung der Heiratsbeihilfen, Überlegungen zur Einführung eines täglichen Selbstbehalts für jeden Spitalpatienten in Höhe von 50 Schilling und »Überdenken« der Gratis-Schulbuch-Aktion), aber auch durch die Abschaffung der meist von Begüterten genutzten Steuer-schlupflöcher. Wobei die Einsparungen kaum Dallingers Arbeitsmarktpolitik zugute kommen, die bereits kräftig vom wendeartigen Koalitionswind zerzaust wurde.

Marxistische Theorie

Frank Heidenreich

Zu Leben und Werk Antonio Gramscis

Am 28. Mai 1928, eine Woche nach dem letzten Reichstagswahlsieg der deutschen Linken, begann in Rom vor dem »Sondergerichtshof zum Schutz des Staates« ein politischer Schauprozess ersten Ranges. 22 Gegner des faschistischen Regimes, darunter führende Kommunisten, waren der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands, verschwörerischer Tätigkeit und der Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt. Einer von ihnen hieß *Antonio Gramsci*. Im Plädoyer erklärte der Staatsanwalt offen den Zweck seiner Verurteilung: »Auf zwanzig Jahre müssen wir dieses Hirn aktionsunfähig machen.«¹ Das Urteil nach einwöchiger Verhandlung: 20 Jahre und 4 Monate Haft.

Nach Prozeßende wurde Gramsci in das Gefängnis von Turi in Süditalien überstellt. Vom Gefängnisarzt ist die Aussage überliefert, als Faschist wünsche er ihm nur den Tod. Da ihm die notwendige medizinische Betreuung verweigert wurde, verschlechterte sich seine seit der Kindheit angegriffene Gesundheit. Er litt schließlich unter Lungentuberkulose, Arteriosklerose, einer tuberkulösen Wirbelsäulenzündung und an einem schmerzhaften Magenleiden. Aber sein Gehirn funktionierte doch, wenn auch mit Ausnahme der Gespräche mit anderen Gefangenen abgeschlossen vom Leben, das draußen vor sich ging. Zwischen 1929 und 1935 fertigte Gramsci umfangreiche Studien, die *Kerkerhefte*. Er lehnte ein Gnadengesuch prinzipiell ab, weil er darin eine Kapitulation sah. In ein Krankenhaus, das nicht einmal über die erforderlichen Spezialisten verfügte, wurde er erst eingeliefert, als es zu spät war. Die Haft war staatlicher Mord. Vor 50 Jahren, am 27. April 1937, starb Antonio Gramsci.

I.

Wer war dieser Mann, dessen intellektuelle Kraft der faschistischen Macht so gefährlich schien? — Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung, die am 8. November 1926 in Verletzung seiner Immunität als Parlamentsabgeordneter erfolgte, stand Antonio Gramsci an der Spitze der Kommunistischen Partei Italiens. Dahin gelangte er nach heftigen Auseinandersetzungen in der Partei, die seit ihrer Gründung im Januar 1921 von ultralinken Auffassungen beherrscht wurde und nach dem sogenannten »Marsch auf Rom« und der Ernennung Mussolinis zum Regierungschef am 29. November 1922 unter Bedingungen der Halblegalität arbeiten mußte.

Gramsci stammte aus einem Dorf Sardinien, aus jenem industriell unentwickelten, armen »Süden« Italiens. Als Nino, wie die Familie und Freunde ihn nannten, das Gymnasium besuchte, stand er bald wie viele seiner Mitschüler unter dem Eindruck des

starken sardischen Nationalismus. Die Reichen auf dem Festland — das war der Klassenfeind des »sardismo«. Antonio und seine sechs Geschwister machten früh die Erfahrung der Armut, denn der Vater verlor Freiheit und Beamtengehalt im Zuge einer politischen Intrige unter der Anschuldigung der Unterschlagung. Ende 1908 zog er in die Kleinstadt Cagliari, um dort die Oberstufe des Gymnasiums zu absolvieren. Er teilte ein Zimmer mit seinem älteren Bruder Gennaro. Dessen Einkommen als Buchhalter langte nicht für beide. Gennaro las die sozialistische Parteizeitung *Avanti!*, betätigte sich in der »camera del lavoro«, einem Treffpunkt junger Arbeiter und Intellektueller. Nino war zuweilen dabei und wurde hier durch Diskussionen und unentwegte Lektüre mit sozialistischen Anschauungen vertraut.

Im Herbst 1911 verließ Antonio Sardinien. Trotz Unterernährung und körperlicher Schwäche hatte er die Aufnahmeprüfung für die Turiner Universität bestanden und ein Stipendium von höchstens 70 Lire monatlich, bei allen Einschränkungen zuwenig zum Leben. Hunger, Krankheit, versäumte Prüfungen, Verlust des Stipendiums — im Frühjahr 1915 mußte er sein Studium endgültig aufgeben. Nicht die Universität machte die Bedeutung Turins aus, sondern vor allem ihr Charakter als Industriemetropole, als »rote Kapitale« Italiens mit einem aktiven Proletariat. Schon vor Kriegsbeginn trat Gramsci hier der Sozialistischen Partei (PSI) bei, wo er sich in der Arbeiterjugend stark engagierte. Und er lernte gleichgesinnte Kommilitonen kennen, darunter Palmiro Togliatti², Umberto Terracini und Angelo Tasca, mit denen er im Mai 1919 die Wochenzeitung *L'Ordine nuovo* als Sprachrohr des revolutionären Sozialismus und der Rätebewegung Italiens gründete.

Nach Abbruch des Studiums arbeitete Gramsci für verschiedene sozialistische Zeitungen. Er wurde hauptberuflich Parteiredakteur. Neben politischen Analysen schrieb er vor allem Beiträge zur Literaturkritik und Theaterrezensionen. Ein Grundzug seines Denkens, die Bedeutung des Kulturellen für revolutionäre Umwälzungen zu erfassen, trat früh hervor. In einem Artikel vom Januar 1916 unter der Überschrift »socialismo e cultura« notierte er mit Hinweis auf Französische Revolution und Aufklärung, jeder Revolution gehe »eine intensive kritische Arbeit, der Ausstrahlung von Ideen auf Menschengruppierungen voraus« (Z 1987, 9).

Die italienische Sozialdemokratie nahm in der Kriegsfrage eine »neutralistische« Haltung ein, weder dafür noch dagegen. Seine erste wichtige Parteifunktion erhielt Antonio Gramsci 1917. Der Krieg war in seine letzte Phase getreten. Als eine spontane Hungerrevolte im August zu Straßenkämpfen führte, das Militär über Turin den Ausnahmezustand verhängte und die Leitung der örtlichen Parteiorganisation verhaftete, gelangte Gramsci vorübergehend in den zwölfköpfigen Provisorischen Vorstand der Turiner PSI-Sektion. Die Revolution erschütterte 1919 auch in Italien die alte Ordnung. In manchen Industriebetrieben bestanden damals gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper. Diese »commissioni interne« sollten nach Auffassung der Gruppe um den *Ordine nuovo* die Keimform italienischer Sowjets bilden. Gramsci und Togliatti riefen auf, die »commissioni interni« nach russischem Vorbild in Organe der proletarischen Macht umzubilden, die *alle* Arbeiter umfassen sollten. Turiner FIAT-Arbeiter wählten im September die ersten Fabrikräte (*consigli di fabbrica*). Im industrialisierten Norden

entwickelte sich die Fabrikrätebewegung zunächst günstig. Aber sie blieb doppelt isoliert: Die Bauern des Südens standen abseits, die Sozialistische Partei unterstützte sie nicht aktiv, und die Gewerkschaften suchten den Kompromiß mit den Unternehmern. Nach Betriebsbesetzungen in Turin und dem Versuch der Arbeiter, die Leitung der Produktion in die eigenen Hände zu nehmen, brach die Bewegung im Herbst 1920 zusammen. Wie in den übrigen westeuropäischen Ländern endete die soziale Krise in Italien nicht mit der revolutionären Machteroberung durch das sozialistische Proletariat, sondern in einer Periode der Rekonstruktion und Neuzusammensetzung des alten herrschenden Blocks. Die Niederlage der italienischen Arbeiter war auch ein Scheitern Gramscis, der zu den entschiedensten Propagandisten und Organisatoren der Fabrikrätebewegung gehörte.

II.

Die Fabrikräte bewirkten gleichwohl die Stärkung der revolutionären Linken und eine wachsende Polarisierung innerhalb des PSI, der von einem weitgehend auf Parlamentsarbeit fixierten marxistischen Zentrum beherrscht wurde. Die Partei war politisch handlungsunfähig, nicht imstande, die Arbeiter zu mobilisieren und neue Bündnispartner zu gewinnen. Forciert durch die Kommunistische Internationale (KI), die auf ihrem II. Weltkongreß im Juli 1920 die Trennung von den rechtssozialdemokratischen und auch den marxistisch-zentristischen Kräften verlangte, standen auch die linken und marxistischen Strömungen im PSI vor der Frage: »Eroberung der Partei oder Abspaltung des revolutionären Flügels?«

Gramsci betrachtete die Veränderung des PSI als strategisches Problem. »Für die Erneuerung der Sozialistischen Partei« — so lautete ein von ihm für die Parteileitung verfaßter Bericht der Turiner PSI-Sektion, der am 8. Mai 1920 im *Ordine nuovo* erschien (vgl. Z 1980, 59-67). Das Projekt einer kommunistischen Parteineugründung war in seinen Augen eine »partikularistische Halluzination«. Obwohl mit den Fabrikbesetzungen am 1. September 1920 in den Belegschaften jene radikale Stimmung an Einfluß gewann, welche die sofortige Trennung vom PSI verlangte, blieb er dabei, daß den kommunistischen Kräften im PSI nur Organisation und Disziplin fehlten, um »das Gefüge der Partei der Arbeiterklasse erobern und erneuern, dem allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Genossenschaftsbewegung eine neue Richtung geben zu können« (R, 88). Das war drei Monate vor Gründung des Partito Comunista Italiano (PCI).

Der Zustand der kommunistischen Linken bestärkte Gramsci in seiner Position, denn in ihr dominierten keineswegs marxistische, sondern linkssektiererische Kräfte. Diese kommunistische Mehrheitsgruppe um den populären Amadeo Bordiga, die im Unterschied zur Gruppe um den *Ordine nuovo* und den Turiner *Avanti!* über eine landesweit organisierte Fraktion verfügte, propagierte Wahlboykott und steuerte auf den Bruch mit dem PSI. Mitte Dezember 1920 griff Lenin in die Auseinandersetzungen³ ein und verlangte den Ausschluß der rechten PSI-Minderheit. Eine doppelt falsche Beurteilung der italienischen Verhältnisse lag dem zugrunde. Lenin verglich zum einen die dortige Lage mit jener in Rußland unmittelbar vor der Oktoberrevolution, während tatsächlich das Scheitern der Fabrikrätebewegung den Abschluß der akuten revolutio-

näre Krise markierte. Zum zweiten erwartete er einen Sieg der kommunistischen Fraktion auf dem bevorstehenden PSI-Kongreß und täuschte sich damit über die innerparteilichen Kräfteverhältnisse. Der PSI-Parteitag vom 15. bis 21. Januar 1921 in Livorno lehnte den Ausschluß der Rechten ab, worauf die radikale Minderheit auszog und sich als kommunistische Partei konstituierte. Antonio Gramsci war ihr Mitbegründer und Mitglied des 15köpfigen Zentralkomitees — fast wider Willen.

Nach der KI-Intervention äußerte Gramsci seine Einwände gegen den Kurs der Abspaltung nicht mehr öffentlich. Später notierte er in einem Brieffragment, Livorno sei die Loslösung der Masse der italienischen Arbeiter von der KI und in dieser Hinsicht »zweifelloser größter Triumph der Reaktion gewesen« (zit. nach Togliatti 1962, 33). Die Spaltung des PSI, so wie sie stattfand, war auch unter Kommunisten anderer Länder umstritten — zusammen mit dem gescheiterten kommunistischen Aufstand in Deutschland im März desselben Jahres löste sie die erste Krise der KI aus. Gramscis Meinung, sie habe zu weit links angesetzt und müsse die Kommunisten isolieren, wurde von der KPD geteilt, die unter Führung Paul Levis⁴ gerade erst die Verschmelzung mit der USPD-Linken und so den Übergang zur mehr als 300 000 Mitglieder zählenden Massenpartei vollzogen hatte. 23 der 39 Mitglieder des KPD-Zentralausschusses mißbilligten die Grundsätze der PSI-Spaltung (vgl. Levi 1921, 91), weil diese ebenso zur Zerschlagung der vereinigten KPD führen mußten. Die KI hatte nach Livorno die KPD mit der Erklärung provoziert, falsch sei nicht die italienische Entscheidung, sondern opportunistische Kritik daran.

Während Levi aus Protest gegen die Italien-Politik der KI von seinem Amt als Kovorsitzender der KPD zurücktrat, akzeptierte Gramsci die entstandene Situation. Er konzentrierte sich auf die journalistische Arbeit und redigierte den *Ordine nuovo* — jetzt Parteiblatt der KPI — loyal gegenüber der Mehrheit. Erst die Einheitsfront-Politik der KI, die 1922 vor »Übertreibungen« in der Abgrenzung vom »Zentrismus« warnte⁵, und die Erfolge des italienischen Faschismus im selben Jahr drängten zur Reformulierung der Parteistrategie.

Im Mai 1922 begann für Gramsci eine neue Phase der politischen Arbeit als Vertreter des PCI im Exekutivkomitee der KI. In dieser Zeit wurde die Lage in Italien komplizierter und die Politik des PCI immer unklarer. Obwohl die sozialistische Partei im Oktober 1922 ihren rechten Flügel ausgeschlossen hatte, lehnte die PCI-Führung eine von der KI befürwortete Fusion mit dem PSI ab. Ihr Verbalradikalismus war Ausdruck einer in Wirklichkeit zahnlos gewordenen Politik und förderte die faschistische Transformation des Staates noch indirekt. Die Partei erschöpfte sich in Polemik und Propaganda (vgl. Togliatti 1962, 25). Als die Partei nach Verhaftungen zahlreicher Funktionäre im Februar, darunter auch Bordigas, ihre Linie beibehielt und die Organisation zu zerfallen begann⁶, bestimmte das Exekutiv-Komitee der KI auf einer Sitzung im Juni 1923 die Ablösung der alten Leitung. Erstmals wurde eine neue Parteiführung durch die KI damit gegen den Willen der Delegierten der betreffenden Partei ernannt. Auch die neue PCI-Spitze mit Togliatti und Tasca wurde nur wenig später verhaftet. Das war die Lage, als Gramsci im November 1923 mit der Bildung einer neuen Führungsgruppe beauftragt und von der KI nach Italien zurückgeschickt wurde.

III.

Mitte Mai 1924 traf Gramsci wieder in Italien ein. Er glaubte sich vor einer Verhaftung auf Grund der parlamentarischen Immunität halbwegs sicher, die mit seiner Wahl zum Abgeordneten am 6. April 1924 verbunden war, und wohnte jetzt in der Hauptstadt. Eine Parteikonferenz im Mai 1924 zeigte der neuen ZK-Mehrheit, daß nicht sie, sondern immer noch Bordiga die Parteigliederungen hinter sich hatte. Am 18. August 1924 schrieb Gramsci mit spürbarem Pessimismus an Julia:

»Die Partei ... ist schwach und funktioniert insgesamt sehr schlecht. Ich bin Generalsekretär und Mitglied des Zentralkomitees; ich möchte auch die Leitung der Zeitung *L'Unita* übernehmen, aber ich habe nicht die Kraft dazu.« (Zit. Fiori 1979, 165)

Eine unermüdliche Arbeit der Reorganisation begann. Kontakte mußten geknüpft, alte Verbindungen wiederhergestellt werden. Gramsci reiste durch das Land, um mit den Genossen zu sprechen und auf Konferenzen die politische Linie zu diskutieren. Ein junger Metallarbeiter, der Gramsci zum Tagungsort des illegalen PCI Regionalparteitags des sardischen PCI führte, beschrieb den Parteichef so:

»Ich sah ihn zum ersten Mal, aber ich hatte schon viel von ihm gehört und hatte ihn mir groß und stark wie einen Koloss vorgestellt. Statt dessen kam ein kleiner, buckliger Mann, der anscheinend keinen Wert auf sein Äußeres legte: unrasiert, der ungeheure Haarschopf zerzaust, der Anzug ärmlich und fleckig. (...) Wir machten einen langen Umweg auf Landstraßen außerhalb der Stadt. Er zeigte keine Müdigkeit. Er war ein fröhlicher Kerl, machte Witze, lachte und sprach Sardisch mit mir.« (Zit. nach ebd., 170)

Nach den Parlamentswahlen von 1924 verdoppelte der PCI seine Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres auf mehr als 25000 und gewann unter Arbeitern und Bauern an Einfluß. Die Fortsetzung des »estremismo« mußte diese Konsolidierung gefährden und den Faschisten leichtes Spiel ermöglichen. Denn der Flügel um Bordiga weigerte sich, für die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten einzutreten, weil er die Differenz zwischen faschistischer Diktatur und parlamentarischer Demokratie geringschätzte. Gramsci kritisierte zwar die »Tendenz der Ultralinken, die glaubt, jederzeit sei der Augenblick gekommen, um zum Frontalangriff gegen das Regime überzugehen« (Z 1980, 134); aber auch er dachte noch 1925 den Sturz des Faschismus als identisch mit der Aufrichtung proletarischer Diktatur.

Erst zur Zeit des Lyoner Parteitags im Januar 1926, auf dem die Parteiführung endlich eine klare Mehrheit erzielte, begann Gramsci, zwischen antifaschistischer und antikapitalistischer Politik zu unterscheiden. Er meinte jetzt, daß der faschistische Vormarsch 1921/22 hätte aufgehalten werden können. Faschismus sei nicht bloß als Instrument der Bourgeoisie zu begreifen, sondern auch als soziale Bewegung.⁷ Die Frage nach einer wirksamen antifaschistischen Strategie war gestellt — nicht proletarische Diktatur, sondern die Organisation der Massen der Arbeiter und der Bauern umriß die praktische Antwort.

Die politische Spaltung der Industriearbeiterschaft des Nordens entwickelte auch in Italien den Parteiengegensatz von Sozialisten und Kommunisten. 1922/23 hatte Gramsci zusammen mit Bordiga den Gedanken einer Fusion von PCI und PSI, wie sie die KI verlangte, als »liquidatorisch« abgelehnt. Als Parteiführer bewegte er sich in der

Beurteilung der Sozialdemokratie ganz im Rahmen der Positionen der KI. Auch er sah in der Sozialdemokratie vor allem den linken Flügel der Bourgeoisie, kein Gedanke an eine Einheitsfront von unten *und* von oben. Dagegen war das Problem der Bauern und des italienischen Südens jenes Terrain, auf dem Gramsci einen neuen Beitrag zur politischen Theorie des Marxismus leistete. In einer Gesellschaft wie der Italiens, wo die Bauern die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, mußte der Gewinnung der bäuerlichen Massen eine Schlüsselrolle zukommen.

Im Herbst 1926 machte sich Gramsci an die Analyse der »südtalientischen Frage«. Die unvollendet gebliebene, 1930 veröffentlichte Schrift »stellt in gewissem Sinn den Übergang vom Journalismus der Jahre des aktiven Kampfs zu den Reflexionen der Gefängniszeit dar« (Fiori 1979, 192). Sie ging der Frage nach, wieso der Süden trotz regelmäßigen Aufruhrs eine relativ stabile Stütze der alten Ordnung bleiben konnte. Die Antwort, in der Umriss des für den Marxismus neuen Begriffs »historischer Block« sichtbar werden (vgl. KWM 3, 487), gibt der Zusammenhalt des Agrarblocks. »Der Bauer des Südens ist mit dem Großgrundbesitzer durch den Intellektuellen verbunden.« (Z 1980, 207) Die Intellektuellen, die aus den Schichten der kleinen und mittleren Dorfbourgeoisie entstammten, ließen Risse im »Agrarblock« nicht zu gefährlichen Brüchen werden. Gramsci erkannte, daß diese Intellektuellen wichtig waren, wollte die Arbeiterbewegung der italienischen Bourgeoisie die Bauern des Südens als Bündnispartner entziehen. Wo bestimmte Intellektuelle ihrerseits für ein Zusammengehen mit den Arbeitern einzutreten begannen, sei es töricht, sie vor die Alternative zu stellen, entweder in die kommunistische Partei überzutreten oder rücksichtslose Bekämpfung zu erwarten. Fundamente der Intellektuellen-Theorie aus den späteren Kerkerheften werden sichtbar:

»Die Intellektuellen entwickeln sich langsam, viel langsamer als jede andere soziale Gruppe, auf Grund ihres Wesens und ihrer geschichtlichen Funktion. Sie repräsentieren die gesamte kulturelle Tradition eines Volkes ...« (Ebd., 214)

IV.

Unmittelbar vor seiner Verhaftung nahm Gramsci zu den sich zuspitzenden Fraktionskämpfen innerhalb der KPdSU Stellung. Er hatte den Bolschewiki lebendiges politisches Denken attestiert und die Oktoberrevolution enthusiastisch begrüßt (vgl. R, 23ff.). Wenn er sie in einem Artikel der nationalen Ausgabe des *Avanti!* vom 24. November 1917 als Revolution gegen das »Kapital« (la rivoluzione contro il *Capitale*) bezeichnete, so wird einzuwenden sein, daß die Bolschewiki nicht Marx, sondern die in der II. Internationale vorherrschend gewordene Lesart des Marxschen Hauptwerks verwarfen. Aber im Gegensatz zu den Menschewiki, die weiter die sozialistische Revolution in einem rückständigen Land wie Rußland für unmöglich hielten und so mit Ökonomismus ihre Passivität rechtfertigten, war Gramsci von den sozialistischen Perspektiven der russischen Revolution überzeugt. Er forderte die italienischen Arbeiter in ihrem eigenen und im nationalen Interesse zu Solidaritätsaktionen für Sowjetrußland auf (vgl. Z 1980, 67f.).

Bis 1924 hatten die Linken in der russischen bolschewistischen Partei seine Sympathien, weil er in ihr den Garanten des proletarischen und antibürokratischen Charakters der Revolution sah. Die Beschäftigung mit der Bauernfrage und der Kampf gegen den Linkskurs Bordigas veränderten Gramscis Stellung grundlegend und veranlaßten ihn zur Unterstützung der ZK-Mehrheit der KPdSU um Bucharin und Stalin und ihrer vorsichtigen Bauernpolitik; in den *Kerkerheften* notierte er später, die Parole von der »permanenten Revolution« (Trotzki) sei »der politische Reflex der Theorie des Bewegungskrieges« und Trotzki müsse daher »in gewisser Weise als der politische Theoretiker des Frontalangriffs betrachtet werden ..., in einer Periode, in der dieser nur Niederlagen verursachen kann« (R, 346 bzw. 348).

Was Gramsci und die Mehrheit der italienischen Parteileitung seit Juli 1926 beunruhigte, war die gefährliche Schärfe der Auseinandersetzung in der sowjetischen KP zwischen der ZK-Mehrheit um Stalin und Bucharin und der oppositionellen Allianz um Trotzki, Kamenew, Sinowjew. Denn eine Spaltung der Führungsgruppe der Bolschewiki mußte Rückwirkungen auf die innerparteiliche Meinungsfreiheit in allen KI-Sektionen haben. Am 14. Oktober 1926 schrieb Gramsci im Auftrag des PCI-Politbüros an das ZK der KPdSU. Der Brief sah das internationale Ansehen der sowjetischen KP in Frage gestellt. »Ihr lauft Gefahr, die führende Position der KPdSU zu degradieren und zu annullieren, diese durch den Impuls Lenins erworbene Funktion.« (Ebd., 123) Vorsichtig warnten die italienischen Kommunisten davor, daß der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip sich in einen mechanisch-bürokratischen verwandeln könnte. Der Brief beschwor die ZK-Mehrheit, »exzessive Maßnahmen zu vermeiden« (ebd., 126).

Die Warnung verhallte ungehört, zumal Togliatti, der sich in Moskau befand und den Brief an den Adressaten weiterleiten sollte, ihn zurückhielt, weil er mit dem Inhalt nicht einverstanden war und die Zustimmung des PCI zu jedweden Maßnahmen gegen die Linksoption forderte. Gramsci war über Togliattis »bürokratische« Eigenmächtigkeit empört. Inzwischen hatte das sowjetische ZK Sinowjew als Vorsitzenden der KI abgesetzt und Trotzky und Kamenew aus dem Politbüro entfernt. Gramscis Stellungnahme bewirkte vor allem eines: Mißtrauen in Moskau. Die KI schickte einen Delegierten nach Italien, um dem Politbüro des PCI die Lage zu erläutern. Eine Sitzung blieb ergebnislos, da Gramsci und andere Mitglieder nicht teilnehmen konnten: Die innenpolitische Lage hatte sich nach einem gescheiterten Attentatsversuch auf Mussolini am 31. Oktober 1926 verschärft und kulminierte eine Woche später im faschistischen Staatsstreich und in einer Verhaftungswelle, der auch Gramsci zum Opfer fiel.

V.

Erst Anfang 1929 erhielt Gramsci Schreibzeug und seitdem unregelmäßig auch Bücher, die Piero Sraffa schickte. Die *Quaderni del Carcere* umfassen 32 Hefte mit 2800 Seiten. Sie behandeln die Geschichte Italiens, die herrschenden philosophischen Tendenzen der Zeit, Probleme des Marxismus, der Literatur(kritik) und des Journalismus sowie in Fortsetzung der Schrift über die süditalienische Frage die Geschichte der italienischen Intellektuellen und in diesem Kontext die Rolle der Partei.

Für die marxistische Theorie heute sind vor allem die postumen Schriften Gramscis von Interesse. Sein Hauptwerk umfaßt die Kerkerhefte, die Briefe aus der Gefängniszeit und die überlieferten und fixierten Gespräche mit Mithäftlingen. In ihm reflektierte er das Scheitern der sozialistischen Revolution im Westen Europas. Mitte 1920 hatte er die Illusionen der Bolschewiki über den nahen Sieg der Sowjetrevolution in Italien noch mehr oder minder geteilt:

»Warum sollen wir Pessimisten sein? Haben Sie nicht gesehen, daß in Italien seit ein paar Wochen der Anfang der Revolution da ist, und zwar der proletarischen Revolution? Und sie wird dort siegen, wenn nicht heute, so morgen.« (Protokoll USPD-Parteitag 1920, 153)

Der Vorsitzende der KI Sinowjew, der diese Sätze zu den Delegierten des USPD-Parteitags im Oktober 1920 sprach, um sie von der Notwendigkeit des Anschlusses an die Dritte Internationale zu überzeugen, hegte keine Zweifel bezüglich der Chancen einer Sowjetrevolution auch außerhalb Rußlands; diese Revolution würde »eine lange Etappe des Bürgerkriegs« durchmachen, sie könne »keinen anderen Weg« (ebd., 149) nehmen. Zehn Jahre später stellte sich Gramsci die Frage, warum der »Bewegungskrieg« im Westen versagt hatte und statt dessen die (faschistische) Konterrevolution marschieren konnte. Die Frage verwies ihn auf Unterschiede in den Strukturen des zaristischen Rußland und der entwickelten kapitalistischen Länder:

»Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft (*società civile*) steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend; im Westen herrschte zwischen Staat und ziviler Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der zivilen Gesellschaft.«⁸

Gramsci entwickelt den Begriff der Hegemonie als analytisches Konzept und als strategische Orientierung. Staatstheoretisch bedeutsam ist Gramscis Unterscheidung zwischen zwei »Ebenen« von Überbauten: *società civile* und *società politica*. »Die erstgenannte Ebene entspricht der 'hegemonialen' Funktion, die die herrschende Gruppe über die ganze Gesellschaft ausübt ...« (K, 61). Auf dem Terrain der zivilen Gesellschaft, in der Herbeiführung von Einverständnis und freiwilliger Unterordnung, finden die organischen Intellektuellen der herrschenden Klassen ihre entscheidende Aufgabe. Zu den hegemonialen Apparaten zählen »die sogenannten Privatorganisationen, wie Kirche, Syndikate, Schulen usw.« (*Briefe*, 169).

Die Formierung eines »neuen historischen Blocks« unter Führung der Arbeiterklasse verlangte Überwindung des Ökonomismus und Aufwertung der ideologischen und der kulturellen Front in der marxistischen Theorie vom Klassenkampf. »Als Strategie ist die Hegemonie gleichzeitig eine Vorbedingung für die Ergreifung der Macht und eine Dauerbedingung für ihre Ausübung und Bewahrung.« (KWM 3, 481) Vorstellungen eines »fatalistischen Finalismus, der dem religiösen ähnelt« (R, 318), mußten die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu einem hegemonialen Subjekt blockieren. Gramsci kritisierte in diesem Zusammenhang Ansätze des historischen Materialismus (so Bucharin), die »aus der 'ökonomischen Struktur' eine Art von 'unbekanntem Gott' gemacht« (*Briefe*, 133) hatten. Anders als manche der deutschen Kultursozialisten unterschied er klar zwischen Kultur und Kunst. Vom Weg des italienischen Bürgertums zur Macht sei zu lernen, daß es um den »Kampf für eine neue Kultur«, um »die Kritik der

Sitten, der Gefühle und Weltanschauungen« (Z 1987, 33) und nicht primär um neue Kunst geht (vgl. auch Haug Ms., 10). Worauf Gramsci aufmerksam macht, ist der Zusammenhang von sozialistischer Veränderung und Alltagskultur, Lebensweise und Weltauffassung.

Wie änderte sich Gramscis Auffassung vom Faschismus in den Kerkerheften? — Die Hefte enthalten dazu wenig Explizites. Aber in den ersten Jahren seiner Inhaftierung in Turi diskutierte Gramsci mit kommunistischen Mitgefangenen Fragen der kommunistischen Politik, Ansätze von »Schulung« wurden gemacht. Im August 1926 hatte Gramsci vor dem ZK des PCI erklärt, daß ein unmittelbarer Übergang vom Faschismus in die Diktatur des Proletariats nicht wahrscheinlich sei (vgl. *Sel* 1921-26, 406). Im Gefängnis wurde ihm klarer, daß ein Zusammenbruch des italienischen Faschismus so bald nicht bevorstehe. Ein kommunistischer Mithäftling berichtete später, Gramsci habe geäußert, daß der Klassenkampf in Italien zuerst die vom Faschismus zerstörten Freiheiten wiederherstellen werde, und er habe die Entstehung eines bürgerlichen Antifaschismus erwartet. Nach der ultralinken Wende 1928/29 befand er sich mit diesen Erkenntnissen in Gegensatz zur KI und seit Mitte 1930 auch zu seiner eigenen Partei. Die starke Opposition im PCI gegen die »Sozialfaschismus«-Parole der KI wurde unterdrückt und aus Politbüro (drei von acht Mitglieder) und ZK entfernt. Ein rasanter Niedergang des PCI bis 1934, als mit den Sozialisten ein Einheitspakt abgeschlossen wurde, war die unmittelbare Folge.

In dieser Situation bat Palmiro Togliatti Gennaro Gramsci, Antonio im Gefängnis zu besuchen, ihn über die Lage zu informieren und seine Meinung einzuholen. Im Sommer 1930 sprach Gennaro zweimal mit seinem Bruder. Antonio lehnte sowohl die neue Linie der Partei als auch die Ausschlüsse ab. Um seinen Bruder vor administrativen Maßnahmen zu schützen, berichtete Gennaro Gramsci von den Gesprächen Togliatti wahrheitswidrig, Antonio stimme mit der neuen Linie völlig überein. Auf diese Weise blieb die Führung des PCI und die KI in Moskau vorläufig im Unklaren über die tatsächliche Haltung Gramscis. Spätestens seit Frühjahr 1933 waren sie durch den Bericht von Athos Lisa, einem der KI-Linie ergebenden Mitgefangenen Gramscis, von seiner wirklichen Überzeugung unterrichtet. Obwohl Parteisäuberungen in der stalinistischen Periode auch Inhaftierte trafen, erfolgte gegen Gramsci ein offizieller Parteiausschluß nicht.

VI.

Was von den Analysen Gramscis ist heute noch aktuell, wie entwickeln wir Hegemonie unter unseren Bedingungen? Die Gefängnischriften sind Gramscis zentraler Beitrag zur politischen Theorie des Marxismus, sie zeigen ihn als einen »Klassiker marxistischen Denkens« (Abendroth 1982, 25). Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Faschismus dachte er die Aufgaben der Arbeiterbewegung neu. Von diesem Herangehen, von seiner Art, die Probleme zu stellen, ist viel zu lernen. Wo er Antwortelemente konzipierte, dürfen wir heute keine buchstabenmäßige Gültigkeit erwarten.

Gramsci ging von der Arbeiterklasse, repräsentiert durch die (kommunistische) Partei, als einzigem Hegemon des »neuen historischen Blocks« aus. Heute muß ein

Projekt des radikalen Wandels im nationalen wie internationalen Maßstab mit verschiedenen — partiell sehr gegensätzlichen — Bewegungen, die es tragen, mit vielerlei Organisationsformen und entsprechend differenten Interessen rechnen. Die Verknüpfung dieser Interessen kann »nicht mehr nur von einem hegemonialen Zentrum erfaßt werden« und bedarf »einer stärkeren Betonung der Subjektrolle verschiedenartiger revolutionärer Kräfte« (Albers 1983, 158). Diese politische Logik haben kommunistische wie sozialdemokratische Ausschließlichkeitsansprüche zu eigenem Schaden immer wieder verfehlt. Ist auch ein »neuer historischer Block«, ein gesellschaftliches Reformbündnis ohne Arbeiterbewegung undenkbar, weil die lohnabhängig Arbeitenden nicht nur die — wie immer gebrochene — Erfahrung der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft machen, sondern auch die Träger der gesellschaftlichen Produktion sind, so wird die Linke in der BRD wird andererseits nicht auf einen Arbeiterklassenhegemon warten können, um den herrschenden Block an der Macht zu unterminieren. Auf der Ebene der politischen Kultur wird die Hegemonie der Linken hierzulande eine »strukturelle« (vgl. Haug 1985, 158ff.) sein oder gar keine; Detlev Albers nannte dies »Hegemonie ohne einen einzigen Hegemon«. ⁹ Die Konjunkturen außerparlamentarischer Bewegungen zeigen zugleich, daß die Ablehnung der Parteiförmigkeit von Politik als solcher die Handlungsfähigkeit der Linken nicht stärkt, sondern schwächt. Auf der Ebene des Parteiensystems stellt sich, in der BRD ebenso wie in Italien und anderen Ländern, die Formation eines stabil-elastischen Konfliktbündnisses mehrerer Linksparteien als zwar schwierige, aber nicht vermeidbare Herausforderung.

Immer wieder wird mit Gramsci die Unabgeschlossenheit von Wissenschaft, mithin des wissenschaftlichen Sozialismus, gegen die spontanen Tendenzen der Dogmatisierung zu betonen sein. Gramsci war kein Theoretiker des Feminismus, und Antworten auf das ökologische Problem sollten wir nicht bei ihm suchen. Hier bleibt unsere eigene Fähigkeit gefordert, neue Tatsachen in ihrem Zusammenhang zu begreifen. Ökonomistische Interpretationen — das können wir von diesem marxistischen Klassiker gleichwohl lernen — werden dabei zu kurz greifen.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach der Einführung zu *Briefe*, S. 9
- 2 Palmiro Togliatti (1893-1964) war nach dem Tod des Vaters arm wie Gramsci. Seit Anfang 1926 Vertreter des PCI in der KI-Zentrale, übernahm er nach Gramscis Verhaftung Gramscis faktisch die Führung der Partei und wurde nach dessen Tod ihr Generalsekretär. Am Einheitspakt mit den Sozialisten in Italien 1934 und an der Durchsetzung der Volksfront-Konzeption in der KI hatte er großen Anteil.
- 3 vgl. W.I. Lenin, Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei, in: Lenin-Werke (LW), Bd. 31, S. 373-385.
- 4 Paul Levi gehörte während des Krieges zur linken Opposition in der SPD und zählte zu den Gründern der KPD. Nach der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht sowie von Leo Jogiches (April 1919) wurde er Parteiführer. Seine Politik hatte großen Anteil an der Vereinigung der KPD mit der starken USPD-Linken und damit an der Entwicklung der KPD zur Massenpartei, der größten der KI außerhalb Rußlands. Im April 1921 wurde er aus der KPD ausgeschlossen und kehrte 1922 in die SPD zurück. Er gab von 1924 bis 1928 die Korrespondenz *SPW* heraus, war der führende Kopf der Parteilinken und von 1920 bis zu seinem Tod 1930 Reichstagsabgeordneter.

- 5 Lenin griff auf dem III. Weltkongreß der KI Mitte 1921 die italienische Delegation an: »Wenn man aber aus dem Kampf gegen die Rechten einen Sport macht, wie Terracini es tut, dann müssen wir sagen: 'Schluß damit!'« (LW 32, S. 494) Auch die KPI vertrat die sogenannte »Offensivtheorie«, mit der die deutsche KP ihren mitteleuropäischen Aufstand vom März 1921 rechtfertigte, der mit einer schweren Niederlage endete. Diese sogenannte »März-Aktion« hatte Paul Levi »als das charakterisiert, was er ist: der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte.« (Levi 1921, S. 74)
- 6 Die Mitgliederzahl war in zwei Jahren von 40000 auf etwa 5000 im Frühjahr 1923 zurückgegangen (vgl. *PN*, introduction, liii f.).
- 7 Vgl. Z 1980, S. 144 — Obwohl Gramsci die gedruckte Wiedergabe seiner Rede vor der politischen Kommission des PCI am Vorabend des Parteitags, der vom 21. bis 27.1.1926 in Lyon stattfand, als »ziemlich schlecht« (vgl. *Briefe*, 189) qualifizierte, dürfte dies den Wert der Quelle in dem hier interessierenden Punkt nicht berühren.
- 8 R, S. 347 — Riechers und deutsche Gramsci-Übersetzungen nach ihm benutzen für »società civile« den Ausdruck »bürgerliche Gesellschaft«. Der Unterschied von Privatmann und Staatsbürger, im Italienischen klar artikuliert in »società borghese« und »società civile«, muß im Deutschen erst umständlich umschrieben werden. Wolfgang F. Haug (Haug, Ms.) behandelt ausführlich die theoretischen Aspekte dieser Übersetzungsprobleme. Ich gebe hier und im folgenden 'società civile' (bei Gramsci auch im Unterschied zu »società politica« = Staat im engen Sinn gebraucht) mangels eines geeigneteren Begriffs mit »zivile Gesellschaft« wieder. In *Briefe* (1956) findet sich die Übersetzung »kulturelle Gesellschaft«.
- 9 Diskussion zwischen Detlev Albers, Frank Deppe und Wolfgang Fritz Haug auf der Westberliner *Volksuni* 1985.

Einführende Literatur

- Fiori, Giuseppe, 1979: Das Leben des Antonio Gramsci, Berlin/West: Rotbuch
- R: Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hg. und übers. von Christian Riechers, Frankfurt/Main 1967 (nur noch in Bibliotheken!)
- Z 1980: Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. von Guido Zamis, Leipzig
- Z 1987: Antonio Gramsci, Gedanken zur Kultur, hg. von Guido Zamis, Köln
- KWM 3: Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, Berlin/West 1985, Art. 'Hegemonie'(475-481) und 'Historischer Block'(486-489)

Sonstige benutzte Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1982: Die Bedeutung von Otto Bauer und Antonio Gramsci für die Diskussion der Eurolinken, in: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, Berlin/West, S. 25-33
- Albers, Detlev, 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus, Berlin/West
- Briefe: Antonio Gramsci, Briefe aus dem Kerker, Berlin/DDR 1956
- Sel 1921-26: Antonio Gramsci, Selections from Political Writings 1921-1926, London: Lawrence & Wishart 1978
- K: Antonio Gramsci, Marxismus und Literatur, hg. von Sabine Kebir, Hamburg 1983
- Haug, Wolfgang F., 1985: Strukturelle Hegemonie, in: Pluraler Marxismus, Bd. 1, Berlin/West, S. 158ff.
- Haug, Wolfgang F., Ms.: Gramsci und die Politik des Kulturellen, Manuskript (erscheint 1988 in: Pluraler Marxismus, Bd. 3, Berlin/West)
- Lenin, Wladimir I., Werke, Bde. 31 und 32, Berlin/DDR
- Levi, Paul, 1921: Unser Weg. Wider den Putschismus, in: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, hg. von Charlotte Beradt, Frankfurt/Wien 1969, S.44-94
- PN: Selections from the Prison Notebooks, London 1971
- Protokoll USPD-Parteitag 1920: Protokoll der Verhandlungen des a.o. Parteitags der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 17.10.1920 in Halle, Berlin
- SEL 1921-26: Selections from Political Writings 1921-1926, London 1978
- Togliatti, Palmiro, 1962: Die Bildung der führenden Gruppe der Italienischen Kommunistischen Partei in den Jahren 1923/1924, in: ders., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin/DDR, S. 17-42

Sowjetuniondebatte

Uli Schöler

Die Linke und der reale Sozialismus: Mehr Skepsis als Hoffnung

Bericht über eine Tagung der Zeitschrift »Sozialismus«
zum Thema »Erneuerung der sozialistischen Länder?«
am 25./26. Juli 1987 in Frankfurt/Main

Nicht nur organisatorische Unzulänglichkeiten machten es von vornherein schwer, mit dieser Tagung richtig warm zu werden. Wer gehofft hatte, daß der in manchen Bereichen mit atemberaubendem Tempo vor sich gehende Umgestaltungsprozeß insbesondere in der Sowjetunion eine nach vorn gerichtete Diskussion der Linken in Gang setzen würde, sah sich — zumindest am ersten Tag — getäuscht. Es überwogen akademische Debatten über abstrakte Begrifflichkeiten (Sozialismus, Übergangsgesellschaft) ohne rechten Bezug zur historischen und konkreten Entwicklung der sozialistischen Länder. Nahtlos wurde an fruchtlose Dispute Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre angeknüpft, als gelte es, alte SDS-Zeiten zum Leben zu erwecken.

Dabei hätten die einleitenden Thesen von *Theodor Bergmann* (Stuttgart) über das Thema »Auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie?« eine andere Richtung der Diskussion ermöglicht. Er unterstrich die Bedeutung eines neuen, offeneren (allerdings noch nicht völlig offenen) Dialogs zwischen Partei und Bevölkerung in der Sowjetunion und in China. Seine optimistische Sicht verschwieg dabei nicht die Schwierigkeiten und Widerstände. Widerstände erwartet er von der Planbürokratie, bei Teilen des Militärs und lokalen Machthabern. Objektive und subjektive Hindernisse in der Sowjetunion beständen in der Größe des Landes und der Bevölkerung, der Explosion der Erwartungen, der Erhöhung sozialer Normen sowie der Angst und Servilität der Menschen, die erst spürbare Ergebnisse sehen wollten. So bedeute der Reformprozeß ein langes Ringen zwischen Reformern und Konservativen. An seinem Ende erwartet Bergmann einen Kommunismus mit neuem, pluralistischem Gesicht, eine national und international veränderte marxistische Theorie, neue Formen sozialistischer Demokratie und eine Umbewertung der eigenen Geschichte, insbesondere der jeweiligen Rolle Bucharins, Trozki und Chruschtschows.

Heinz Brakemeyer (Frankfurt/Main) leitete — sicherlich ungewollt — die Diskussion in eine andere Richtung, indem er vorschlug, den Begriff der Übergangsgesellschaft neu zu thematisieren. Zwar sei die Sowjetunion seit Jahrzehnten ein stabiles System, sie sei aber dennoch weiterhin mit antagonistischen Momenten behaftet und stehe zwischen zwei Gesellschaftsformationen. Anhand der Erfahrungen in Ungarn mit der Einführung von Marktsteuerungselementen zeigte er die Widersprüchlichkeit

des Reformprozesses: Einerseits ergebe sich dadurch eine Tendenz gegen die bisherige Überbürokratisierung, andererseits wurden aber die ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst, sondern nur staatskapitalistische Tendenzen gefördert. Die enormen Preissteigerungen brächten jedoch eine Revitalisierung von Gewerkschaftsfunktionen mit sich, d.h. ein entscheidendes strategisches Gegengewicht, an dessen Unterstützung sich die westliche Linke messen lassen müsse. Entscheidendes Kriterium dafür, inwieweit man von sozialistischen Strukturen sprechen könne, sei, in welchem Maße Gebrauchswertproduktion als Zweck des Wirtschaftens feststellbar sei.

Die skeptische Sicht wurde durch den Chinaexperten *Ulrich Menzel* (Frankfurt/Main) verstärkt. Habe bis Mitte 1986 in China die Losung gelaute: Reform der politischen Strukturen, gelte seit Januar 1987 der Kampf wieder dem bürgerlichen Liberalismus. Es heiße auch nicht mehr: den Aufbau des Sozialismus vorantreiben, sondern nur noch: die vier Modernisierungen verwirklichen. Er sah drei Gründe für den chinesischen Reformkurs: (1) Es bestehe das Sozialismusparadoxon fort, daß der Weg zum Sozialismus entgegen der marxistischen Theorie nur in den unterentwickelten Ländern begonnen worden sei. (2) Lenin habe sich mit seiner Bestimmung des Imperialismus als letztem, verwesendem Stadium des Kapitalismus geirrt. (3) Der Kapitalismus entfalte gerade in Südostasien, d.h. vor der chinesischen Haustür, zur Zeit seine größte Dynamik. Wiederum drei Gründe seien es, die zur konservativen Wende vom Januar 1987 geführt hätten: die Unmöglichkeit, die geistige Beeinflussung durch die eingeführten kapitalistischen Mechanismen auszuschalten, das Abnehmen der Überlegenheit des sozialistischen China gegenüber Taiwan und die fortschreitende Infragestellung der führenden Rolle der Partei durch die Reformen. Die Reformgrenze existiere da, wo die Machtfrage der Bürokratie gestellt werde.

Ursula Schmiederer (Osnabrück) glaubte, daran anknüpfen zu können. Vieles sei auf die Sowjetunion übertragbar. Die Frage sei: Übergangsgesellschaft wohin? Sie drückte zwar ihre Begeisterung für Gorbatschow aus, meinte aber dennoch, es sei nichts ersichtlich, was darauf hindeute, daß dieser Übergang zum Sozialismus führe. Sie sehe nur Modernisierung eines Wachstumsmodells, das stromlinienförmiger gemacht werden solle. Den Sozialismusbegriff hingegen müsse man für eine wahre Produzentendemokratie, für einen »herrschaftsfreien Raum« reservieren. Das bestehende System in der Sowjetunion sei nur durch eine Revolution von unten reformierbar. Zur Zeit sehe sie nur einen Umbau von oben.

Mit diesem Statement waren die Markierungspunkte für eine weitgehend unhistorische, diffuse Diskussion gesetzt. Übergang ja, natürlich nicht zum Sozialismus, aber keiner weiß wohin. Positiv herauszuheben sind nur wenige Diskussionsbeiträge. *Klaus Segbers* (Bremen) verwies auf Chancen und Gefahren des Reformprozesses, dessen Ausgangspunkt kein diagnostiziertes Defizit an Sozialismus oder Demokratie gewesen sei, sondern wirtschaftliche Ineffektivität. Dennoch könnten sich daraus transzendierende Elemente entwickeln. *Joachim Bischoff* (SOST, Hamburg) hielt den Skeptikern entgegen, daß man in der Sowjetunion selbst erkannt habe, daß bloße Verfeinerungen des bisherigen Systems nicht mehr ausreichen würden, daß ein qualitativer Sprung nötig sei, d.h. ein Übergang zu einem dezentralen Modell der Wirtschaftslenkung, das

notwendigerweise mit einer Liberalisierung und der Absicherung von privaten und sozialen Rechten verbunden sei. Zu einer genaueren Bestimmung der mit diesem verschiedene Eigentumsformen aner kennenden Konzept verbundenen Probleme, insbesondere des Verhältnisses von zentralem Plan und dezentraler betrieblicher Autonomie, kam auch er nicht. Wie sehr die Diskussion ansonsten ins Akademisch-Unhistorische abglitt, merkte man immer dann, wenn als Kontrast die »Alten« erneut das Wort ergriffen. Neben Theodor Bergmann verteidigte *Nathan Steinberger* (Berlin/DDR), der unter Stalin für 23 Jahre nach Sibirien deportiert war, gerade angesichts seiner eigenen Erfahrungen den Erneuerungsprozeß als eine revolutionäre Umwälzung (Gorbatschow). Er erinnerte daran, daß das bürokratische Planungssystem keinen notwendigen Bestandteil des Sowjetsystems darstellt, sondern erst Ende der zwanziger Jahre entstanden ist.

Der zweite Teil des Programms, »Perestrojka: Die gesellschafts- und parteipolitischen Voraussetzungen des Umbaus der Wirtschaft«, wurde durch ein fundiertes und detailliertes Referat von *Hansgeorg Conert* (Bremen) eingeleitet. Er schilderte die verschiedenen Aspekte des ökonomischen Reformprogramms im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem von 1965 (bezüglich des Inhalts kann hier auf seine zahlreichen Aufsätze in *Sozialismus* verwiesen werden). Mit Recht betonte er, daß es nicht möglich ist, die eigenen soziokulturellen Vorstellungen auf die Sowjetunion zu übertragen, daß die eigene Vorstellung, wie Sozialismus aussehen sollte, kein Maßstab für eine Untersuchung der Sowjetunion sein könne. Seine Skepsis, die er nicht in Widerspruch zur Sympathie mit dem dortigen Prozeß sah, gründete in einer genaueren Untersuchung möglicher Widerstände bzw. von Mechanismen des Versickerns der Reformansätze.

Den Gegenpart in dieser Debatte übernahm — aus trotzkistischer Sicht — *Jakob Moneta* (Frankfurt/Main). Auch wenn die hier wiedergegebene Darstellung in der Kürze entstellend wirkt, so lassen sich seine Zentralthesen doch so zusammenfassen: Der ökonomische Reformprozeß findet nur von oben statt, d.h. die Bürokratie sucht nur ihre Privilegien zu sichern. Die Arbeiterklasse selbst ist nicht einbezogen, sie wird letztlich auch die Zeche zu bezahlen haben. Ohne eine Abschaffung der Privilegien der Bürokratie wird es keine wirkliche Veränderung geben.

Eine solche Mythologisierung des Drucks von unten wurde schon im dritten Block in Frage gestellt: »Revolution von oben / Revolution von unten — eine falsche Alternative?« Der ehemalige tschechische Reformkommunist *Zdenek Mlynar* (Wien) hielt mit diesem Titel das wohl eindrucksvollste Referat. Er wandte sich zunächst gegen alle die, die jahrelang darüber philosophiert hatten, daß das sowjetische System nicht entwicklungsfähig sei. Eine sozialistische Entwicklung sei — wie sich jetzt zeige — durchaus möglich. Im Gegensatz zu Moneta hielt er es für die optimale Variante, wenn der Umgestaltungsprozeß in den sozialistischen Ländern in einem lebendigen, widersprüchlichen Prozeß von oben *und* von unten getragen werde, d.h. für ihn gibt es keinen eindeutigen Gegensatz: hier revolutionäre Arbeiterklasse, dort verselbständigte konservative Bürokratie. Chancen für den Reformprozeß in der Sowjetunion sah er vor allem darin, daß sich bestimmte historische Parallelen zu allen bisher gescheiterten Versuchen in den kleineren Staaten gerade nicht ziehen lassen. Dort (d.h. in der DDR, in Polen,

Ungarn oder der CSSR) seien solche Versuche immer auch darauf gerichtet gewesen, mehr Unabhängigkeit zu erreichen, zu einem Punkt vor der gewaltsamen Sowjetisierung zurückzukehren. Daraus resultierten umgekehrt entsprechende Restaurationsängste. In der Sowjetunion gebe es aber niemanden, der zu der Zeit vor 1917 zurückwolle, allenfalls gebe es Überlegungen des Zurück zur Neuen Ökonomischen Politik der zwanziger Jahre.

Entsprechend seien zwar die Konzeptionen in den kleineren Ländern in sich geschlossen gewesen, dennoch bedeute die größere Offenheit, das Nichtgebundensein an ein Modell in der Sowjetunion eher eine Chance. Zunächst gehe es dort heute um eine qualitative Veränderung der Machtelite als einen wichtigen Schritt in Richtung Demokratie. Erst mit der Kultivierung der herrschenden Schicht, die lerne, sich selbst zu verwalten, könne auch die Gesellschaft demokratisiert werden. Der Beginn des Reformprozesses von oben birgt demnach für Mlynar durchaus positive Aspekte in sich. Für die westliche Linke empfahl er daher eine Haltung der kritischen Solidarität mit der neuen Entwicklung. Es müßten aber fortbestehende Isolationstendenzen aufgebrochen werden. Es sei ein Anachronismus, wenn man in der Sowjetunion Artikel von amerikanischen Senatoren lesen könne, aber nicht die westeuropäischer Linker.

Die anschließende *Diskussion* zeigte erneut die wesentlichen Differenzpunkte. Während Moneta die Einmischung der westlichen Linken forderte, plädierte Bergmann für den eigenen Weg zum Sozialismus, der mehr zur Unterstützung der Reformprozesse in der Sowjetunion beitrage. Conert zeigte, daß die starke Konzentration auf die Entwicklung einer kommunalen Infrastruktur mit der Erweiterung der Kompetenzen der örtlichen Räte eine Demokratisierungstendenz in sich trage, die über einen bloß instrumentellen Ansatz hinausgehe. Steinberger blieb bei seiner optimistischen Einschätzung, sah aber zugleich auch die Gefahr einer Neueta-blierung von Managerherrschaft (als Resultat der Autonomisierung der Betriebe). Dem könne man nur dadurch begegnen, daß die Kritiker nicht mehr von den Kritisierten abhängig bleiben, d.h. durch die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften — für ein SED-Mitglied erfreulich offene Worte. Zum Kontrast die Einschätzung von Schmiederer: Gorbatschow macht nur Stellvertretersozialismus, alles wird nur von oben inszeniert. Leute wie Bischoff betreiben nur Gorbatschow-Apologie, man fühle sich wie bei der DKP. Sie setzte dagegen: Wir müssen — »streng nach Marx« — »uns unseren eigenen Sozialismus ausdenken«.

Die Tagung hinterläßt widersprüchliche Gefühle. Die Linke steckt erst in den Anfängen einer Aufarbeitung der Reformentwicklung in den sozialistischen Ländern. Während die ältere Generation gebremsten Optimismus zeigt, überwiegt bei den akademischen Mittvierzigern, der ehemaligen APO-Generation, die reservierte Skepsis. Anstelle einer historisch-materialistischen Untersuchung der Entwicklung der sozialistischen Staaten werden abstrakte Sozialismusmodelle der Realität gegenübergestellt, wobei die Realität noch immer den Kürzeren gezogen hat. Es reicht nicht, die Erstarungsprozesse der Gesellschaften im real existierenden Sozialismus zu kritisieren, man muß auch die Bedingungen ihres Entstehens und ihrer Überwindung verstehen lernen.

Frauen

Waltraud Keller

»... erbitterte Herzen weicher machen«

Bericht von der Weltfrauenkonferenz in Moskau

»Vorwärts zum Jahr 2000 — ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichberechtigung, Entwicklung«, hieß das Motto der Weltfrauenkonferenz, die im Juni 1987 in Moskau stattfand. Nach Beendigung der UNO-Dekade für die Frau 1985 in Nairobi war die Einladung zu dieser Konferenz die erste Gelegenheit für ein weltweites Treffen der Frauen. Die internationale demokratische Frauenföderation (IDFF) und das Komitee der Sowjetfrauen hatten geladen und 2400 Frauen aus 154 Ländern und über 1000 Organisationen kamen. Aus der BRD nahmen über 80 Frauen aus verschiedenen Frauen- und Friedensinitiativen, aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und dem Deutschen Frauenrat teil. Ungewohnt einträchtig saßen Konservative neben Grünen, Sozialdemokratinnen neben Kommunistinnen.

Diese Vielfältigkeit der Standpunkte widerzuspiegeln und eine breite politische Beteiligung zu ermöglichen, lag in der Absicht der Veranstalterinnen. Sie verzichteten auf jegliche Beschlußfassung und gaben damit der Konferenz den Charakter eines Forums für einen offenen Meinungsaustausch. Zwangsläufig blieb dabei die Weiterentwicklung der Programmatik und Strategie der internationalen Frauenpolitik auf der Strecke. Dies gab Anlaß zur Enttäuschung.

Wirklich Überraschendes, Spannendes, Richtungweisendes hatte diese Konferenz nicht zu bieten — dafür interessante, vielfältige Eindrücke. Es wurde eine friedliche Konferenz, eine Demonstration der Frauen aus aller Welt für den Frieden in der Welt!

Dies bedeutete jedoch nicht, daß Streitfragen keine Chance gehabt hätten, an die Oberfläche zu geraten. Zu den angebotenen Themen »Frauen und Sozialismus«, »Neue Technologien« und »Umweltschutz« wurde zwischen Ost und West heftig kontrovers diskutiert.

Erster Höhepunkt der Konferenz war der mit Spannung erwartete Auftritt Michail Gorbatschows während der Eröffnungsveranstaltung. Neben den beeindruckenden Erläuterungen der Friedensbemühungen der Sowjetunion und den eingeleiteten Umgestaltungsmaßnahmen im Land nahm Gorbatschow auch Stellung zur sowjetischen Frauenpolitik.

Er erklärte, trotz erreichter rechtlicher Gleichstellung und ökonomischer Unabhängigkeit der Frau sei »nicht alles in Ordnung«. Die Unabhängigkeit sei vielmehr zu wenig »durch Erleichterung ihrer ureigenen Funktionen — jener der Mutter, der Ehe-

frau, der Erzieherin — begleitet gewesen«. Durch die aufgetretenen Unzulänglichkeiten im Dienstleistungsbereich und im Handel hätten sich diese Probleme noch verschärft.

Im Zuge der Umgestaltung sollen hierfür Lösungen gefunden werden. Gorbatschow setzt dabei auf die Initiative und Unterstützung der Frauen. So wurde im gesamten Land ein dichtes Netz von sogenannten Frauenräten gebildet. Überall sollen die Frauen selbst ihre Probleme und die ihrer Familien formulieren. Nach Gorbatschow sei das Ziel, »die Gesundung der Familie«, zu erreichen. Es gelte, die Frauen zu entlasten, damit sie »ihrer gewaltigen Verantwortung« für die Erziehung der heranwachsenden Generation im Sinne des Sozialismus gewachsen seien.

Folgerichtig ist für Gorbatschow das Engagement der Frauen für den Frieden »kein Wunder«. Denn den »Frauen, denen von Natur bestimmt ist, das Menschengeschlecht zu wahren und fortzusetzen«, obliegt eine »friedensstiftende Rolle«. Sie haben — sozusagen naturgemäß — »die Fähigkeit, Hitzköpfe zu kühlen, erbitterte Herzen weicher zu machen ...«

Wo die Natur so nutzbringend waltet, scheint man keine grundsätzlichen Veränderungen anzustreben. Von einem neuen Denken in der Frauenpolitik ist vorläufig also nichts zu spüren.

Dabei muß gesehen werden, die in der Rede Gorbatschows zum Ausdruck gebrachten Vorstellungen entsprechen sicherlich dem Bewußtsein der Mehrheit der Frauen in der Sowjetunion. Deshalb bieten die neu etablierten Frauenräte den Frauen zwar erweiterte Spielräume, können aber vorläufig nicht über die traditionelle Rollenverteilung hinausweisen. Die ungebrochene weibliche Identität als Mutter und Familienfrau erscheint um so erstaunlicher, als die sowjetischen Frauen ein enormes Arbeitspensum zu bewältigen haben. Neben ihrer Berufstätigkeit haben sie die Familie zu versorgen bei niedrigem Automatisierungsgrad der Hausarbeit und erheblichen, zeitraubenden Schwierigkeiten beim Besorgen des alltäglichen Familienbedarfs. Daneben waren Ressentiments gegen die öffentliche Erziehung und Schuldgefühle gegenüber den Kindern zu spüren. Von Ehemännern und Vätern war kaum die Rede. Deren Bilder blieben merkwürdig unsichtbar.

Herausragendes Thema der Konferenz jedoch und gleichzeitig unumstritten war die Friedens- und Abrüstungspolitik. Wenn auch im offiziellen Rahmenprogramm mitunter peinlich rührselig abgehandelt, hinterließen doch die nüchtern-sachlichen Diskussionsbeiträge in den Kommissionen einen tiefen Eindruck von der existentiellen Notwendigkeit der Abrüstungspolitik. Bedrückend lebendig wurde hier das Leid der Frauen in der sogenannten Dritten Welt. Beklemmend, wieder neu zu erfahren, wie verhängnisvoll sich für jene die Tatsache auswirkt, daß die vorhandenen wissenschaftlich-technischen Potenzen nicht im Interesse der Mehrheit der Weltbevölkerung eingesetzt werden, sondern sich im Gegenteil in einem unheimlichen, zerstörerischen Ausmaß zunehmend gegen diese wendet.

Den Frauen der »Dritten Welt« fehlen in jeweils verschiedener Weise grundlegende Voraussetzungen zur Durchsetzung eines abgesicherten, unabhängigen Frauenlebens. Unterernährung, Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, Rechtlosigkeit waren die Stich-

punkte der eindringlich vorgetragenen Berichte. — Die erhobenen Forderungen drängen auf die Lösung der Frage der Auslandsschulden, die Schaffung einer neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung und auf die Durchsetzung der in Nairobi 1985 beschlossenen vorausschauenden Strategien zur Verbesserung der Lage der Frauen aus der »Dritten Welt«. Ein Vorschlag von Karin Roth, Gewerkschafterin aus der BRD, zielte auf die Verwendung der durch einen zehnprozentigen Rüstungsabbau freiwerdenden Gelder. Danach könnte ein Teil dieser Mittel in einen besonderen Fond bei der UNO fließen, mit dessen Hilfe ausschließlich Projekte zugunsten von Frauen finanziert werden könnten.

Seltsam neu stellte sich plötzlich die Einordnung unseres bundesrepublikanischen Kampfes um Frauenemanzipation auf dem Hintergrund der so konkret erfahrbaren weltpolitischen Konstellation. Merkwürdig, wie sich auf einmal die Maßstäbe verschoben und die eigenen Probleme und Schwierigkeiten vergleichsweise gering erschienen. Daneben stand, wieder neu entdeckt, die Freude über die Vielfältigkeit, den Reichtum und die Differenziertheit unserer Frauenbewegung — im Lichte etwa der Diskussionen mit den Frauen aus den sozialistischen Ländern. Mit einem Male wurde evident, in welchem umfassend ökonomisch-kulturellem Sinne, wir davon profitieren, in unserem Teil der Erde zu leben und auf der Basis eines Lebens im relativen Überfluß Ansprüche zu entwickeln und einzufordern.

Jungsozialisten

Michael Mohri und Carmen Rudolph

Hattingen ist nur der Anfang!

Konferenz der Jusos Westliches Westfalen zur Stahlkrise
am 30. Mai 1987

Hattingen war nicht ohne Grund als Tagungsort dieser gemeinsamen Konferenz von Juso-Bezirk, Stadtverband Hattingen und Unterbezirk Ennepe-Ruhr ausgewählt worden. Denn auf Grund der dort geplanten Vernichtung von 2900 Arbeitsplätzen auf der Henrichshütte droht dieser Stadt eine Arbeitslosenquote von über 30 Prozent und damit der ökonomische und finanzielle Kollaps.

Wie wurden auf der Konferenz die Ursachen der krisenhaften Entwicklung beurteilt? *Michael Guggemos* (Juso-Bundesvorsitzender) machte für die Zuspitzung der Stahlkrise ein Zusammenfallen von Überakkumulation und Unterkonsumtion verantwortlich. *Wilfried Niggemeier* (IGM Hattingen) führte zu den strukturellen Krisenmomenten aus, daß der Rückgang der Stahlnachfrage in den letzten 16 Jahren durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr betragen habe. Demgegenüber nehme die Zahl der Beschäftigten mehr als dreimal so schnell — nämlich mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 3,8 Prozent — ab. Hinzu komme, daß sich der Arbeitsplatzabbau in den achtziger Jahren noch beschleunigt habe, während sich der Rückgang des Stahlverbrauches verlangsamt. Verantwortlich dafür seien Rationalisierungsstrategien der Stahlkonzerne. Da innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen weitgehend ausgeschöpft seien, verfolgten die Konzerne nun eine Strategie der Standortoptimierung mit dem Resultat, daß ganze Standorte wie Hattingen und Oberhausen aufgegeben werden sollen.

Auffällig dabei sei, daß die daraus folgende regionale Armut mit einem Reichtum der Stahlunternehmen einhergehe, wenn von Arbed und Klöckner einmal abgesehen werde. So erwirtschaftete Thyssen im Jahr 1985 einen Bruttogewinn von 760 Mio. DM, im Stahlbereich von 233 Mio. DM.

Kurt Wand (GEWOS-Institut, Hamburg) wies darauf hin, daß die Ursache für die Entwicklung im Ruhrgebiet zwar hauptsächlich in der Krise der Montanindustrien zu suchen sei, dies aber nicht den Blick auf andere Sektoren versperren dürfe. Denn während der Maschinenbau und die Elektroindustrie im Bundesgebiet prosperieren, schrumpfen diese Branchen im Ruhrgebiet bzw. ist das Wachstum im Vergleich zum Bundesgebiet hier nur unterdurchschnittlich. Dies habe seine Ursache darin, daß die Innovations- und Diversifizierungsstrategie der Ruhrgebietskonzerne darauf ausgerichtet sei, diese Ziele über Aufkäufe von Unternehmen außerhalb des Ruhrgebiets und

im Ausland zu realisieren. Dadurch gebe es auch kaum Möglichkeiten der innerbetrieblichen Umsetzung.

Allerdings habe das Ruhrgebiet auch spezifische Stärken, die wirtschaftspolitisch genutzt werden müßten. So habe das Ruhrgebiet ein besonderes Profil in der Umwelttechnik und im industriellen Anlagenbau. Ein Drittel der namhaften Anlagenbauunternehmen sei im Ruhrgebiet angesiedelt.

Demgegenüber verfügt die Landes-SPD über keine auch nur halbwegs präzise Krisenanalyse. Die derzeitige Zuspitzung der Krisenentwicklung wird mit Wettbewerbsverzerrungen auf Grund der Subventionierung der Stahlkonzerne in anderen EG-Ländern erklärt — eine Entwicklung, die nicht geleugnet werden kann, aber, wie die Liquiditätslage der BRD-Stahlkonzerne zeigt, nicht ursächlich ist.

In der Konsequenz bleibt die Politik der SPD-Landesregierung marktwirtschaftlichem Denken verhaftet: so vertritt *Loke Mernitzka* (Stahlpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) die Auffassung, daß de facto kein Weg an einer Kapazitätsreduzierung vorbeigehe. Daß dadurch, so *Ulrike Bonenkamp* (Meo-Gruppe), Produktionskapazitäten vernichtet werden, die für ein qualitatives Wachstum dringend benötigt würden, wird dabei ausgeblendet.

Letztlich wird auf die Verantwortung der EG-Kommission, der Bundesregierung und der Konzerne verwiesen. Im Ergebnis führt dies zu einem stahlpolitischen Attentismus der NRW-Landesregierung. Zugegeben: die Kompetenzen der EG-Kommission sind weitgehend und die Finanzlage Nordrhein-Westfalens ist prekär. Die Kritik brachte *Otto König* (1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Hattingen) auf den Punkt: Wenn die Landesregierung wirklich keine ausreichenden institutionellen Handlungsmöglichkeiten habe, warum stelle sie sich dann nicht an die Spitze des Kampfes der Stahlarbeiter, um den politischen Druck zu verstärken?

Die Landesregierung vertritt — wenn es auch nicht deutlich ausgesprochen wird — die Auffassung, daß NRW den Strukturwandel »mitmachen« muß, wobei implizit zugestanden wird, daß dieser im Kern über Marktprozesse und nicht politisch gesteuert werden soll. Hier wird Raus Konzeption einer »zweiten Gründerwelle« erkennbar, welche ausreichend Ersatzarbeitsplätze bereitstellen soll, damit, so *Andreas Schlieper* (NRW-Wirtschaftsministerium), »kein Arbeitnehmer aus den Stahlunternehmen tatsächlich von Arbeitslosigkeit bedroht wird«. Dieser Prozeß soll über marktkonforme staatliche Anreize, eine Modernisierung der Infrastruktur sowie den Ausbau von Forschungs- und Beratungskapazitäten in Gang gesetzt werden.

Mathias Machnig (Juso-Bezirksvorstand) bezeichnete dies als Biedenkopf-Plus-Konzept und kritisierte, daß die Landesregierung lediglich das Konzept fortschreibe, welches in der Vergangenheit eine Verschärfung der krisenhaften Entwicklung nicht habe aufhalten können. Er forderte, daß die Subventionen des Landes gebündelt und mit Beschäftigungsaufgaben versehen werden müßten.

Welche Lösungsansätze im Sinne einer alternativen Entwicklungslogik wurden auf der Konferenz diskutiert? Wand formulierte die Ansprüche an eine struktur- und beschäftigungspolitische Strategie für die Montanregionen: sie müsse zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und der angeschlagenen industriellen Basis wieder eine Zu-

kunftperspektive eröffnen. Dies sei jedoch nicht möglich, ohne die Abbaupläne der Konzerne erheblich zu reduzieren und zeitlich zu strecken. Denn der anvisierte Abbau von 100000 Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet binnen weniger Jahre könne nicht entfernt durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ausgeglichen werden, wo und wie sie auch immer entstehen sollten.

König erläuterte die Vorstellungen der IG Metall zur sozialen Neuordnung der Stahlindustrie, welche sich an zwei Zielen orientiere: zum einen an der Einkommens- und Beschäftigungssicherung der Arbeitnehmer in der Stahlindustrie, zum anderen an der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und einer sozial- und umweltverträglichen Umstrukturierung der Stahlregionen. Dazu sollen — nach Ausschöpfung aller Begrenzungs- und Streckungsmöglichkeiten des Kapazitätsabbaus — Beschäftigungsgesellschaften als Tochtergesellschaften der jeweiligen Konzerne gegründet werden. Finanziert werden sollen diese von den Konzernen selbst sowie über staatliche Zuschüsse. Dabei müßten über sogenannte Entwicklungsgesellschaften die öffentlichen Einflußmöglichkeiten erweitert und mit der regionalen Strukturpolitik verzahnt werden. Notwendig sei dabei auch die Verankerung einer erweiterten Mitbestimmung, welche eine Beteiligung an der Entwicklung neuer Produkte einschließen müsse. Im Kern gehe es darum, die Konkurrenz der Konzerne durch einen produktiven Wettbewerb um die soziale Gestaltung der Zukunft zu ersetzen. Die Aufgaben der Beschäftigungsgesellschaften sollen dementsprechend im Ausbau bestehender und im Aufbau neuer Produktlinien innerhalb der Konzerne, in der Durchführung beschäftigungsrelevanter Projekte von gesellschaftlichem Interesse wie der Aufbereitung industrieller Brachflächen, der Beratung anderer Unternehmen in der Region im Hinblick auf Beschäftigungs- und Produktionserweiterungen sowie der Vermittlung zusätzlicher, auf den zukünftigen Arbeitsplatz bezogener Qualifikation bestehen. Diese Forderung, so König weiter, stünde keineswegs in Gegensatz zur Vergesellschaftungs- und Demokratisierungsperspektive. Die dabei zum Ausdruck kommenden sozialen Prinzipien — konkret das Prinzip des Vorrangs langfristiger Beschäftigung vor kurzfristigem Profit und das Prinzip des Vorrangs gesellschaftlicher Solidarität vor privatwirtschaftlicher Konkurrenz — könnten durch die Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften bereits eingeleitet werden. Niggemeier wies darauf hin, daß außerdem tarifpolitische Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden: vorrangig sei dabei die Forderung nach der 35-Stunden-Woche; der Tarifvertrag für die Eisen- und Stahlindustrie laufe nämlich erst im Herbst aus und stände dann zur Verhandlung an. Denkbar wäre auch die Aufnahme von Verhandlungen über Rationalisierungsschutzabkommen.

Guggemos stimmte den Vorstellungen der IG Metall zu und betonte zugleich die Notwendigkeit eines Zukunftsinvestitionsprogramms für das Ruhrgebiet mit einem Volumen von 50 Mrd. DM und einer zehnjährigen Laufzeit. Machnig wies auf die flankierende Wirkung eines solchen Programms auch für eine innovationsorientierte Strukturpolitik hin. Um dauerhafte Erfolge zu sichern, müsse ein Anti-Krisen-Programm für das Ruhrgebiet mit einer sozial- und regionalorientierten Innovationsstrategie sowie einer zukunftsorientierten Qualifikationsstrategie gekoppelt werden. Dabei müsse an den Bedarfsfeldern Umwelt und Energie angesetzt werden. Das Ruhrgebiet

sei ein klassisches Anwendungsfeld für Umweltschutzinvestitionen. Diese seien auch dringend notwendig, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen deutlich zu verbessern. Außerdem ließen die regionalen Fertigungszusammenhänge auf Grund der regionalen Konzentration von Anlagenbau-Unternehmen einen hohen Selbstfinanzierungseffekt erwarten.

Wand wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bereiche Energie- und Umwelttechnik prosperierende überregionale Märkte seien, das Umsatzplus habe im Jahr 1986 30 Prozent betragen. Zwar sei Umweltschutz keine Wunderwaffe, aber hier bestünde ein wichtiger Ansatzpunkt für eine alternative wirtschaftspolitische Strategie. Entsprechende Nachfrage könne nicht nur über staatliche Investitionen, sondern auch über gesetzliche Auflagen induziert werden.

Unter den gegenwärtigen politischen Mehrheitsverhältnissen stellt sich verstärkt die Frage der Durchsetzungsperspektive; einer regionalen Mobilisierung kommt zentrale Bedeutung zu.

Jörg Bregar (Jugendinitiative Hattingen) betonte die Notwendigkeit der Einbeziehung der gesamten Belegschaft und der gesamten Bevölkerung. Dies sei in Hattingen zweifellos gelungen. Bregar führte dies auf zwei Elemente zurück: die Errichtung eines Bürgerkomitees als vereinheitlichendes Element und die Errichtung gruppenspezifischer Initiativen (Frauen, Jugendliche), damit sich spezifische Betroffenheit artikulieren könne. Weil sich in Hattingen auch für die sogenannten Mittelschichten die Existenzfrage stelle, sei die Einbeziehung auch dieser Schichten in ein Bündnis möglich.

Angesichts der Härte und der — für die Brechung konservativer Hegemonie — eminent wichtigen Bedeutung dieser Auseinandersetzungen reiche eine Mobilisierung vor Ort nicht mehr aus. Wirkliche Erfolge seien erst durch eine ruhrgebietsweite Mobilisierung und die Solidarität aller Stahlstandorte möglich. Dies sei mit einer ruhrgebietsweiten Jugenddemonstration in ersten Ansätzen auch gelungen. *Vera Henkel* (Fraueninitiative Hattingen) wies darauf hin, daß es im Frauenbereich ebenfalls gut ausgebaute Kontakte zwischen den verschiedenen Stahlstandorten gebe. Angesichts der erkennbaren Zuspitzung der Situation im Ruhrkohlebergbau, so Bregar weiter, müsse ernsthaft über eine gemeinsame Aktionsperspektive von IGM und IGBE diskutiert werden.

Karsten Rudolph (Juso-Bezirksvorsitzender) wies darauf hin, daß es ein Novum im Verlauf der gegenwärtigen Stahl-Auseinandersetzungen sei, Betriebsräte und Funktionäre der IG Metall, Landespolitiker, kritische Wissenschaftler und Mitglieder aus Jugendorganisationen zusammengebracht zu haben, um gemeinsam über Wege aus der Krise zu diskutieren. Deutlich wurde auch, daß die konzeptionellen Vorschläge der westlich-westfälischen Jungsozialisten einen gelungenen Beitrag zur regionalen Konkretisierung eines Anti-Krisen-Programms darstellen.

Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Reader zusammengestellt, welcher von den Jungsozialisten Westliches Westfalen, Brüderweg 10-12, 4600 Dortmund 1, bezogen werden kann.

Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.)

**Über Irsee hinaus!
Zur Kritik
am Programmmentwurf
der SPD**



spw

Kultur

Ursula Vogel

»Erzählen ist Sinngaben«

Zu Christa Wolfs »Störfall«*

Christa Wolf formuliert im Vorwort ihrer Poetikvorlesungen, wie scharf sie als Autorin die Spannung empfindet »zwischen den Formen, in denen wir uns verabredungsgemäß bewegen und dem lebendigen Material ... das sich diesen Formen nicht fügen (will)«. In ihrer neuesten Erzählung, »Störfall. Nachrichten eines Tages«, versucht sie eine neue Form, die dem »lebendigen Material« (hier die todbringende Reaktorkatastrophe) angemessen ist. Ihre und unsere Grunderfahrung ist jenes Erschrecken über die Wirklichkeit, die als Prozeß reflektiert wird, dem wir unterliegen und zugleich selbst mit hervorbringen.

Die besondere Art der Erzählweise soll Denk-Muster transportieren bzw. selbstverständlich erscheinenden Mustern unseres Denkens ihre Selbstverständlichkeit nehmen. Und das ist *eine* Absicht der Autorin Christa Wolf, die ihre Erzählerin so ganz unverstellt und authentisch von Gefühlen, Ängsten und ihren Reaktionen auf sie berichten läßt. Dabei ist die Erzählung, so ganz dem Gestus von Unmittelbarkeit verhaftet, dem scheinbar keine ausgefeilte Konstruktion zugrundeliegt, ein gelungenes Stück Literatur. Der Text besteht aus einem kunstvollen Verweisungssystem, das auf die »hinter der Geschichte« liegenden Bedeutungszusammenhänge anspielt, sie hervortreten läßt (>die wahre, geheime Schrift, die hinter dem ursprünglichen Text hervortritt«).

Die zentrale Opposition im Text, die mit *dem* Widerspruch der unsere Wirklichkeit prägt, korrespondiert, besteht in der unterschiedlichen Wirkungsweise des technischen Fortschritts: Der Bruder der Erzählerin muß sich einer komplizierten Gehirnoperation unterziehen lassen. Ihm, der auf dem Operationstisch liegt und nur mittels modernster Technik geheilt werden kann, gelten Ansprache und Reflektionen über die Katastrophe von Tschernobyl und die damit gemachten Erfahrungen existentieller Ängste, die Folgen des ungebremsen technischen Fortschritts sind. Diesen Ängsten geht sie nach: Die Erzählerin will nichts geringeres leisten als eine Analyse jener Verhältnisse, die zu einem Einschnitt führten, der fortan durch ein Vorher und Nachher zu benennen ist.

Als ähnlich bedeutungsvoller Einschnitt, sowohl in der privaten Biographie als auch in unser aller Kultur, erscheint ihr Faschismus und Krieg. Eine Familie, die Erinnerung an das Unglück und Leid jener Zeit mit dem Ort der aktuellen Wahrnehmung der Erzählerin verbindet, besuchte Haus und Garten, nicht ohne ihr detailliert Auskunft zu geben über vergangene Ereignisse. Der Unwillen, mit dem sie auf diese Berichte reagiert, korrespondiert auffällig mit jener Abwehr, mit der die Nachbarn und Dorfbewohner den Reaktorunfall aufnehmen: Die Leute kaufen alle ihre »Milch wie eh und

* Christa Wolf: Störfall. Nachrichten eines Tages. Luchterhand Verlag, Neuwied 1987, 9,80 DM

je, man wisse ja nichts anders«, und »unsereins könne ja sowieso nichts dagegen tun«. Das wird keineswegs denunziatorisch, sondern quasi kommentarlos zitiert, um an anderer Stelle ganz explizit die eigene Mitverantwortung zu benennen. Die Mitverantwortung, die sich ergibt aus dem Wissen um die Gefahren und unserer — nach der nicht so überraschend eingetretenen Reaktorkatastrophe — »finsternen Schadenfreude«. Diese Mitverantwortung, so wird uns zwischen den Zeilen mitgeteilt, darf keinesfalls in »unseren blinden Fleck«, in »jenen Krater in uns, der sich als Endlagerungsstätte für radioaktive Gefühle frühzeitig genug gebildet hat«, abgedrängt werden. Damit erfährt man/frau etwas Grundsätzliches über die Notwendigkeit von Schreiben, von Literatur: Sie »ist auch dazu da, die blinden Flecken zu verkleinern, sie aufzuhellen«. So Christa Wolf in einem Interview aus dem Jahr 1984. Diese Lücke in der Wahrnehmung ist es, die verhindert, »die Fragen zu formulieren, die ... zu radikalen Antworten führen könnten«. Ohne diese Fragen ist keine Utopie mehr möglich. Diese Fragen zuzulassen, »der eigenen Wahrheit ohne Angst ins Gesicht zu sehen«, hieße »die Bedrohung nicht dem äußeren Feind aufzubürden.« Also unsere eigene Zuständigkeit und Mitverantwortung zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Christa Wolf läßt ihre Erzählerin vom gewohnten, in den Poetikvorlesungen noch als »gut« erlebten Alltag berichten. Hier wirkt er jedoch alles andere als banal: Pflanzen und Unkrautjäten geraten vor der ständig reflektierten Katastrophe zu höchst symbolgeladenen Tätigkeiten. — Pflanzen, gemeinhin mit der lebenspendenden »weiblichen« Natur verbunden, verlieren solche Bedeutungsgehalte. Sie werden geradezu unheimlich: Aussehen tun sie zart wie immer, doch scheint es ratsam, sie auf Grund ihrer radioaktiven Belastung zu meiden bzw. nur mit Gummihandschuhen zu berühren. Beschäftigt mit Gartenarbeit, das Aufgehen und Wachsen der Saat bedenkend, fragt die Erzählerin nach den Persönlichkeitsstrukturen junger Wissenschaftler, die »jene Arten von Technik, deren höllische Gefährlichkeit in ihrem Wesen liegt«, betreiben. »Eine Liste derjenigen Tätigkeiten ... die jene Männer der Wissenschaft und Technik ... nicht kennen«, soll Aufschluß darüber geben: Heraus kommen lauter weibliche Tätigkeiten: von der Kinderpflege über's Geschirr abwaschen bis zum Staubsagen sind alle, klichegemäß weiblichen Tätigkeiten versammelt.

Diese Überlegungen veranlaßten die *Konkret*-Rezensentin (*Konkret* 5/87, S.6f.) zu polemischen und ausfallenden Bemerkungen. Sie reduzierte Christa Wolfs Text auf »wabernde Metaphysik« und denunziert ihn als »geistigen Folgeschaden«. Hier muß man/frau sich fragen, ob die Autorin den »Störfall« nicht aufmerksam genug lesen wollte oder konnte! Christa Wolfs Erzählerin macht keinen Hehl aus der Vagheit ihres Gedankenexperiments, sie nimmt es in einem kurzen, aber zentralen Nachsatz geradezu zurück, indem sie sich fragt, wieviele der Tätigkeiten sie selbst als Zeitverschwendung ansehe. Hier wird ihr, und damit den Lesern und Leserinnen klar, daß dies nicht der richtige Weg ist, rücksichtslose Technikbegeisterung und verhängnisvolle Forscherleidenschaft zu erklären.

Interessanter, wenn auch nicht völlig überzeugend, scheint hier die eigenwillig adaptierte Freud-These, nach der kulturelle und zivilisatorische Leistung erst über Kompensation der Triebe möglich wird. Bei Christa Wolf klingt das so: »Die ganze atemlos

expandierende technische Schöpfung Ersatz für Liebe.« Rücksichtslose Forscherleidenschaft — nichts als Ersatzbefriedigung? Diese Überlegung wird uns als eine *mögliche* angeboten. Im unmittelbar darauf folgenden Abschnitt erfährt die Erzählerin, daß es keine neuen Nachrichten von ihrem Bruder gibt. Die Operation dauere an. Dieser Hinweis, in Zusammenhang mit den vorher gemachten Überlegungen soll die Unentschiedenheit, die Vorläufigkeit solcher gedanklichen Konstruktionen betonen.

Christa Wolf hat eine Erzählerin geschaffen, die alles andere als geradlinig, die keiner eindeutig zu umreißenden Position verhaftet ist. Eine Episode, in der eine andere Rezensentin das »Aufblitzen von spontanem, emotional echtem Verhalten« (Gabriele Junginger, Schreiben nach Tschernobyl, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 6/87, S.570f.) sieht, scheint mir eher die Gebrochenheit, die auch darin liegt, mit einem solchen Gestus fünf Monate nach dem Ereignis zu schreiben, aufzuzeigen: Nach schmerzhaften und frustrierenden Überlegungen läßt Christa Wolf ihre Erzählerin eine ihr liebgewordene Keramiktasse nach kurzem Zögern in den Schrank stellen, um statt dessen ein Salatbesteck aus Holz mit aller Kraft in die Ecke zu schleudern. Gleichsam zeichenhaft für die scheinbare Spontaneität und Authentizität, mit der berichtet wird, erscheint diese Episode der Zerstörung, nicht der Keramiktasse, sondern des (hölzernen) Salatbesteckes. Dieses Spaltungssymptom deutet auf Spaltungen unterschiedlichster Provenienz hin: Christa Wolf meint sich und ihre Arbeit am Text, sie führt ihre Erzählerin als uneinheitlich und gebrochen in ihrem Denken und Fühlen vor. Eine gewisse, wohltuende Ironie läßt keine Betulichkeit zu. Die Tatsache von regional unterschiedlicher Strahlenbelastung stellt einen »Beweis (dar), daß man auch kurzfristige Trennungen heutzutage tunlichst vermeiden soll.« Die Sicht auf die disparate Wirklichkeit kann auch nur in widersprüchlicher Weise erfolgen. Eine Zusammenschau der Dinge, die unsere Wirklichkeit ausmachen, die Suche nach ihren Ursachen und Wurzeln, nach möglichen Entwicklungstendenzen, versucht Christa Wolf mit der Sprache des Mythos zu leisten. Die Mythen, die die Welt erklärten, »Totalität der Welt« (Hegel) schufen, sollen auch für uns Erklärungsmuster liefern: So liest die Erzählerin vom Turmbau zu Babel, der zu allgemeiner Sprachverwirrung und infolgedessen zu Handlungsunfähigkeit führte. Wieder wird ein zentrales Problem der Autorin deutlich. Wie ist es angesichts unserer Wirklichkeit möglich, *Veränderung* intendierend zu sprechen, zu schreiben? Christa Wolf läßt ihre Erzählerin und uns aber nicht völlig ratlos zurück. Über den *Sinn* von Tschernobyl (hier Symbol für unkontrollierte, rücksichtslose Wissenschaft und Forschung) mag jeder selbst nachdenken. Schließlich wird die Geschichte eines namhaften jungen Forschers erzählt, der aus Ehrgeiz und Ruhmsucht neue Zerstörungsmöglichkeiten entwickelt hat, und der, wie die Autorin berichtet, nach den zurückliegenden Ereignissen das Kernwaffenforschungszentrum Livermore verlassen hat. Es gibt also noch Perspektiven, Aussteigen ist möglich! — Die Reaktor-katastrophe in Tschernobyl war ein Augenblick in unserem Leben, »da die Frage, ob man anders denken kann, als man denkt, und anders wahrnehmen kann, als man sieht, zum Weiterschauen oder Weiterdenken unentbehrlich ist« (Foucault). Zum Weiterleben und *Weiterdenken* kann und sollte der »Störfall« mit seinen Fragen und Reflexionen eine richtungweisende Hilfe sein.

Reaktionen

Betrifft: »Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung« (spw 36)

Lieber Uwe Kremer, ich habe Deine »Eckpunkte der Strategiebildung« hoffnungsvoll zu lesen begonnen, mußte aber schnell erkennen, daß Du über gewisse Plattheiten und manchmal über den Stil »wir fordern ...« oder »vorwärts im Kampf ...« nicht wesentlich hinauskommst.

Auch wenn es in Deinen Ausführungen »nur darum gehen (kann), schlagwortartig einen Gedankengang darzulegen [ich frage mich ernsthaft, warum? Anm.d.Verf.], der in seinen einzelnen Bestandteilen die meisten Fragen offenläßt« (S.275), so hätte ich mir einige Konkretisierungen schon gewünscht.

Darüber hinaus hat mich Dein lebensfremder, bürokratisierter Schreibstil genervt, bei dem mir zuviel »gekämpft« und »gerungen« wird. Beim »Reifegrad der sozialen Bewegungen« (S.279) mußte ich unwillkürlich an Camembert denken. Ich hoffe, Du verzeihst diese kleine Spitze, aber sie zeigt meine Einstellung zu einer gewissen Funktionsprache von oben.

Ich möchte jetzt auf einige Punkte Deiner Strategiebildung eingehen, denen ich, soweit ich sie in ihrer Kürze überhaupt richtig interpretiert habe, einige Gedanken hinzufügen möchte.

Du sprichst von der Notwendigkeit, »das Konzept der gewerkschaftlichen und ... gewerkschaftlich orientierten Interessenvertretung zu vertiefen« (S.279). Also, mir leuchtet das nur teilweise ein. Zumindest hätte ich den kritischen Hinweis erwartet, daß eine Politik der Interessenvertretung in Form von Stellvertreterhandeln nicht ungefährlich ist.

Wie viele Funktionäre leiden einerseits unter mangelndem Interesse der Basis, beziehen aber andererseits ihre Bestätigung aus ihrer Unentbehrlichkeit als Stellvertreter! Der Schritt zur Erkenntnis, daß damit eine Entmündigung und Lähmung vieler Menschen einhergehen kann, die vielleicht selbst gerne eingreifen und sich einmischen würden, hat sich bis oben noch nicht herumgesprochen. Es wäre an der Zeit, solche Punkte mal ausführlich zu diskutieren. Im Augenblick kenne ich jedenfalls zu viele Jugendliche, die ein gespaltenes Verhältnis zu vielen »Parteifuzzis« haben, weil ihnen jeglicher Zugriff fehlt.

Da nützt auch ein »Jugendprojekt« nichts, wenn wir uns nicht alle miteinander ernsthaft Gedanken über Glaubwürdigkeit und Nähe/Distanz machen. Durch die Forderung nach einer Vertiefung der Interessenvertretung ist der gesellschaftlich/politische Trend zur Individualisierung nicht zu stoppen. Dazu gehört auch der Entwurf einer konkreten Utopie. Der Hinweis auf den zu entwickelnden Sozialismus muß eine Phrase

bleiben, die zwar radikal klingt, aber wenig Handlungsperspektive ermöglicht. Ohne zu wissen, wohin ich laufe, laufe ich nämlich meistens gar nicht los. Da fällt mir immer wieder der Mann ein, der vor einem vergifteten Fluß steht und sagt, daß die einzige Lösung dieser Frage ein sauberer Fluß sei. Zwar richtig, aber halt etwas platt, nicht wahr?

Zu Beginn Deiner Abhandlung schreibst Du, »daß die Linke an den entwickelten subjektiven Ansprüchen der Menschen ansetzt und sie in den sozialen Kämpfen radikalisiert« (S.275). Einen Menschen da abzuholen, wo er steht, finde ich schon mal richtig. Aber daß wir, die Linke, sie radikalisieren?

Wie geht denn das? Dein Anspruch ist ganz schön vermessen. Wir können die noch nicht »zur ewigen Wahrheit herangezuchteten höchstens begleiten, ihnen Informationen vermitteln, Anstöße geben und den Gang der Auseinandersetzungen beobachten und selbst ein Teil davon sein.

Zum einen ist dieses »Radikalisieren« ein frommer Wunsch, zum anderen glaube ich auch, darin einen verhängnisvollen Politikansatz zu erkennen. Vielleicht interpretiere ich Dich auch falsch und bin nur über Deine Wortwahl gestolpert.

Ein letzter Punkt. Du weißt hoffentlich, daß ein Hegemonieanspruch der Sozialdemokratie in Verbindung mit den Gewerkschaften als organisierendes Zentrum der gesamten Linken sehr problematisch ist. Erstens werden viele Linke aus bekannten und verständlichen Gründen gar nicht mitspielen, und zweitens frage ich mich, ob das Aufsaugen durch die SPD überhaupt wünschenswert ist. Zu viele Sozialdemokrat/inn/en wollen eben so manchen unabhängigen Linken domestizieren. Diese »Einverleibung« könnte nur durch eine einflußreiche und starke Linke in der SPD verhindert werden. Wo ist sie?

Ich möchte meine Anmerkungen aber nicht ohne eine Meinung zu den unterstützenswerten Punkten beenden. Der feministische Ansatz ist mehr als eine taktische Frage. Ebenso wichtig finde ich den Hinweis auf eine »neue« Aktions- und Bündnispolitik der organisierten Linken.

Wir müssen uns weiterhin Gedanken machen über neue Aneignungsformen der Symptome der wissenschaftlich-technischen Revolution. Ich kenne z.B. viele Grüne, die neue Informations- und Kommunikationstechniken als Geißel der Menschheit bezeichnen und sich damit der Chance berauben, diese »Ergebnisse« entweder für ihr Leben und ihr Arbeiten zu nutzen oder sich wenigstens Gedanken darüber zu machen, wie sie sinnvoll z.B. in den Produktionsprozeß einsetzbar sind.

Auf Grund der Unkonkretheit einiger Deiner Aussagen ist es leider nicht möglich, sie einer genaueren Diskussion zu unterziehen. Es fehlt das »Fleisch«, das Wie. Wenn also weitere Darlegungen Deiner Seite erfolgen, vergiß das Prinzip des Exemplarischen nicht.

Als weitere Eckpunkte der Strategiediskussion wünsche ich mir auch Aussagen zum Verhältnis Spontaneität — langfristige Strategie, Erfahrbarkeit — Einbindung in die »große« Politik, Rolle der Arbeiterbewegung — neue soziale Bewegungen und, last but not least, Aussagen zur Frage der Organisierung der Jusos. — Die Zeit drängt, packen wir's aus.

Günther Schmidt-Falck (Ansbach)

Fragen zur Strategiebildung. Antwort auf Uwe Kremer

Nicht nur die Programmdiskussion der Partei kommt erst schleppend in Gang. Ähnliche Anlaufschwierigkeiten scheint es bei der beschlossenen Strategiediskussion der Jungsozialisten zu geben. Es ist zu hoffen, daß der wichtige Anstoß, den Uwe Kremer mit den »Eckpunkten der Strategiebildung« (*spw* 36) vorgelegt hat, zu einem intensiven Diskussionsprozeß überleitet. Wichtig ist dieser Beitrag deshalb, weil er die richtigen Problemkomplexe in den Mittelpunkt stellt und sie mit einer neuen strategischen Perspektive zu verbinden sucht. Die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) bilden den Bezugsrahmen für eine Orientierung, die erstmalig neben den Anknüpfungspunkten der Interessenvertretung und einer aktionsorientierten Politik auch ein Anspruchskonzept integrieren will — auch ausgerichtet an Leitbildern wie Spontaneität, Erfahrbarkeit und Überschaubarkeit. Die Bedeutung dieser Neuorientierung kann nicht deutlich genug unterstrichen werden, und ein Leitsatz Kremers verdient nochmalige Hervorhebung:

»Die Verschränkung von gewerkschaftlicher und feministischer Orientierung ist eine strategische Schlüsselfrage, die sich in unserem *Jugendprojekt* theoretisch-praktisch niederschlägt.« (S.279)

Im Folgenden sollen allerdings die allgemeineren Fragen sozialistischer Strategiebildung im Vordergrund stehen. Hierbei stimme ich in der Zielrichtung von Uwe Kremer weitgehend überein, allerdings mit einem Unterschied: Da, wo Kremer schon *Eckpunkte* der Strategiebildung festmacht, gibt es bei mir z.Zt. noch mehr *Fragen* als schlüssige Antworten.

Wissenschaftlich-technische Revolution (WTR)

Kremers strategische Perspektive im Zusammenhang mit der WTR findet sich in folgendem Satz wieder:

»Eine *positive Utopie* läßt sich nur entwickeln, wenn die Linke die WTR und eine moderne Lebensweise auch in den geistigen Auseinandersetzungen für sich in Beschlag nimmt.« (S.277)

Abgesehen von dem zu schwammigen Begriff der »modernen« Lebensweise, ist dieser Ansatz insofern richtig, als sich politische Entwürfe nicht auf die Negation des Bestehenden beschränken dürfen, also Zukunftsperspektiven anbieten *müssen*. Genauso problematisch ist es allerdings, wenn angenommen wird, Technik sei prinzipiell sozial beherrschbar (so Steinkühler 1985, S.565). Natürlich ist das nicht Kremers Position. Er spricht von riskanten Technologien und von WTR-Risiken, die es durch Zwischenlösungen und Klassenkompromisse einzudämmen gilt.

Dennoch hat es den Anschein, daß sich seine strategische Perspektive weitgehend auf einen Blick nach vorn, in die Zukunft reduziert, ohne ihn noch auf die Gegenwart zu richten. D.h. die Risiken werden weder benannt und in ein strategisches Konzept eingegliedert, noch wird eine genaue Etappenbestimmung vorgenommen, an welchem Punkt dieser Entwicklung wir stehen, inwieweit wir uns also bereits in einer Phase befinden, in der es um die Nutzung der »zunehmenden Entwicklungsmöglichkeiten für menschenwürdige, umweltverträgliche und anspruchsvolle Arbeits- und Lebensper-

spektiven« (S.275) geht. Ist es nicht eher so, daß sich die Linke in der Bundesrepublik gerade in bezug auf die Technikentwicklung weiterhin in einer Defensivsituation befindet, in der es vorrangig um die Abwehr von Gefahrenmomenten geht?

Nun lautet eine schnelle Antwort darauf: Da wollen wir ja gerade raus. Aber so einfach ist das nicht, weil die Entscheidungsprozesse über Technikentwicklung auf absehbare Zeit weiter ohne relevante Einflußmöglichkeiten organisierter Arbeitnehmerinteressen ablaufen werden. Eine qualifizierte Mitbestimmungslösung ist auch mittelfristig nicht in Sicht.

Versuchen wir uns also zunächst, bevor wir zu Handlungsperspektiven kommen, noch einmal kurz über eine marxistische Sicht der Technikentwicklung zu verge-
wissern:

»In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Wir sehen, daß die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. (...) In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andre Menschen oder durch seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden. (...) All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheint darauf hinauszulaufen, daß sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen ...« (Marx 1856, S.3f.)

Die widersprüchliche Dialektik, die in der kapitalistischen Entwicklung von Technik steckt, wird anhand dieses Zitates sicher deutlich. Wird dieser Prozeß nun (von ökologischen Problemen einmal abgesehen) durch die WTR zumindest in bezug auf eine »Intellektualisierung der Lohnarbeit« (S.276) unterbrochen? Auch hier ist kein eindeutiges Ja möglich. In seinem Konzept fällt das unter den Tisch, was der Begriff der Zweidrittelgesellschaft zumindest auf der Beschreibungsebene richtig wiedergibt: das Ausgrenzen von minderqualifizierten, schlecht bezahlten und insbesondere sozial nicht abgesicherten Arbeitsverhältnissen sowie der wachsenden Zahl der Arbeitslosen. Die offene Frage lautet: Wie sieht das Konzept aus, das beide Bereiche der Lohnarbeit, d.h. die, die profitieren *und* die, die ausgegrenzt werden, miteinander verklammert?

Die gewerkschaftliche Diskussion in der Technikfrage um »ja, aber« bzw. »nein, wenn nicht«, die mehr ist als eine Frage unterschiedlicher Courage (so etwa beschönigend Hensche 1985, S.557), gibt genau dieses Konfliktpotential wieder. Solange es keine qualifizierte Mitbestimmung bereits bei der *Planung* der Einführung neuer Techniken im Betrieb oder Unternehmen gibt, besteht für innerbetriebliche Auseinandersetzungen jenseits eines »nein, wenn nicht« kein Handlungsspielraum, der weiter reicht als soziale Abfederung über Sozialpläne und ähnliches. Wie lautet die praktische gewerkschaftliche Antwort z.B. bei der Vernetzung eines Dienstleistungsbereiches, die notwendig das »Frei«setzen von zahlreichen bisherigen Schreibkräften zur Folge hat? Kremers strategischer Ansatz bietet dafür bisher keine Antwort.

Unsere Stellungnahme zur Technikentwicklung muß noch aus einem anderen Grunde differenzierter werden. Marx war noch davon ausgegangen, daß die Lösung des oben aufgezeigten Widerspruchs darin liege, daß »die neuen Kräfte der Gesellschaft ... neuer Menschen bedürfen, die ihrer Meister werden« (Marx 1856, S.4). Diese Antwort kann heute nicht mehr ausreichen. Zum einen wissen wir, daß die kapitalistische Pro-

duktivkraftentwicklung Formen der Produktion wie Produkte hervorgebracht hat, die so in einer neuen sozialistischen Gesellschaft nicht einfach übernommen werden können und dürfen (Albers/Peter 1986, S.162f.; Fetscher 1985, S.519). Andererseits weisen die mit der Technikentwicklung einhergehenden, sich weltweit abzeichnenden ökologischen Gefahrenpotentiale darauf hin, daß nicht auf den Sozialismus gewartet werden darf, um Lösungen durchzusetzen. Es gibt also Bereiche und nicht nur den ökologischen, in denen wir ein eindeutiges *Nein* zu bestimmten technischen Entwicklungen auszusprechen haben.

Neues Denken

Kremer stellt den in der Sowjetunion unter Gorbatschow entwickelten Begriff des »neuen Denkens« richtigerweise in einen Zusammenhang mit der WTR und der Feststellung neuartiger und zunehmender Verflechtungen und Zusammenhänge zwischen globalen und gesellschaftlichen Problemen, Gattungs-, Klassen- und Geschlechterfragen. Dennoch bleiben auch hier eine ganze Reihe von Fragen offen. In welcher Beziehung steht das Auftreten nationaler gesellschaftlicher Probleme zu globalen Problemen und entsprechenden Lösungsansätzen? Müssen wir nicht genauer definieren, was Klassen- und was Gattungsfragen sind, an welchem Punkt etwa aus den Klassenwidersprüchen entstehende Probleme in Gattungsprobleme umschlagen, die also auch *vor* der Klassenfrage gelöst werden müssen? Liegt wiederum die Geschlechterfrage quer zu den anderen Problemen, oder in welchem Verhältnis sonst steht sie dazu?

Im übrigen halte ich es für problematisch, den Begriff des neuen Denkens Übergangslos aus der sowjetischen Debatte auf unsere Strategiediskussion zu übertragen. Es entspricht nicht den realen politischen und ökonomischen Problemen der SU, wenn Kremer meint, daß sich dort — zwar unter gänzlich anderen Systembedingungen — die Probleme der WTR als vergleichbare Herausforderungen stellen (S.276). Er unterschätzt damit den tiefgreifenden Charakter der dortigen eigenen systembedingten Krise eines überzentralisierten Sozialismusmodells ohne entwickelte demokratische Strukturen, durch die eine Situation entstanden ist, in der man nicht nur den Kapitalismus nicht eingeholt und überholt hat, sondern auch in der technologischen Entwicklung katastrophal ins Hintertreffen geraten ist. Es geht also dort weniger darum, die mit der WTR einhergehenden Probleme zu bewältigen, als überhaupt den Anschluß an die WTR zu finden. In der Frage der Verknüpfung von gesellschaftlicher bzw. wirtschaftlicher Demokratie und ökonomischem Fortschritt, wie sie erstmalig von Gorbatschow thematisiert wird, ist nicht so sehr *neues Denken* angesagt, sondern bedürfte es einer Wiederankopplung an eine jahrzehntealte fortgeschrittene Diskussion zumindest der westeuropäischen marxistischen Linken. Indem wir unterschiedslos neues Denken propagieren, verwischen wir die Unterschiede in den Herausforderungen, die sich hier bzw. in der SU stellen.

Koalition der Vernunft

Die Formel von der Koalition der Vernunft bringt das auf einen strategischen Begriff, was sich in der Frage der Abrüstungs- und Außenpolitik unter Gorbatschow in bemer-

kenswerter Dynamik entfaltet hat. Wir wären politische Phantasten, würden wir dies nicht positiv zur Kenntnis nehmen und in unsere eigenen strategischen Überlegungen miteinbeziehen. Doch, ich glaube, es herrscht noch eine bedenkliche Unklarheit darüber, was sich eigentlich hinter einer solchen Koalition der Vernunft verbergen kann, wer die Bündnispartner sind und in welchem Rahmen sie angestrebt werden kann. In Diskussionen hört man häufig die Unterscheidung in eine rationalere und eine aggressiv-imperialistische Variante des Monopolkapitals, wobei als Beleg für die Existenz ersterer der Besuch des Deutsche Bank-Vertreters Christians beim Moskauer Friedensforum angeführt wird. Diese Art der Personalisierung macht sicher das Dilemma deutlich, muß es doch gleichzeitig darum gehen, die ökonomischen Interessenkonstellationen zwischen verschiedenen Monopolgruppen auszuloten, die sich auch in der Frage der Abrüstungspolitik niederschlagen. Versuchen wir, uns das Problem an einer Fragestellung deutlich zu machen, die zeigt, warum auch der Zugang über das Kriterium der »Vernunft« alleine wohl kaum Erklärungen liefert: Wenn es wirklich so ist, daß ein Teil des Monopolkapitals vernunftmäßig in der Lage ist, zu begreifen, daß der nächste Krieg als Atomkrieg jegliche Form des Lebens und damit auch des Produzierens zu vernichten vermag, also die eigene Existenz vernichtet, warum ist es der andere nicht?

Nein, Vernunft ist eine idealistische Kategorie, die zu einer materialistischen Erklärung nicht viel beiträgt. War es nicht seit jeher so, daß sich die Irrationalität (also die Unvernunft) des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner politischen Ausdrucksformen gerade darin manifestierte, daß die Orientierung an den je eigenen Verwertungsinteressen erfolgte, Gesamtinteressen also gerade nicht den Motor der Entwicklung darstellten? So haben Marx und Engels den Prozeß der kapitalistischen Entwicklung als etwas beschrieben, das notwendig mit Überakkumulation verbunden ist — mit der Tendenz zur Kapitalvernichtung, die am »problemlosesten« in einem Krieg funktioniert. Lenin hat die Herausbildung des imperialistischen Stadiums analysiert und kam zu dem Schluß, daß imperialistische Staaten ihre Gegensätze notwendig kriegerisch austragen.

Was hat sich daran geändert? Galt nicht auch damals, daß die Auswirkungen eines Krieges ganze Länder verwüsten, Fortführung von Produktion unmöglich machen konnten? Wo blieb da die Vernunft? Wir müssen uns also dem Problem von einer anderen Seite nähern. Jürgen Kuczynski hat jüngst in einem Artikel daran erinnert, daß die Verknüpfung von Kapitalismus/Imperialismus und Krieg zwar eine richtige Tendenz angibt, aber nicht ohne die sich dialektisch zu ihr entwickelnde Gegentendenzen begriffen werden kann (Kuczynski 1987).

Kuczynski macht auf einen wesentlichen Unterschied aufmerksam: Wir müssen genauer die Phasen mit intensiver von denen mit extensiver Ausdehnung von Produktion unterscheiden.

»Das heißt, das System des Kapitalismus ... ist nicht wie etwa die Sklavenhalter- oder die feudale Gesellschaft auf Expansion zur Stärkung angewiesen, sie kann diese Stärkung auch auf intensivem Wege, durch ständige Erhöhung der Produktivkräfte, erreichen.« (Kuczynski 1987)

Der kapitalistische Staat des monopolkapitalistischen Zeitalters unterliege jedoch sowohl dem kapitalistischen Zwang zur Intensivierung als auch dem Zwang der Expansion, also dazu (wenn er groß genug ist), die Weltherrschaft anzustreben.

Schauen wir uns unter diesem Gesichtspunkt den Staat an, der dafür die besten Voraussetzungen mitbringt, die USA. Die USA haben in der Amtszeit Reagans als Staat, dessen Ökonomie in starkem Maße von der Krise des kapitalistischen Weltmarktes betroffen war, eine Politik der massiven Förderung expansiv orientierter Produktionsbereiche, insbesondere durch die gigantische Aufblähung des Rüstungshaushalts, betrieben. Gleichzeitig wurden Kapazitäten in anderen Bereichen nicht nur nicht modernisiert, sondern gnadenlos abgebaut (Stahl, Energie). Der sog. »spill-over«, d.h. das, was sich als Transfer technologischer Entwicklungen aus den Rüstungs- und Weltraumprogrammen in den zivilen bzw. konsumorientierten Produktionsbereich übernommen werden konnte, hat sich allerdings als vergleichsweise minimal erwiesen. Die USA sind deshalb in verschiedenen Bereichen der technologischen Entwicklung (z.B. der Unterhaltungselektronik aber auch der Automobiltechnik) hoffnungslos gegenüber Japan und Westeuropa ins Hintertreffen geraten. Deshalb gibt es innerhalb des US-Monopolkapitals ökonomisch begründete Interessen, die Politik der grenzenlosen, über den Haushalt und eine entsprechende Kreditpolitik finanzierte grenzenlose Aufrüstung zu stoppen, um durch gezielte Förderung in den genannten zivilen Bereichen wieder Anschluß zu finden. Hierin, in dieser Tendenz zur Rückkehr zu intensiven Formen der Produktivitätsentwicklung liegen objektive Möglichkeiten für Abrüstung, für eine Koalition der Vernunft.

Sind damit alle Probleme mit dem Begriff der Koalition der Vernunft gelöst? Beileibe nicht. Es gilt zu klären, in welchem Verhältnis diese zunächst internationale, außenpolitische Strategie zu einer sozialistischen Strategie im Nationalstaat steht. Welche Konsequenzen hat das Setzen auf die — aus ökonomischen Interessen erklärbar — Vernunft von Teilen des Monopolkapitals in den Gattungsfragen Weltfrieden und Abwenden ökologischer Katastrophen für die von Kremer konstatierten völlig neuen Perspektiven für ein antimonopolistisch-demokratisches Bündnis (S.279)?

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev, und Peter Lothar: Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze. (I), (II), spw 30/1986, S.45ff.; 31/1986, S.157ff.
- Fetscher, Iring: Technik als Weg zur Macht oder zur Freiheit? Gewerkschaftliche Monatshefte (GM) 9/85, S.513ff.
- Hensche, Detlef: Es wird Zeit, auch einmal nein zu sagen. Wo soziale Beherrschbarkeit zur Lebenslänge werden kann. Ebd., S.554ff
- Kremer, Uwe: Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung. spw 36/1987, S.274ff.
- Kuczynski, Jürgen: Kann der Kapitalismus wirklich abrüsten und damit überleben? UZ 12.6.1987, S.15 (aus: Horizont 6/1987)
- Marx, Karl: Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London. MEW Bd.12, S.3f.
- Steinkühler, Franz: Gewerkschaftliche Positionen zur sozialen Beherrschbarkeit der Technik. GM 9/85, S.563ff.

Uli Schöler (Bonn)

Betrifft: Bruno Neuraths Beitrag zu Max Adler in *spw* 36

Mit einigem Ärger lese ich in *spw* 36 Bruno Neuraths Beitrag zu Max Adler. Er argumentiert über die Einstellung zu Max Adler in der DDR auf der Grundlage von Ignoranz. Er bemängelt — richtig —, daß Adler während des Kant-Jubiläums 1977 in der DDR nicht gewürdigt wurde. Aber er weiß offenbar nicht, daß im Februar 1981 eine sehr differenzierte, kritische und würdigende Dissertation Christian Möckels an der Humboldt-Universität vorgelegt wurde (Max Adlers neukantianische Revision der philosophischen Grundlagen des Marxismus. Der Alderssche Versuch einer theoretischen Verteidigung der Marxschen Geschichtsauffassung gegenüber ihrer fatalistisch-vulgär-materialistischen und ethisch-idealistischen Einstellung durch den bürgerlichen Neukantianismus und den neukantianischen Revisionismus. Dissertation an der Humboldt-Universität, vorgelegt von Christian Möckel, 3.2.1981, Gutachter: Die Professoren Dr. Süßenbach, Papperle, Seidel).

Übrigens hatte ich, in meiner an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1968 verteidigten Dissertation, mehrfach zu Adler Stellung bezogen, z.B. so:

- Ich weise nach, daß Herbert Marcuse zentrale Thesen bei Adler vorfand (H. Marcuses »Dritter« Weg, Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1969, S.79f.);
- ich weise nach, daß Marcuses Kritik an Adler (1929) diesen von rechts her angreift (S.84ff.);
- ich kritisiere zwar Adlers idealistische Revision des Marxschen historischen Materialismus (S.79f.), sage aber zugleich, daß Max Adler sich — 1934 — »trotz seiner falschen Philosophie — als ein mutiger Antifaschist« (S.135) erwiesen habe.

Ich muß immer wieder bemerken, daß *eine* Verfahrensweise des Antikommunismus, über die Marxisten zu urteilen, ohne sich wenigstens einigermaßen sachkundig zu machen, auch bei linken Sozialisten anzutreffen ist, sobald sie über den Marxismus-Leninismus reden. Zum Beispiel verhielt sich auch Haug auf gleiche Weise ignorant bei seiner »Entdeckung« Mariáteguis: er wußte nicht, was auf diesem Gebiet in der DDR abließ.

Robert Steigerwald (Eschborn)

Das Klagelied der »weißen« Frauen oder die Männer sind alle Verbrecher

Antwort auf Hillevi Burmester und Sabine Brünig in *spw* 36

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Kongreßbericht über Lust und Liebe in *spw* 36 war für mich als Frau, Sozialistin, Feministin und Frauenbeauftragte ärgerlich. Das Thema *Sexualität, Liebe, Lebensform* ist wichtig, die gesellschaftlichen Kämpfe finden derzeit eben nicht nur zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch zwischen Küche und Schlafzimmer statt. Viele Indikatoren sprechen dafür, daß Frauen die ihnen zuge-

mutete Rolle satthaben. Sinken der Heirats- einschließlich Wiederverheiraturungsquote, Ansteigen der Scheidungen, Bevölkerungsrückgang — die private Revolution geht von den Frauen aus. Die Heftigkeit, mit der sie am patriarchalischen Rollenkorsett rühren, läßt sich in allen neueren sozialwissenschaftlichen Studien nachlesen. Es ist auch kein Geheimnis, daß Männer von den Forderungen der Frauenbewegung eher unberührt geblieben sind. Lediglich 3 % macht Sigrid Metz-Göckel unter ihnen aus, deren Einsicht so weit geht, daß ihr Verhalten als partnerschaftlich bezeichnet werden kann (Metz-Göckel 1985).

Ein Kongreß zum Thema *Liebe, Sexualität, Lebensform* kann also von den objektiven Tatbeständen her nur begrüßt werden. Um so enttäuschender der Kongreßbericht. Zugegeben, zwischen Zwangsmoral und Libertinage, Pädophilie und sexuellem Mißbrauch einen Königsweg zu finden ist schwer. Zu oft haben sich linke Theorien vor allem über den Zusammenhang von Sexualität und Herrschaft als sexistisch, wenn nicht misogyn entpuppt. Frauen mußten da erst ihren Weg finden, die Sexualpäpste Kentler, Borneman, Sigusch mit ihrer Haltung zur Sexualität mit Kindern, zur Prostitution etc. kritisieren und weibliche Erfahrung einer männlich definierten Wirklichkeit entgegensetzen.

Seit einigen Jahren sind aber auch Frauen sich selbst gegenüber mißtrauisch geworden. Die Kritik an männlichen Verhaltensweisen mußten wir z.T. als Verleugnung eigener Bedürfnisstrukturen erkennen. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick soll folgendes verdeutlichen: Der weibliche Geschlechtscharakter, seit jeher mit Natur identifiziert oder ihr zumindest als nächstehend zugeordnet, beruht in der modernen Gesellschaft auf der Spaltung von Sexualität und Mütterlichkeit. Galten Frauen bis vor ein paar hundert Jahren noch als teuflische Hexen, deren Sexualität, Stofflichkeit die männliche Ordnung bedrohte und die deshalb auf dem Scheiterhaufen brennen mußten, so veränderte sich das Image des Weiblichen hin zur keuschen, moralischen, den Männern in dieser Hinsicht überlegenen Frau (vgl. Wartmann 1982). Gleich der Natur, die in der modernen Gesellschaft beherrscht, befriedet, ausgebeutet ist, sind Frauen heute für Männer keine sexuell sinnliche Bedrohung mehr. Durch die Verpflichtung zur sozialen Mutterschaft scheint weibliche Sexualität kanalisiert. Frauen, sagt Barbare Sichtermann, werden in die Sexualität nur kurz eingelassen, um dann ihrer eigentlichen »Bestimmung« entgegenzugehen — der Mutterschaft. Daß dieser Abschnitt patriarchalischer Vergesellschaftung für Frauen zum Verhängnis geworden ist, wird leider auch im Kontext der Frauenbewegung und ihrer Theorien deutlich.

Wie die Frauenbewegung mit den sexuellen und erotischen Bedürfnissen ihrer Mitgliederinnen umgeht, vor allem mit denen, die auch noch Tisch und Bett mit einem Mann teilen, gehört sicherlich zu den schwierigsten Kapiteln des Projektes Feminismus. Verweigerung gegenüber Männern scheint nicht nur politisch sauberer und ideologisch konsequenter zu sein, sie ist in weiten Teilen der Frauenbewegung Programm. Die Zurückweisung männlicher Macho-Bedürfnisse hat sicherlich nicht nur ihre Berechtigung, sondern muß als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Emanzipation auch als politische Strategie gewürdigt werden. Trotzdem begeben sich Frauen hier in ein Dilemma. Die Verleugnung der aggressiven Sexualbedürfnisse gehört zum traditio-

nellen Geschlechtscharakter der Frauen in der modernen Gesellschaft — die reine, gute, moralisch höherstehende Frau — unzählige solcher Bilder hat das Patriarchat kreiert.

Ein Kongreß, deren Teilnehmerinnen einen Pornoladen besuchen und sich fragen, was Männer »denn daran finden«, sitzt leider genau dieser für Frauen typischen Verleugnung sexueller Bedürfnisse auf. Ganz abgesehen davon, daß es auf die Frage, was finden die Männer an der Pornografie, schon eine Reihe überzeugender sozialwissenschaftlicher Antworten gibt, sollten Frauen ihre Distanz hierzu etwas selbstkritischer hinterfragen, da sonst die Gefahr besteht, einem von Mutter zu Tochter weitergegebenen Mythos aufzusitzen, nämlich dem von den bösen bösen Männern mit ihren bösen bösen Genitalien, vor denen sich kleine Mädchen hüten sollten.

Die Ergebnisse des Kongresses scheinen mir außer dem richtigen Beharren auf sicheren Bastionen (218) wenig Neues gebracht zu haben. Beliebigkeit schien zu dominieren. Allein, zu zweit, mit Kindern, ohne Kinder ... Ich will hier nicht damit anfangen, meine Geschlechtsgenossinnen davon zu überzeugen, daß sie ihren Kampf mit den Männern gemeinsam führen sollten. Dazu habe ich in meiner eigenen politischen Arbeit viel zu viele sozialistische Beziehungskrüppel mit ungestillten Rachewünschen Frauen gegenüber kennengelernt. Wenn die Frauengemeinschaft aber daraus besteht, Sexualität — männliche wie weibliche — zu dämonisieren, stehen wir unserer eigenen Entwicklung im Weg. Der von ihnen selbst mitinitiierte Wandel der Lebensformen hat auch für Frauen Einsamkeit und Leiden geschaffen. Wir sollten uns fragen, inwieweit das bürgerliche Ideal der Liebe nicht doch ganz brauchbar ist, auch wenn es in der bürgerlichen Gesellschaft zur Legitimation herunterkam. Daß dieses Ideal eine lustvolle, die aggressiven Anteile einschließende Sexualität integrieren muß, scheint mir selbstverständlich. Sonst bleiben wir »weiße Frauen« und machen die Spaltung in gute, unbedrohliche, unsexuelle und böse, stoffliche, verführerische Frauen, die ja letztendlich eine Erfindung der Männer ist, mit.

Katharina Gröning (Niederau)

Besprechungen

Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.): Vom Lagerfeuer zur Musikbox. Jugendkulturen 1900-1960. Verlag Elefanten Press; Berlin 1985 (192 S., br., 24,80 DM)

Peukert, Detlev J.K.: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik. Bund Verlag, Köln 1987 (400 S., br., 78,- DM)

v. Hellfeld, Matthias: Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1987 (304 S., br., 32,- DM)

Dertinger, Antje: Weiße Möwe, gelber Stern. Das kurze Leben der Helga Beyer. Verlag J.H.W.Dietz Nachf., Berlin und Bonn 1987 (224 S., br., 16,80 DM)

Hoffmann, Heinz, und Jochen Zimmer (Hrsg.): Wir sind die grüne Garde. Geschichte der Naturfreundejugend. Klartext Verlag, Essen 1986 (196 S., br., 16,80 DM)

Gröschel, Roland: Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland. Ergebnisse-Verlag, Hamburg 1986 (264 S., br., 26,80 DM)

Spätestens seit dem Erfolg der Werkbund-Ausstellung »Schock und Schöpfung«, die einen Überblick über die Geschichte ästhetischer Ausformungen jugendlicher Gruppenstile und Milieus in der deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende gibt, hat sich das historische Interesse der Entwicklung von Jugendkulturen verstärkt zugewandt; Neuerscheinungen zu diesem Thema können derzeit auf ihr Publikum rechnen. Freilich liegt auch hier — wie in der Zuwendung zu historischen »Lebenswelten« und Alltagsgeschichten überhaupt — das Risiko einer Entpolitisierung von Sozialgeschichte vor, die Gefahr also, daß der Blick in »farbige« Vergangenheiten auf analytische und kritische Fragen verzichtet. Im folgenden soll auf einige Bücher aufmerksam gemacht werden, die zur Erhellung historischer Jugendkulturen beitragen, einer entpolitisierenden Beliebigkeit jugendgeschichtlicher Wahrnehmung aber entgegenarbeiten.

Noch vor der Werkbund-Ausstellung hat sich die Berliner Geschichts-Werkstatt in einer Veranstaltungsreihe mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern darum bemüht, am Berliner Beispiel den Wandel der Jugendkulturen von 1900 bis in die sechziger Jahre darzustellen und zu diskutieren; diese Reihe ist in einem Buch unter dem Titel »Vom Lagerfeuer zur Musikbox« publiziert (An dieser Stelle sei auf ein weiteres Beispiel hingewiesen: Wilfried Breyvogel und Heinz-Hermann Krüger haben eine Ausstellung über »Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1985« vorbereitet, die im November eröffnet wird; das Buch dazu erscheint im Herbst unter dem Titel »Land der Hoffnung — Land der Krise« bei J.H.W.-Dietz Nachf.). »Vom Lagerfeuer zur Musikbox« beschreibt folgende Ausschnitte der Geschichte von Jugendkulturen: Die Wandervogelgruppen als Reaktion auf die wilhelminische Gesellschaft; die »wilden Cliques« in der Zeit der Weimarer Republik; das Milieu von Jugendlichen in und neben der Hitler-Jugend; die »Überlebens-Jugendkultur« der Jahre um und nach 1945; die Rock'n-Roll-»Halbstarke« ab Mitte der fünfziger Jahre.

Diese Auswahl von Einzelstudien läßt für die Leserinnen und Leser sehr deutlich werden, welche extremen Unterschiede in der kulturellen Ausformung das jugendliche Bestreben nach »Selbstbestimmung« und »Selbsthilfe« in der peer-group je nach dem herrschenden »Zeitgeist«, nach den jeweils vorliegenden Lebensproblemen und je nach der sozialstrukturellen Einbindung aufweist, sichtbar wird aber auch, daß zumindest in »modernen« Gesellschaften authentische jugendliche Gesellungen quer zu den unterschiedlichsten Kulturen in ihrem Sozialgefüge viele Gemeinsamkeiten haben. Die selbstgestaltete jugendliche Gruppe ist offenbar ein soziales Grundbedürfnis seit Durchsetzung der industrie-kapitalistischen Lebensverhältnisse; nicht im Sinne eines von den Strukturen der Erwachsenengesellschaft separierten »Jugendlandes«, wohl aber als »Sonderkultur«, die sich konflikthaft auf die herrschenden Kulturen bezieht.

Für die Zeit der Weimarer Republik und dort wieder für den sozialstrukturellen Bereich der Arbeiterschaft hat Detlev J.K. Peukert in seinem neuen Buch »Jugend zwischen Krieg und Krise« die spezifischen Problemlagen und gruppierten Reaktionen von Jugendlichen eindrucksvoll beschrieben. Nachdenklich muß hier vor allem die von Peukert plausibel dargelegte These machen, daß die Selbsthilfefähigkeiten von Arbeiterjugendlichen in der peer group weiter reichten, als es eine allzu »fürsorglich« geprägte Jugendkunde oder auch die Konzepte der linken Jugendverbandsarbeit wahrnehmen. Die klassischen Arbeiterjugendorganisationen gaben nur in begrenztem Umfange der »sozialen Bewegung« Ausdruck, die in der Jugendgeneration der Arbeiterschaft sich bemerkbar machte; dies gilt für die Jahre der Weimarer Republik, wenn auch auf unterschiedliche Weise, sowohl für die sozialdemokratische wie für die kommunistische Richtung der Arbeiterjugendbewegung (hier ist anzumerken, daß es in der neueren wissenschaftlichen Literatur der Bundesrepublik immer noch ein massives Defizit in der Bearbeitung der Geschichte der eigentlichen Arbeiterjugendorganisationen gibt, während die Entwicklung der Jungsozialisten in der Weimarer Republik inzwischen eine Reihe kritischer Würdigungen gefunden hat). Hingewiesen sei auf den jetzt im Lit Verlag Münster erschienenen Nachdruck der Studie über »Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland« von Curt Bondy aus dem Jahre 1922, mit einem Nachwort von Bodo Brücher, wie überhaupt auf die Bemühungen Brüchers, Leiter des Projekts SOPÄD an der Fakultät für Pädagogik/Universität Bielefeld und auf die Tätigkeit des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick unter Leitung von Heinrich Eppe.).

Gegen Ende der Weimarer Republik erwies sich die Jugendkultur der Bündischen Jugend, die ihrer Herkunft nach der freien »bürgerlichen« Jugendbewegung entstammte, als zunehmend attraktiv auch für Arbeiterjugendliche, und es waren die Lebens- und Gruppenformen dieser Prägung, die am ehesten auch unter dem NS-Regime, trotz Verbot und Repression, einer gruppierten jugendlichen Opposition Halt gaben. Dabei ist das widerspruchsvolle Verhältnis von Bündischer Jugend und Nationalsozialismus um 1933 mitzubedenken; einerseits existierten hier erhebliche ideologische und symbolische »Schnittmengen«, und die Hitler-Jugend hatte zeitweise und teilweise ihre Anziehungsfähigkeit bei Jugendlichen gerade mittels der Anknüpfung an den Stil der Bündischen Jugend; andererseits vertrug sich der aus der freien Jugendbe-

wegung überkommene Autonomiedrang jugendbündischer Gruppen nicht mit dem regulierten NS-Staatsjugenddienst. Dieses Kapitel deutscher Jugendgeschichte, auch die Entwicklung »bündischer Jugendopposition« im Dritten Reich, hat nun erstmals eine systematische Darstellung gefunden: Matthias von Hellfeld, »Bündische Jugend und Hitlerjugend — Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939«. Mit heranzuziehen ist hier das außerordentlich lesenswerte Buch von Antje Dertinger, »Weiße Möwe, gelber Stern«, das über den Lebensweg eines jungen Mädchens aus der deutsch-jüdischen Jugendbewegung »Kameraden« berichtet; jugend-bündischer Zusammenhalt und illegale politische Arbeit verbanden sich hier noch für einige Jahre, bis die Verfolger zuschlugen. Die Kontinuität einer Jugendorganisation im Feld der Arbeiterkulturbewegung, zugleich aber auch den Wandel jugend-kultureller Formen bei gleichbleibender politischer Orientierung, ist nachgezeichnet in einer Geschichte der Naturfreundejugend: »Wir sind die grüne Garde«, herausgegeben von Heinz Hoffmann und Jochen Zimmer. Die Zeit des Dritten Reiches (in der auch etliche Gruppen der Naturfreundejugend heimlich weiterexistierten) ist hier ausgespart; ansonsten aber gibt dieses Buch einen interessanten Längsschnitt von Beginn der Weimarer Republik bis in die fünfziger Jahre. Die Lektüre des Buches läßt übrigens ahnen, daß eine nähere Beschäftigung mit der »Frühgeschichte« der Jugendgruppen und Jugendorganisationen in den ersten Jahren nach 1945 lohnend wäre, bis hin zu der gerade von jungen Leuten mitgetragenen ersten Protestbewegung gegen die (Wieder-)Aufrüstung in Deutschland. Für den Bereich der Sozialistischen Jugend »Die Falken« hat Roland Gröschel die Entwicklungen und Probleme der »Rekonstruktionsphase« nach dem Zweiten Weltkrieg detailliert beschrieben in seinem Buch »Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland.« Viele weitere Fragen an diesen Zeitraum sind offen, so etwa die nach der Geschichte der westdeutschen »Freien Deutschen Jugend« (die FDJ wurde in den westlichen Besatzungszonen früher tätig als in der Sowjetischen Besatzungszone ...), oder die nach den Gründen für den Untergang der spontan-bündischen Jugendkultur (»Edelweißpiraten« etc.), wie sie sich im Dritten Reich entwickelt hatte, in der Nachkriegsgesellschaft.

Für die Politik der Arbeiterbewegung oder der linken Organisationen und Parteien ergeben sich aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Jugendkulturen einige Fragestellungen, die nicht nur historische Bedeutung haben:

Wie ist es um die Fähigkeit institutionalisierter politischer Gruppen/Verbände/Parteien bestellt, selbstbestimmte jugendliche Gesellungen und spontane Jugendkulturen wahrzunehmen und sich mit ihnen in Verbindung zu bringen? Wie ist hier Kommunikation möglich? Ist ein Verhältnis zwischen Jugend-Bewegungen mit gesellschaftlich-politischer Perspektive und institutionalisierten Gruppen/Verbänden/Parteien denkbar, das Kooperation ermöglicht, aber Disziplinierung jugendlicher Selbstständigkeit ausschließt? Und für eine historisch-soziologische Jugendforschung entsteht angesichts der Durchkapitalisierung von Lebenswelten die Frage: Sind auf die Gegenwart und Zukunft hin Jugendkulturen in ihrer geschichtlich vorfindbaren Eigenständigkeit überhaupt noch resistenzfähig gegenüber der Kommerzialisierung bzw. der Einvernahme durch konsumistische Beliebigkeit?

Arno Klönne (Paderborn)

Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.). Die Nation als Ausstellungsstück. Planungen, Kritik und Utopien zu den Museumsgründungen in Bonn und Berlin. VSA-Verlag, Hamburg 1987 (157 S., br., 16,80 DM)

Dieses in Kooperation mit dem VSA-Verlag von der Geschichtswerkstatt Berlin herausgearbeitete Heft 11 der Zeitschrift *Geschichtswerkstatt* beschäftigt sich in seinem Schwerpunkt mit den Plänen der Bundesregierung für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin und für ein Haus der Geschichte in Bonn. Es versammelt hierfür zwölf recht unterschiedliche Aufsätze. In einer Einleitung betont der Herausgeber den Zusammenhang zwischen den Museumsplänen, dem Gerede um nationale Identität und neokonservativer Tendenz in der Historiographie. Dieser Zusammenhang soll zur Debatte gestellt werden, um einen »eigenen Standpunkt zu finden, aus dem heraus Alternativen außerhalb der Planungsvorhaben der Bundesregierung entwickelt werden können« (7). Die zentrale Kritik an den regierungssamtlichen Plänen besteht in der undemokratischen, administrativen Form des Vorgehens und in der bloßen Darstellung nicht aber der »aktiven Aufarbeitung des historischen Erbes« (8). Zwar mahnt der Herausgeber eine noch ausstehende Analyse des Konzepts des Bonner Hauses an, damit die Debatte über die Museen intensiviert werden können (8), aber leider wird diese umfassende Auseinandersetzung auch in diesem Band nicht geleistet.

In einem ersten Abschnitt sollen die Museumspläne vorgestellt und kritisiert werden. Die Überschrift, »Bonn und Berlin: Museen für eine historisch formierte Gesellschaft«, führt aber insofern in die Irre, als daß sich die folgenden Beiträge auf die Pläne für Berlin beschränken. Sabine Weißler (»Viele Geschichtsmacher verderben das Museum«) leistet in ihrem Aufsatz eine prägnante Kritik des Konzepts für das Historische Museum. Sie belegt überzeugend, daß die amtliche Sachverständigenkommission, die das Konzept im April 1986 vorlegte, mit dem Medium *Museum* nicht zurechtgekommen ist — Resultat eines »erdrückenden Übergewichts in Museumsfragen inkompetenter Historiker« (16). Sie fordert dagegen ein »modernes, demokratisches Museumskonzept« (24), welches am ehesten durch das ursprüngliche Berliner Vorhaben eines »Forums für Geschichte und Gegenwart« zu erreichen gewesen wäre. Der Beitrag »Instandsetzung der Zitadelle«, der auf die Frage der kulturellen Hegemonie aufmerksam machen will, hält nicht, was er verspricht. Der Autor, Michael Wildt, skizziert sehr grob den politisch-historischen Hintergrund, beklagt die autoritäre Grundtendenz der Pläne und Konzepte und wirft den Neokonservativen die »Historisierung« des NS vor. Wildt sollte besser von der »Relativierung« sprechen, damit nicht das von Martin Broszat schon 1985 vorgetragene »Plädoyer für die Historisierung des Nationalsozialismus«, wenn auch nur begrifflich, für neokonservative Apologetik mißbraucht werden kann. Der Beitrag erscheint jedoch insgesamt verzichtbar, weil er keine neuen Aspekte beleuchtet. Dem Hagener Historiker Lutz Niethammer gelingt ein ironisch-distanzierter Umgang mit den beiden Projekten, indem er ein »postmodernes Dokument« verfaßt. Dieses »Dokument« hat keinen Autor im üblichen Sinne, sondern wird über einen Kollektiv singular, gleichsam die »Stimme des Staatsapparates« gelenkt. Die größten Zweifel befallen diesen, wenn er konstatiert, daß es mit Museen so seine Tücken habe: »man führt oder fliegt ja nicht 500 Kilometer oder mehr, um durch ein Bilderbuch zu laufen« (36).

Im zweiten Abschnitt geht es um »Geschichte heute — Perspektiven auf das Ende der Geschichte?« Am Anfang steht ein Artikel von Jürgen Habermas, den er als Beitrag auf dem Hearing der SPD-Bundestagsfraktion am 2. Juli 1986 gehalten hat. Man hätte sich eine aktualisierende Überarbeitung gewünscht, da er sich nicht gezielt mit dem Konzept des Deutschen Historischen Museums befaßt, welches er im Prinzip begrüßt, wenn es nicht »im Geiste von Bitburg« (49) steht. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, ob er es denn nun

dem »Geist von Bitburg« zurechnet. Sein Beitrag gerät so leicht zu einem nachgedruckten Vorläufer seines bekannten Aufsatzes, »Eine Art Schadensabwicklung«, in der *Zeit* vom 11.7.86. Der wertvolle Beitrag Dieter Hoffmann-Axthelms (»Geschichte ohne Ort und Schatten«), der bereits in der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 1/1987 erschien, verzichtet auf die Rezension des *Museumskonzeptes*, diskutiert es vielmehr als »Tatbestand einer politischen Kultur« (63), die einen musealen »Gebhardt« will. Seine interessante Hauptthese, um die diskutiert werden sollte: Geschichte ist im traditionellen Sinne nicht mehr darstellbar. Der belgische Historiker Albert d'Haenens sieht uns an einem Bruchpunkt »Kultureller Entwicklung und Entwurzelung«, so der Titel seines Aufsatzes, weil wir uns am Ende des schriftlichen Zeitalters befänden. Die interessante Fragestellung des Beitrags mündet allerdings in eine bekannte zivilisationss pessimistische Grundtendenz, die die Überlebensfähigkeit der »alten Schriften« unterschätzt und die Chancen der neuen Kommunikationsmittel verschüttet.

Einzelne Defizite des Konzeptes für das Historische Museum in Berlin werden in vier Beiträgen des folgenden Abschnitts aufgegriffen. Sie vertiefen bekannte Kritikpunkte. Dabei fällt der Beitrag des Konstanzer Historikers Gert Zang aus dem Rahmen, da er das »Konzepte-Konglomerat« als »wichtiges wissenschafts-politisches Zeichen« mißversteht und als »auf der Höhe der theoretischen Diskussion« (81) begreift. Damit dieses auch umgesetzt wird, fordert er die Regionalisierung des Museums und die Aufgabe des national-geschichtlichen Blickwinkels. Leider nur in Spiegelstrichen formuliert das Frauenforschungs-, bildungs- und informationszentrum e.V. Berlin seine Kritik. Eine detaillierte, systematische Kritik des Konzeptes in frauengeschichtlicher Hinsicht steht somit noch aus. Im letzten Abschnitt soll ein »anderes« Geschichtsmuseum entworfen werden. In einem Gespräch mit der Geschichtswerkstatt plädiert der Publizist und Redakteur Mathias Greffrath für die ursprüngliche Forumskonzeption, der Generalsekretär der zentralen Ausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlins, Wolfgang E. Weick, für eine Öffnung der landeshistorischen Museen zur Alltagsgeschichte und die Leiterin des Kunstamtes Kreuzberg, Krista Tebbe, für das Museum als Dienstleistungsbetrieb. Das letzte Plädoyer wird in dem abschließenden Aufsatz von Andreas Ludwig präzisiert. Er stellt dem Deutschen Historischen Museum die Alternative eines »Geschichtswerkstattsmuseums« gegenüber, welches Geschichte in kritischer und emanzipatorischer Absicht *erarbeiten* will.

Resümee: Die Aufsatzsammlung vermeidet nicht immer Überschneidungen. Sie sammelt kritische Positionen zu den Museumsplänen, wobei sie leider auf eine Detailkritik und eine frauengeschichtliche Kritik des vorgeschlagenen Konzepts verzichtet und eine genaue Analyse des Konzeptes für das Bonner Haus der Geschichte nicht enthält. Die überwiegende Zahl der Artikel leistet aber einen weitertragenden Beitrag zur Formulierung des angezielten »alternativen Standpunkts«. Karsten Rudolph (Wetter)

Steiniger, Rolf: Eine vertane Chance? Die Stalinnote vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Dietz Verlag, Bonn 1985 (157 S., br., 14,80 DM)

Der Vorgang: Was ist im Frühjahr 1952 geschehen, das Rolf Steiniger von der vielleicht letzten Chance zur Wiedervereinigung sprechen läßt? Die Vorbereitungen zur endgültigen Westintegration (EVG-Vertrag/Deutschlandvertrag) der BRD laufen im Frühjahr 1952 auf Hochtouren. Im Pentagon macht man sich Gedanken über den Ausbau der NATO-Truppen in Europa, die BRD findet dabei *Berücksichtigung*. In dieser von ihr als bedrohlich empfundenen Situation macht die SU den weitestgehenden deutschpolitischen Vorschlag. In einer am 10. März 1952 den drei Westmächten übergebenen Note schlägt sie vor:

- Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat,
- militärische Neutralität,
- Abzug sämtlicher Besatzungstruppen,
- eigene deutsche Streitkräfte incl. eigener Rüstungsproduktion,
- freie Betätigung für demokratische Parteien und Organisationen,
- uneingeschränkte Friedenswirtschaft und Handel.

Auf Nachfragen der Westmächte präzisiert sie dies in einer zweiten Note und schlägt »die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen« vor. Die erste Note ist der Ausgangspunkt für die *Notenschlacht* des Jahres 1952, in der insgesamt acht Noten zwischen Ost und West wechseln. In ihren Antwortnoten formulieren die Westmächte eine Bedingung, die für die SU unannehmbar war: Die aus den freien Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung sollte volle Handlungsfreiheit in allen politischen und militärischen Fragen haben. Das hätte z.B. auch die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands als Möglichkeit eingeschlossen, eine Perspektive, die die SU ja gerade durch ihren Vorschlag für einen Teil Deutschlands verhindern wollte. Mithin, die westlichen Vorschläge waren im Grunde nicht ernstgemeint, man wollte die Westverträge nicht durch unnötige Verhandlungen mit den Sowjets gefährden. Mit der Verabschiedung von EVG- und Deutschlandvertrag wird denn auch im Mai 1952 die militärische und politische Westintegration vollendet, die deutsche Teilung besiegelt.

Die Problematik: Die Frage, ob es im Jahre 1952 eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung gegeben hat, ob also eine politische Intervention der BRD einen Sinn gehabt hätte, hängt von der Einschätzung des sowjetischen Vorschlags ab. War er ernst gemeint oder ein bloßes Propagandamanöver? Sollte man sich auf das sowjetische Angebot von Verhandlungen einlassen oder nicht? Auf der einen Seite stand Bundeskanzler Adenauer und die ihm trotz scharfer Auseinandersetzungen schließlich in seiner Haltung folgende Regierungskoalition, die jegliches Verhandeln mit der SU, jegliches *Ausloten* der Note kategorisch ablehnte. Demgegenüber sprachen sich die SPD, aber auch Teile der CDU (Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser), der *Spiegel* und der *FAZ*-Kommentator Paul Sethe für Verhandlungen mit der SU aus.

Weite Teile der bundesdeutschen Geschichtsforschung haben sich in verschiedenen Varianten der Einschätzung *ihres* Bundeskanzlers angeschlossen. So wird in der Stalin-Note lediglich ein Täuschungs- und Störmanöver der Sowjets¹ gesehen, um die West-

integration der BRD zu stören. Hermann Graml geht davon aus, daß die Note der SU lediglich als *Alibi* diene. Hinter dem Schirm einer Schuldzuweisung für die deutsche Teilung an den Westen, sollte die Stabilisierung der DDR als Glied des Ostblocks verstärkt vorangetrieben werden.² Schließlich habe sie mit der Note den Zweck verfolgt, die westeuropäischen Gegner der Westintegration und Aufrüstung propagandistisch zu unterstützen.³ Diese vorschnelle Einschätzung und das daraus folgende *Verständnis* für die damalige Haltung des Bundeskanzlers hat immer wieder besonnenere Stimmen hervorgerufen, die von realen Verhandlungschancen ausgehen⁴ und z.B. die Position der SU im Jahre 1952 aus Machtverschiebungen im Kreml erklären.⁵

Das Buch: Im Jahre 1985 legte der Innsbrucker Geschichtsforscher Rolf Steininger eine Dokumentation mit zuvor unveröffentlichten Geheimprotokollen von Sitzungen der amerikanischen und britischen Politik- und Militärstrategen vor.⁶ Die Dokumente entstammen dem Public Records Office in London (z.B. Cabinet Papers oder Prime Ministers Office) und dem State Departement in Washington und ermöglichen damit einen Einblick in die Einschätzungen in den Machtzentren der beiden Alliierten. Diese Dokumente zeigen: Die Westmächte gingen sehr wohl von der Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge aus. Da sie aber an einer möglichst schnellen und reibungslosen Westintegration interessiert waren, kamen für sie Verhandlungen nicht in Frage. Trotzdem hätten sie diese, bei entsprechendem Druck aus der Bundesrepublik kaum verhindern können und wollten dies zum Teil auch gar nicht. Ihnen kam zugute, daß der bundesdeutsche Kanzler selbst gar kein Interesse an dieser Chance für eine Wiedervereinigung hatte, sich gleichsam »amerikanischer als die Amerikaner« (Kabinettskollege Kaiser) verhielt und jegliche Rücksichtnahme der Westmächte auf deutsche Interessen überflüssig machte. So ergeben die Geheimprotokolle, daß es sowohl bei den Briten als auch bei den Amerikanern, zeitweilig Überlegungen gab, sich mit den Sowjets an einen Tisch zu setzen, die aber immer wieder auf heftigen Widerstand Adenauers stießen.

Steiningers Buch ist die separat veröffentlichte Einleitung seiner Dokumentation und ein Geschichtsbuch im besten Sinne. In der Einleitung werden die Problematik vorgestellt und die wichtigsten Forschungsmeinungen dargestellt. Im folgenden wird die Entwicklung des Frühjahrs und Sommers 1952 minutiös geschildert und dabei die Position der Westmächte (fundierte durch die neuen Quellen) und Adenauers vorgestellt. Steiningers Fazit: Das Angebot Stalins war ernst gemeint.

»1952 gab es offensichtlich eine Chance zur Wiedervereinigung — die Westmächte und mit ihnen Adenauer aber waren daran nicht interessiert, sie hatten andere Zielvorstellungen. Ein vereintes, blockfreies Deutschland, Nationalarmee, eigene Rüstungsproduktion, Abzug der Besatzungstruppen, keinerlei Beschränkung der Friedenswirtschaft, freie Betätigung der politischen Parteien ... — das war sieben Jahre nach dem Kriegsende ein erstaunlich weitgehendes Angebot, nur zu verstehen aus der besonderen »Bedrohungssituation« des Frühjahrs 1952.« (104)

Aus den hiermit erstveröffentlichten Dokumenten ergibt sich nun, daß »auch die Westmächte nach anfänglichem Zögern von der Ernsthaftigkeit der Note überzeugt waren« (105). Ihnen ging es aber 1952 um etwas anderes, nämlich »um die *Kontrolle*

Westdeutschlands, nicht um Wiedervereinigung« (105). In Deutschland — auch das machen die Quellen deutlich — fanden sie in Adenauer einen überfleißigen Helfer, auch in diesem Punkt ein echtes Vorbild für seinen *Enkel* Helmut Kohl.

Zu einer Einschätzung wie Steininger kam übrigens vor einiger Zeit auch der konservative Historiker Andreas Hillgruber: »Aus Stalins Sicht war ein von den Westmächten einschließlich der USA mitgarantierter Status eines neutralisierten, aber nolens volens bürgerlich strukturierten Gesamtdeutschland eher akzeptabel als die Integrationslösung, die die Westverträge vorsahen.«⁷

Anmerkungen

- 1 z.B. Buchheim, Hans: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: *FAZ* vom 15.4.1969; Wagner, Wolfgang: Wiedervereinigung Modell 1952. Der Versuch einer Legendenbildung in der deutschen Innenpolitik, in: *Wort und Wahrheit*, 13, 1958, S.175ff.; Wettig, Gerhard: Die sowjetische Deutschlandnote vom 10. März 1952. Wiedervereinigungsangebot oder Propagandaaktion?, in: *Deutschland-Archiv*, 2, 1982, S.130-148.
- 2 Graml, Hermann: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Noten-Kampagne des Jahres 1952, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 29, 1981, S.307-341.
- 3 Graml, a.a.O.
- 4 z.B. Meyer, Gerd: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952, Tübingen 1970, Erdmenger, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis, Freiburg 1967 (1955).
- 5 Meissner, Boris: Die SU und die deutsche Frage 1949-1959, in: Dietrich Geyer (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955 (Osteuropahandbuch), Köln/Wien 1972, S.449-501.
- 6 Steininger, Klaus (Hg.): Eine Chance zur Wiedervereinigung? Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten (=Beiheft 12 des Archivs für Sozialgeschichte), Bonn 1985.
- 7 Hillgruber, Andreas: Adenauer und die Stalin-Note vom März 1952, in: D. Blumenwitz u.a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, Stuttgart 1976, S.111-130.

Jürgen Blume (Berlin/West)

Über die Autorinnen und Autoren

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Mitglied der HBV, des Kreisvorstandes der Jusos in Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.

Brüggmann, Mathias, geb. 1966; Student, bis April 1986 im BSV-Vorstand, vor- und nachher Funktionen in der Schülerkammer Hamburg und im Sozialistischen Schülerbund/Hamburg (SSB/H), Mitglied im SHB.

Burmester, Hillevi, geb. 1958; Architektur-Studentin, stellv. Bundesvorsitzende der Jusos, beratendes Mitglied in der SPD-Gleichstellungskommission, Mitglied in SPD, ÖTV und GGG.

Butterwegge, Christoph, geb. 1951; Dr.rer.pol., wiss. Mitarbeiter der Universität Bremen und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg; Sprecher der Bremer Initiativen gegen die Volkszählung; Mitglied in SPD, GEW und BdWi.

Dülmen, Alexander van, geb. 1968; Mitglied im Vorstand der BSV seit April 1986, vorher Gesamtschülersprecher im Saarland, Mitglied im VVN-Landesvorstand Saarland, SJD — Die Falken.

Fuchs, Anke, geb. 1937; MdB, Bundesgeschäftsführerin der SPD.

Gillessen, Sabine, geb. 1968; Mitglied im Vorstand der LSV NRW und im Bezirksvorstand der Jusos Mittelrhein, Mitglied der Falken, AW, SHB, DFI.

Guggemos, Michael, geb. 1956; 1974 bis 1980 Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg, seit 1986 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD — Die Falken. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Keller, Waltraud, Bezirksvorsitzende der AsF Rheinhessen, stellv. Landesvorsitzende der AsF Rheinland-Pfalz.

Klönne, Arno, geb. 1931; Prof.Dr.phil. Veröffentlichungen u.a.: *Die deutsche Arbeiterbewegung* (1980); *Jugend im Dritten Reich* (1984); *Zurück zur Nation* (1984). Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Soziale Bewegungen, Soziologie des deutschen Faschismus.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Mitglied in AWO, GEW, VVN.

Lennardt, Stefan, geb. 1968; Landesschülersprecher in NRW und im Sprecherkreis der BSV, Mitglied im Bezirksvorstand der Jusos WW, Mitglied der SJD — Die Falken.

Möbbeck, Susi, geb. 1964; Studium der Politik und Germanistik. Sprecherin des Juso-Landesverbandes Bremen. Mitglied in GEW und SHB.

Ristau, Malte, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie in Münster. 1980-84 Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, seither Juso-Referent und Sekretär der Histor. Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Rudolph, Karsten, geb. 1962; Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. Vorsitzender der Jungsozialisten Westliches Westfalen, Mitglied in SPD, GEW, DFG-VK.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist. Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist, Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980). Mitglied in SPD, HBV, AWO und *spw*-Redaktion.

Welti, Felix, geb. 1967; Zivildienstleistender, bis April Mitglied im Vorstand der BSV, stellv. Kreisvorsitzender der Jusos in Stormarn (SH), Mitglied der SJD — Die Falken, DFG-VK, AW, SHB.

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:

Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

Schwerpunktthemen aus dem Jahre 1987:

Spanien – Kultur, Gesellschaft, Politik



Kulturpolitik



Bröckelt Reagan?



Erosion in den großen Städten



Sowjetunion – Politische und kulturelle Revolution



Gleichstellung von Frau und Mann und die politische Realität

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
erscheint monatlich, kostet im Jahresabonnement DM 66,-
zuzüglich Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:
Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

NEUES DENKEN IM OST EN ERSETZT NICHT DAS EIGENE DENKEN IM WESTEN

WIR HOLEN DIE RUSSEN

WENN SIE DIE VOLKSZEITUNG

JETZT NICHT ABONNIEREN

Als Wochenzeitung mit demokratischem Anspruch

können wir zuhören und lassen uns durch Argumente überzeugen. Die Volkszeitung lebt vom Widerspruch. Friedensaktionen und die Diskussion sicherheitspolitischer Konzeptionen sind nur gemeinsam

wirksam. Und wer selbst nachdenkt, bringt die Russen nicht zu holen.

Wolkszeitung
die tat

INTELLIGENT
PROGRESSIV
STREITBAR

An Volkszeitung-Leserservice Postfach 2726, 4000 Düsseldorf

Ja, ich möchte ein 8-Wochen-Probierabo der Volkszeitung für ganze NEUN DM gegen Rechnung. Das Abo wird nicht automatisch fortgesetzt.

Vorname, Name

Strasse

Wohnort

Datum, Unterschrift

Mit der Bekanntgabe dieser Bestellung innerhalb einer Woche bin ich der Volkszeitung, Ober 154, 4000 Düsseldorf, wiedereinlenkbar. Zur Frisrtwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

Wir versenden 100 x

unter allen, die ein 8-Wochen-Probierabo für NEUN DM bestellen.

Jewtuschenkow's Roman liefert in großer Dichte Anregungen zum Verständnis der sowjetischen Entwicklung.

352 Seiten/
Ladendpreis 9,80 DM



Wo die Russen reifen

„Wir

haben keine Ansprüche auf die Wahrheit in letzter Instanz. Wir reagieren

bereitwillig auf Vorschläge, die andere Länder, politische Parteien, gesellschaftliche Bewegungen und auch einzelne Personen unterbreiten.“

MICHAEL GOBBATSCHOW am 16. Februar 1987*

*Wir zitieren hier, da diese genau am Wortlaut zu

Der Akzeptierer stimmt somit der Schweizer Wertschöpfung

JETZT AUCH IM HANDEL FÜR 2.-DM JEDEN FREITAG